Neue Linke

SB

Das Sozialistische Büro

Impressum

Sozialistisches Büro
Die Neue Linke

Herausgeber:
Sozialistisches Büro,
Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62,
D-6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

Verleger, Vertrieb und Satz:
Verlag 2000 GmbH,
Postfach 10 20 62,
D-6050 Offenbach 1
Tel.: 069/88 50 06
Druck: Scholl & Klug GmbH,
Mörfelden-Waldorf
ISBN: 3-88534-213-8
DM 2,—

Das sozialistische Büro 4

Perspektiven

Oskar Negt: Sozialismus und Demokratie 6
Joachim Hirsch: Für einen radikalen Reformismus 8
Horst-Dieter Zahn: Für eine autonome Linke 12
Detlev Claussen: Bitburg und die Linke 14

Organisation und Bewegung

Dan Diner: Mutmaßungen über die Friedensbewegung 17
Micha Brumlik: Nationale Emotionen bei den Grünen 20
Egon Becker: Natur als Politik? 22

Positionen

Oskar Negt: Gewerkschaftliche Gegenmacht und die politisch-kulturelle Dimension der Arbeitszeitverkürzung 30
Redaktion „Widersprüche“: Alternative Sozialpolitik — Gegen Resignation 36
Redaktion „Widersprüche“: „Mindesteinkommen“ als soziale Garantien 42

Infos

Bildungstag 21
Zeitschriften 23
Bloch-Tage 27
Sommerschule 46
Adressen 47

Das Sozialistische Büro

Wir wollen hier ein bißchen erzählen, wer wir sind und woher wir kommen. Nicht im Stil des ,,roten Großvaters''. Aber wir wollen und können auch nicht so tun als hätten wir keine Geschichte. Es gab zwar immer mal Anläufe dazu, aber wir haben es nie fertiggebracht, ein brauchbares Lesebuch, eine gute Einführung in das Sozialistische Büro zu verfassen. Das können wir hier nur notdürftig wettmachen. Den Geschichtskundigen bitten wir um Nachsicht.

Im April 1969 wurde das SB gegründet. In der Gründungserklärung hieß es, in der ,,weitverzeigten Praxis'' vieler Sozialisten liege ,,die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung. Aber: Es fehlt an Kommunikation. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, politische Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne allgemeine Auswertung für die unabhängige Linke, weil sie informatorisch nicht vermittelt, weil Kontakte nicht hergestellt werden. . .'' Zu Beginn also Dienstleistung: Verbesserung von Kommunikation und Kooperation. Diese ,,unabhängigen Linken'' kamen aus dem Ostermarsch, der SPD, aus linkssozialistischen Gruppen und Kreisen kritischer Gewerkschafter. Es kamen bald hinzu Aktivisten des SDS und der Studentenbewegung, aus Schüler- und Lehrlingsgruppen. Und viele ,,Abtrünnige'': aus den ML- und K-Gruppen, aus Organisationen, in denen dem unabhängigen Denken, der Kreativität und der Phantasie chinesische und andere Mauern vorgesetzt wurden. Wichtiges Organ des sich bald ausbreitenden ,,Büro''-Ansatzes war die ,,links''. Es kamen alle möglichen Informationsdienste (für verschiedene Arbeitsfelder) hinzu, Tagungen und bald — 1971 — die ersten Thesen über ,,Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik''.

Alltägliche und offene Gewalt

Alltägliche und offene Gewalt im Kapitalismus, Ursachen und Kritik des Terrorismus — dies waren die beherrschenden Themen des Angela-Davis-Kongresses 1972. 10.000 nahmen teil. Über die Solidarität mit der schwarzen Revolutionärin hinaus war für den Kongreß und die weitere Arbeit des SB die von Oskar Negt begonnene Auseinandersetzung ,,sozialistische Politik und Terrorismus'' von großer Bedeutung. Denn sie half die Kritik an perspektivlosen Strategien des bewaffneten Kampfes in den Metropolen ebenso klären wie die Ziele des Emanzipationskampfes und der ,,Erneuerung der sozialistischen Bewegung''.

Internationalismus

Eine große Bedeutung im SB hatte und hat bis heute die Analyse der weltwirtschaftlichen Entwicklung und internationalen Politik. Die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus schloß immer ein, hier in der Bundesrepublik die Aufklärung über seine Strukturen und Politik zu fördern und Solidarität mit den Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt zu praktizieren. In dieser Solidaritätsarbeit waren auch wir nicht immer frei von falschen Identifikationen. Mittlerweile wissen wir aber aus mannigfaltigen Erfahrungen und Diskussionen, daß internationale Solidarität nicht bedeutet, in den jeweils unterstützten Befreiungsbewegungen oder Staaten Vorbilder zu sehen und sie zum Modell für die eigenen Ziele und Strategien zu nehmen. *Für die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaften im hochentwickelten Kapitalismus gibt es weder in der Geschichte noch irgendwo anders auf dem Globus Vorbilder.* Tradition des SB und ein wichtiges Moment seiner Kontinuität ist auch die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen des ,,realen Sozialismus'' und denjenigen hier, die uns die Herrschaftsverhältnisse in diesen Staaten als Demokratie und deren ökonomische Dauerkrisen als segensreiche Planwirtschaft weismachen wollen.

,,Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!''

Mit dieser Parole war gemeint, Politik nicht auf Diskussion und Aktion nach Feierabend zu gründen, sondern auf Politisierung aller Lebensbereiche, namentlich der Berufspraxis. Das Sozialistische Büro wurde die wichtigste politische Organisation einer Bewegung und gleichzeitig ihr Ausdruck — der Bewegung all derer, die den Marsch in die Institutionen angetreten hat-

Rudi Dutschke auf dem Pfingstkongreß des SB 1976

ten. In ihren Arbeitsfeldern organsierten sie Erfahrungsaustausch und Strategie-Diskussionen, Informationsdienste und politische Initiativen. Höhepunkt dieser Bewegung war der Pfingstkongreß 1976.

Ausbeutung und Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen stellten die Fragen in den vielen Foren und Arbeitsgruppen des Kongresses, der mit ca. 30.000 Teilnehmern das größte Ereignis dieser Art in der Mitte der 70er Jahre wurde. Damit waren eigentlich ,,Dauerthemen'' der kapitalistischen Gesellschaft angesprochen; gleichzeitig handelte es sich mindestens für einen Teil der Teilnehmer um lebensgeschichtlich neue Erfahrungen — und die Repression hatte in Gestalt der Berufsverbote eine vielleicht in ihrer symbolischen mehr als in ihrer realen Gestalt bedrohliche Qualität erreicht. So schwungvoll die eine Botschaft des Pfingstkongresses auch war — ,,wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!'' —, es gelang in der Folgezeit nicht so effektiv und organisiert wie vorgestellt, kollektive Gegenstrategien gegen ökonomische Krise und politische Unterdrückung zu organisieren.

Organisation und Bewegung

Das SB wollte Organisation und Bewegung sein und auf dem Pfingstkongreß und der ihn vorbereitenden Kampagne schien das auch möglich. Resonanz, Zustimmung, Interesse und Sympathie, schließlich die Mitarbeit von vielen und das rasche Wachstum von Gruppen in den Arbeitsfeldern und am Ort ließen revolutionäre Blütenträume reifen. Viele gingen von einem stetigen und kräftigen Wachstum des SB aus. Was tun in und mit einer größer werdenden Organisation, mit ihrem noch größeren Einfluß in verschiedene gesellschaftliche und politische Sphären hinein? Es lag nahe, zum einen innerorganisatorisch ein ausgeklügeltes Regelwerk zu schaffen, zum anderen die politischen Ansprüche an das SB zu steigern. Auf dem Papier, in den Organisationsdebatten — und wie sich später zeigte: als Ballast — bekamen wir also eine Fülle von Gremien und eine komplizierte ,,Satzung''. Für einen Teil der SB-Mitglieder und der interessierten Linken war zudem klar: Das Sozialistische Büro ist Kern und Keim einer bald zu gründenden sozialistichen Partei. Aber es kam anders.

Ende der siebziger Jahre nahmen die Widersprüche zu, setzte eine Gegenentwicklung ein: Eines der SB-Prinzipien, das propagierte ,,neue Politikverständnis'' der konkreten, basisbezogenen Arbeit, breitete sich, gefördert vom SB, aber auch ohne unser Zutun aus. Es entstanden zahlreiche berufsbezogene Gruppen, Stadtzeitungen, Alternativprojekte und Bürgerinitiativen, projektbezogene Verbände u.v.m., die ohne Zusammenhang zum SB waren und einen politischen, organisierten Bezug auch nicht wollten und brauchten. Gleichzeitig erwies es sich als unmöglich, im SB den Anspruch zu verwirklichen, daß in den verschiedenen Arbeitsfeldgruppen ein enger, naturwüchsiger Bezug zu politischen Fragen, zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hergestellt wird. Zwischen denPrinzipien und Formen der Arbeitsfeldorganisation einersetis und den lokalen, politisch übergreifenden SB-Gruppen und den zentralen SB-Projekten andererseits nahmen Ungleichzeitigkeiten und Konflikte zu. Die Arbeitsfelder, ohnehin in der Praxis entgegen der ursprünglichen Absicht zu Berufsfeldern geworden, stagnierten und gingen zurück. Die Reflexion der gesellschaftlichen und politischen Hintergründe dieser politischen Verlagerung, die teilweise auch eine Regression war, blieb hinter der Entwicklung zurück. Ökonomische Krise und politische ,,Tendenzwende'', so wie sie sich langfristig auf die Politik von Sozialisten auswirken, wurden nicht mit einem neuen politischen Konzept beantwortet. Hinzu kam, daß zwar nicht unbedingt in den Zeitungen des SB und den Tagungen und Veranstaltungen, wohl aber in der politischen Alltagspraxis und im ,,Organisationsleben'', die ,,neuen sozialen Bewegungen'' und die von ihnen thematisierten Fragen unbeantwortet blieben. Was Bewegung nun überwiegend war, hatte sich also grundlegend verändert — Zusammensetzung und Arbeitsweise des SB waren aber gleichgeblieben, während in den Auseinandersetzungen über die anstehenden politischen Ziele sich die Kontrahenten gegenseitig lähmten.

SB heute

Daß heute andere — bei den Grünen zum Beispiel — sich als verhältnismäßig umfassende politische Alternative darstellen und zum Teil eine umfängliche politische Praxis machen, macht kontinuierliche, gesonderte Diskussionen und Publikationen aber nicht überflüssig, sondern gibt ihnen eher noch eine zusätzliche Begründung.

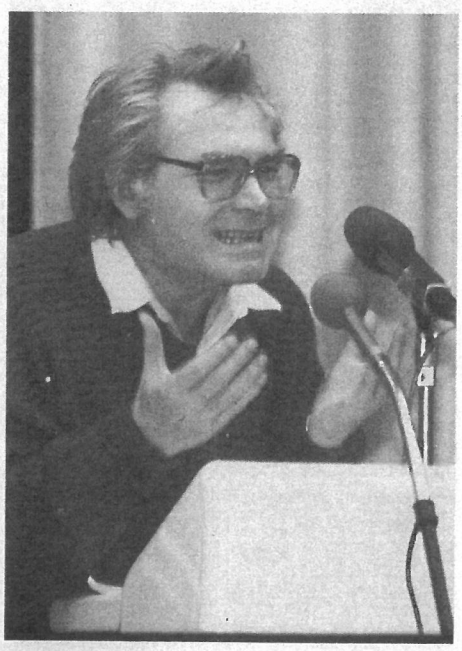
Wir gehören nicht zu denen, die ihre Erfahrungen und Erkenntnisse über die kapitalistische Gesellschaft über Bord geworfen haben und mit der jeweiligen Windrichtung segeln. Wir wollen uns auch nicht ausruhen auf den Lorbeeren, die sich das Sozialistische Büro in den 70er Jahren erworben hat. Die Neue Linke kann ihre Tradition nicht einfach fortführen, sie bedarf der Erneuerung. Das ist für unseren ,,linken Eliteverein'' (FAZ) eine Herausforderung und Aufgabe, der wir uns stellen. Natürlich können wir keine Rezepte oder gar Programme anbieten (und wollen es auch nicht). In unseren Publikationen (,,links'', ,,express'', ,,Widersprüche'', ,,Informationsrundbrief''), in Diskussionen (Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und Tagungen) wollen wir wohl aber Elemente einer sozialistischen Gesellschaftstheorie und -kritik entwickeln, die für diese Neuorientierung heute wichtig sind.

SB, das ist eben mehr als Publizistik um der Publizistik willen, das sind Arbeitszusammenhänge, die auf produktive Weise und auf die zentralen Probleme unserer Zeit bezogen Positionen erarbeiten und in die politische Diskussion einbringen wollen. An den Debatten, Analysen und Konzepten, die in diesen Zusammenhängen entstehen, kommt nach wie vor niemand vorbei.

Oskar Negt

Sozialismus und Demokratie

Demokratie und Sozialismus sind die Eckpfeiler jeder Emanzipationsbewegung der modernen Geschichte; formuliert man demzufolge Aufgaben einer linken Politik, so lassen sie sich um zwei organisierende Zentren herum gruppieren: um die Durchsetzung der Menschenrechte und um die Gestaltung der Arbeit. Wo immer der Kampf gegen Erniedrigung, gegen Verletzungen der menschlichen Würde geführt wurde, konnte er langfristig nur erfolgreich sein, wenn er sich gleichzeitig auf die Beseitigung der Ausbeutung richtete, auf die grundlegende Veränderung des Systems gesellschaftlicher Arbeit. Daß man etwas mit dem neutraleren Wort ,,alternativ'' benennt, bedeutet nicht, daß dieser Horizont der geschichtlichen Problemstellungen bereits überschritten ist.



Ohne aus praktischer Absicht bewußt vollzogene Rückwendung zur eigenen Geschichte bleibt deshalb die Linke, bei allem Bienenfleiß des Ansammelns von Erfahrungen und Alternativprojekten, in einem trägen Zustande der *Erfahrungslosigkeit*, ohne autonome Traditionsbildung, die eine gewisse Kontinuität der Selbstverständigungsdebatten ermöglichte, und auf die ,,Mühsal der Besten'', der linken Praktiker ebenso wie der Theoretiker, wird zutreffen, was Brecht Herrn Keuner in den Mund gelegt hat. ,,Woran arbeiten Sie?'' wurde Herr K. gefragt. Herr K. antwortete: ,,Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.''

Um diesem Wiederholungszwang zu entgehen, will ich die Behandlung meines Themas mit *der* Situation verknüpfen, in der für mich persönlich Demokratie und Sozialismus in ihrem konkreten Spannungsverhältnis Bestandteile eines praktisches Organisationszusammenhanges waren. Als ich 1972 die im Sozialistischen Büro geführten Auseinandersetzungen über Perspektiven *sozialistischer Politik* auf die Parole zuspitzte: Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!, war das in der politischen Abgrenzung nach zwei Seiten hin begründet: *zum einen* gegen die aus dem Boden schießenden proletarischen Ersatzparteien, die sich mit der revolutionären Tradition des Sozialismus dekorierten, demokratische Rechte in den eigenen Reihen und in bezug auf die Gesamtgesellschaft dagegen allenfalls als taktische Kampfmittel gelten ließen. *Zum anderen* gegen die für Lebensinteressen der Menschen undurchdringlich gewordene Mauer der repräsentativen Demokratie, die sich des Mediums der repressiven Toleranz einer entpolitisierten Öffentlichkeit ebenso zu bedienen verstand wie der Gewalteingriffe des Sicherheitsstaates. Der Forderung, Demokratie hier und jetzt!, an Ort und Stelle!, lag das legitime Bedürfnis zu Grunde, ein neues Politikverständnis zu entwickeln, Politik als einen auf Lebensinteressen bezogenen Produktionsprozeß zu begreifen und im überschaubaren Umkreis der eigenen Erfahrungen prüfbar zu machen, worin der Befreiungsgehalt politischen Handelns und demokratischer Selbstorganisation besteht und was Ausdruck modernisierter Herrschaftspraktiken ist.

Diese Position ist nach wie vor richtig, und Perspektiven, wie linke Politik ohne diesen strukturellen Basisbezug betrieben werden könnte, ohne in die Maschinerie der Repräsentationen und der Stellvertretungen zu geraten, sind nicht erkennbar. Gleichwohl ist es notwendig, sich der veränderten Bedingungen einer solchen Politik bewußt zu werden.

Zahllose Initiativen und Projekte haben, nachdem sich der Alptraum der RAF und der K-Gruppen aufgelöst hat, zu einer solchen praktischen Verallgemeinerung des Interessensansatzes geführt, daß darüber der spezifische Organisationszusammenhang, in den diese Wendung zur politischen Artikulation von Alltagsinteressen eingebunden war, völlig aus dem Bewußtsein der Linken geriet. Ich meine damit die im Sozialistischen Büro entwickelte Konzeption der *Arbeitsfelder*. Man mag heute darüber denken, wie man will, unmißverständlich war jedenfalls die Position, daß Emanzipationsprozesse immer den *ganzen* Lebenszusammenhang der Menschen betreffen, also nicht nur ihre Erfahrungen in den Wohnbereichen und den Stadtteilen, in den Schulen und auf den Straßen, sondern auch in den Betrieben und Verwaltungen. Wenn auch in der konkreten politischen Arbeit des SB und in der Zusammensetzung der Mitglieder schon früh Verschiebungen zum Schwerpunkt der sogenannten Reproduktionsbereiche stattfanden, so hatte doch in der Idee dieser Organisation das sozialistische Element, die *Veränderung der Produktionsverhältnisse, die Umgestaltung des ,,Arbeitsfeldes Betrieb''*, eine maßgebliche und von dieser Art von Politik unabtrennbare Bedeutung.

Zu keiner Zeit hatte ich daran gedacht, daß sich aus der bloßen Summe politisierter Interessen oder der ,,Arbeitsfelder'' eine verbindliche Strategie der Linken ergeben könnte. ,,Die Konzeption der Arbeitsfelder hat eine zentrale strategische Funktion in der politischen Aufarbeitung

und in der erfahrungsbezogenen Vermittlung zwischen individuellen Interessen und objektiven Klasseninteressen. . . Es wäre freilich eine gefährliche Illusion, die in den Arbeitsfeldern angelegte Entfaltung der Dialektik zwischen diesen objektiv widersprüchlichen Interessensebenen, die durch die einzelnen Lebensbereiche hindurchgehen, als einen spontanen Prozeß zu begreifen, dessen Resultate dann nur noch zentral zusammengefaßt werden müssen." (Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation, in „links", Juli 1975)

Was im Sozialistischen Büro an organisatorischen Vermittlungsansätzen zwischen Demokratisierung und sozialistischen Positionen angelegt war, hat sich jedoch in der Aktionspraxis der neuen sozialen Bewegungen nicht durchsetzen können. Das festzustellen, bedeutet für mich nicht, daß dieser Ansatz ausgetragen und geschichtlich widerlegt wäre. Vielmehr sind wir heute, nachdem über ein Jahrzehnt weder eine ernstzunehmende Demokratie-Debatte noch eine über Sozialismus geführt worden ist, mit dem elementaren Tatbestand konfrontiert, daß uns selbst zentrale *Begriffe* eines möglichen politischen Selbstverständnisses, das über die zersplitterten Erfahrungsfraktionen hinausginge, enteignet worden sind. Die Verödung des politischen Theoriebodens der Linken macht es deshalb nicht nur erforderlich, die abgerissenen Fäden wieder zu knüpfen, sondern zunächst um die Rückgewinnung eines eigenständigen Terrains der politischen Sprache zu kämpfen.

Gewiß, viele gute Gründe lassen sich dafür ins Feld führen, warum man auf den Gebrauch mancher Worte, die mit großen Hoffnungen besetzt waren, ihren utopischen Gehalt jedoch durch reaktionären Verschleiß vollständig eingebüßt zu haben scheinen, lieber verzichten sollte. Wer die zu einer dinglichen Gewalt geronnene Formel von der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" im Kopf hat, und dem hinzufügt, wie gerade die autoritären westlichen Regierungen darauf bedacht gewesen sind, aus inszenierten Menschenrechtskampagnen Kapital für aggressive Friedenserklärungen zu schlagen, der wird moralische Hemmungen haben, mit solchen Worten in aller Unschuld umzugehen. Die Tatsache, daß Menschenrechte, Demokratie, Freiheit mißbraucht worden sind, ändert jedoch nichts daran, daß sie für Millionen von Menschen mit Anklage und Protest verknüpft sind und als Kampfbegriffe auf die Herstellung menschenwürdiger Daseinsbedingungen gerichtet bleiben.

Wer glaubt, das Wort Sozialismus nicht mehr in den Mund nehmen zu können, weil zu viel Unrecht in seinem Namen geschehen ist, der muß alles als Lug und Trug abwerfen, wofür Millionen von Menschen in einer Zeit von über einem Jahrhundert ihren Kopf hingehalten haben, in der Hoffnung auf Änderung des Systems gesellschaftlicher Arbeit, auf gerechtere Verteilung der materiellen und kulturellen Lebenschancen. Es geht in allen diesen Fällen eben nicht nur um den Verlust von Worten, sondern um Auszehrungen der Sachen, für die sie stehen.

So entspringt die völlige *Entdifferenzierung* des linken Demokratiebegriffs offenbar der Angst, die Lebendigkeit des Prozeßdenkens zu verlieren und bürokratischer Verdinglichung anheimzufallen, wenn auch nur ein kleiner Schritt zur institutionellen Befestigung der mit Selbstregulierung ineins gesetzten *authentischen* Demokratie gemacht wird. Das produziert eine eigene Dialektik der Verkehrungen. In dem Maße, wie *Demokratie* als politisch-soziale Form der „Demokratisierung" rückübersetzt und darin festgehalten wird, *formalisiert* sie *sich zur reinen, „leeren Bewegung"*. Es ist dann eine Frage der Zeit, wann die institutionell differenzierten und Entlastungsbedürfnissen entgegenkommenden Formen der bürgerlichen Demokratie diesen Leerraum besetzen. Die Linke hat keinen sozialkulturell angereicherten Begriff der Demokratie und die ihm entsprechenden autonomen Organisationsformen entwickelt; die unausgetragene Dialektik von Prozeß und Produkt zwingt ihr jetzt eine Diskussion auf, in die sie mit leeren Händen geht, und in der sie sich genötigt sehen könnte, aus Realitätsmangel der eigenen, alternativen Vorstellungen mehr oder minder offene Bekenntnisse zum bürgerlichen Rechtsstaat und zu den Institutionen der bürgerlichen Demokratie abzulegen.

Es mag konstruiert erscheinen, wenn ich sage, daß dem zum *Abgrenzungsbegriff* formalisierten Demokratieverständnis die völlige *Ausgrenzung* des Sozialismus aus dem Symbolspektrum der linken Politik genau entspricht. Wer keine Vorstellung von der Gesamtorganisation der kommenden Gesellschaft hat, wie sie sein *soll*, auf deren Herstellung der gegenwärtige Kampf gerichtet ist, dem fehlt auch das Motiv, aus der Praxis gewonnene Erfahrungen des demokratischen Handelns aufzubewahren und theoretisch zu einem eigenen Vorstellungszusammenhang von Demokratie zu verarbeiten.

Die westdeutsche Linke befindet sich gegenwärtig in einer besonders kritischen Situation ihres politischen Selbstverständnisses. Sie hat alle Chancen, eine zukunftsfähige und überzeugende Alternative zur bestehenden Gesellschaft zu entwickeln und sie kann, wenn sie die endlich gewonnene innere Offenheit im Stillstand der repressiven Toleranz hält, d.h. des pragmatischen Nebeneinanders aller möglichen Positionen, diese Chance ebenso gut vertun. *Die einmalige Chance des Neubeginns liegt darin, daß zum ersten Mal nach anderthalb Jahrzehnten die fixierten Feindpositionen innerhalb der Linken weitgehend verschwunden sind, so daß öffentliche Auseinandersetzungen der Selbstklärung heute nicht mehr unter dem Druck der Bekenntnisse und der moralischen Solidarisierungen stehen müssen.*

Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise zwingt uns Entscheidungen auf; da deren Bewältigung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft unmöglich ist, müssen wir unsere theoretische und praktische Phantasie darauf wenden, Perspektiven für eine neue Gesellschaft zu entwickeln. Das wäre keine utopische Konstruktion, sondern ein begründeter, meinetwegen durch wissenschaftliche Analysen abgesicherter Gesellschaftsentwurf, in dem die heutigen Erfahrungen, Hoffnungen und Lebensansprüche der Menschen zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden, das praktische Überzeugungskraft hat. Aus einem solchen gewaltigen Impuls der Zukunftserwartungen war die Idee des Sozialismus geboren, und die Linke ist bis heute nicht imstande gewesen, für die organisierende Kraft dieser Idee einen angemessenen Ersatz zu schaffen. So wäre es an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, ob die Kritik der patriarchalischen Herrschaftsformen, die existenziell zugespitzte Problematik der Ökologie, der Kampf für den Frieden und für Menschenrechte — ob alle diese für die Linke zentralen politischen Projekte eine so grundlegend neue Dimension haben, daß sie eine wiederangeeignete und mit Leben erfüllte Konzeption des Sozialismus notwendig sprengen müssen. Ich halte das für unwahrscheinlich. Eine öffentiche Debatte über Demokratie *und* Sozialismus wäre ein erster Schritt zur Lösung des Selbstverständigungs-Dilemmas der Linken.

aus: links, Nr. 194, Mai 1986 (Auszüge)

Joachim Hirsch

Für einen radikalen Reformismus

Von ,,Revolution'' zu reden, was vor 15 Jahren immerhin noch ein linker Allgemeinplatz war, gilt heute eher als unfein. Der russische Oktober und seine Folgen: ein Menetekel; China, Vietnam, Kuba, Portugal: vergessen; das Proletariat: verabschiedet. Die ,,postmoderne'' westdeutsche Linke scheint historische Orientierungen und Ziele, Geschichte überhaupt, weit hinter sich gelassen zu haben. Statt dessen: anything goes. Gesamtgesellschaftlich-kritische Theorie ist unpopulär, Ökonomie vulgär, Kultur ist in. Die politische Szenerie ,,links von der Mitte'' gleicht einem Puzzle aus historischen Ideologieversatzstücken, zusammengesetzt aus etwas Lebensreform, frühem Marx, einem verschämten Staatsreformismus und ,,ökolibertärer'' Kapitalismusapologetik. Genau genommen geht es im linken politischen Geschäft, soweit es noch stattfindet, längst nicht mehr um ,,Sozialismus'', sondern — wenn nicht nur um Naturschutz — bestenfalls um die Verwirklichung verfassungsmäßig-demokratischer Prinzipien, die Fortführung des bürgerlichen ,,Projekts der Moderne'' (Habermas) sozusagen — und dies ungeachtet einer säkularen Krise des Kapitalismus und der weltweiten Neustrukturierung seines Ausbeutungsverhältnisses, der Potenzierung seiner Zerstörungsgewalt. Die Niederlage der Neuen Linken in den siebziger Jahren und die erfolgreiche Wiederherstellung der kapitalistischen Hegemonie zeigen ihre ideologischen Wirkungen.

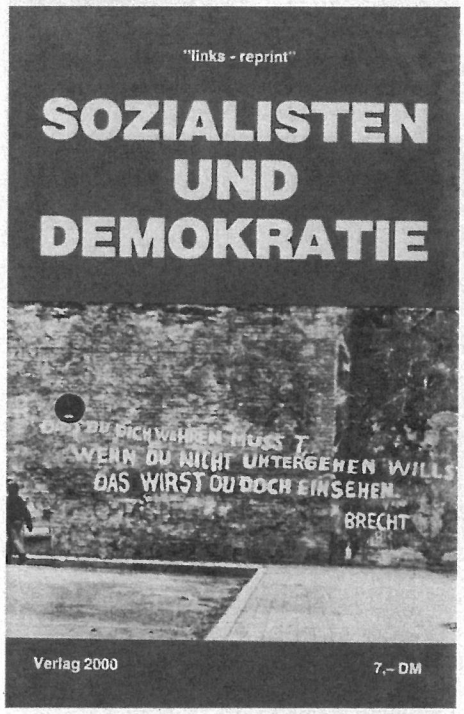
Gleichwohl wäre es verfehlt, in ein Lamento zu verfallen. Vieles ist zu Recht beiseitegelegt worden: der autoritäre Staatssozialismus, die Mystifizierung des ,,Proletariats'' als revolutionäres Subjekt, die Vorstellung, Sozialismus sei eine Frage von Eigentumsverhältnissen, politisches Avantgardentum oder der Glaube an eine objektive historische Vernunft, der es nur zu folgen gälte. Natürlich verbrämt das postmoderne ,,anything goes'' der neuen politischen Gleichgültigkeit nur die resignative Sicht, daß *nichts* mehr zu gehen scheint. Und wenn vom ,,Ende der Moderne'' gesprochen wird, ist oft kaum mehr als das Einrichten im status quo der kapitalistischen Modernisierung gemeint. Die ideologische Krise der Linken, die einhergeht mit einer ökonomischen und hegemonialen Neuformierung des Kapitalismus, könnte indessen aber auch durchaus produktiv gewendet werden: das Zerbrechen falscher Gewißheiten und zäher Illusionen als Chance für neue politische Orientierungen.

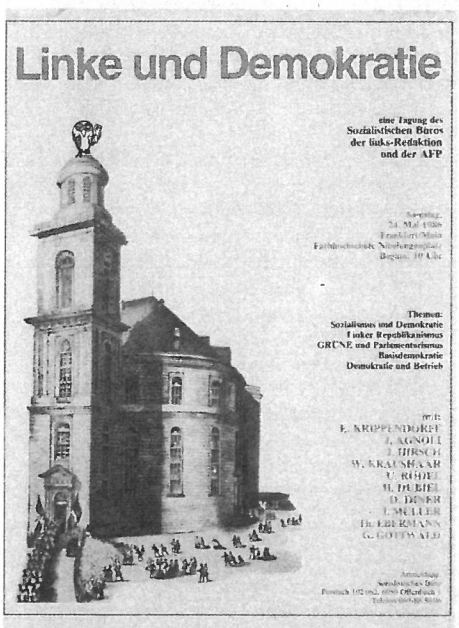
Joachim Hirsch (links-Redaktion, rechts) zusammen mit Johannes Agnoli (Mitte) und Gabi Gottwald (Die Grünen, links) auf der SB-Tagung ,,Linke und Demokratie'' in Frankfurt 1986.

Ein entschiedener Grund für den Niedergang der sozialistischen Linken dürfte darin liegen, daß ein überzeugendes Konzept nicht nur vom Weg, sondern auch vom Ziel gesellschaftlicher Veränderungen abgekommen ist. Angesichts der verschiedenen ,,realen" Sozialismen, des Scheiterns des sozialdemokratischen Staatsreformismus und der bitteren Erfahrungen mit vielen Befreiungsbewegungen und Revolutionen in der Dritten Welt ist der Begriff ,,Sozialismus" zu einer vagen Formel verblaßt, mehr ungewisser Anspruch und Reminiszenz denn politisches Programm, bestenfalls eine Ansammlung humanitärer Postulate. Die ehemalige undogmatische Linke hat sich zersplittert und zerfasert. Gegenüber den Restbeständen undogmatisch-sozialistischer Traditionalisten haben die zum ,,Ökoliberalismus" bekehrten und proudhonistisch gewendeten Vorreiter eines liberalen Kapitalismus, aber auch die wieder frisch entschlossenen linken Verteidiger der herrschenden politischen Form Konjunktur, die sich mit der Hoffnung begnügen, sie gewährleiste wenigstens noch einen minimalen Spielraum für Freiheit und kleine soziale Reformen. Die radikale Kritik der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, wie sie Johannes Agnoli immer noch unbeirrt vorträgt, erscheint unter diesen Bedingungen als gleichermaßen richtig wie unzeitgemäß. Sie hat keinen Adressaten mehr. Die ehemalige radikale Linke ist auf den gesellschaftlich-politischen Status quo zurückgeworfen, sei es nun affirmativ oder eher resignativ. Darin liegt ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Grünen, und dieser Erfolg treibt den linken politischen Entdifferenzierungsprozeß gleichzeitig immer weiter.

Diese Entwicklung hat viele Gründe. Die säkulare Krise des Kapitalismus und der Zusammenbruch des keynesianisch-fordistischen Gesellschaftsmodells hat das sozialdemokratische Projekt des Staatsreformismus scheitern lassen, an dem sich die sozialistische Linke über Jahre hinweg abarbeiten und profilieren konnte. Die treffsichere Kritik am sozialdemokratischen Reformismus stiftete politische Identität. Die Krise der Sozialdemokratie mußte daher auch zur Krise der Linken führen. Gleichzeitig sind aus der Krise des Fordismus neue soziale Bewegungen entstanden, die theoretisch wie praktisch viele der Sozialismusvorstellungen kritisiert und erledigt haben, die von der sozialistischen Linken als Tatbestand mitgeschleppt wurden. Überzeugende gesellschaftliche Alternativkonzepte wurden freilich auch hier nicht entwickelt. Über einen modifizierten Kapitalismus kommt man nicht hinaus, er soll nur demokratisch sein und gemäßigt, friedlicher, ökologischer, dezentraler oder auch feministischer. Dann ist die sozialistische Linke, in sehr deutscher Tradition, eigentlich immer Staats-Linke geblieben, und dies selbst da, wo sie nicht in den Grünen aufgegangen ist. Das staatliche Gewaltmonopol ist ihr klammheimlich heilig (und Schily durchaus kein Ausnahmefall), als gäbe es nicht die theoretische Erkenntnis, daß der bestehende, das heißt ,,bürgerliche" Staat in seiner ganzen Form und Struktur darauf angelegt ist, das gesellschaftliche Gewalt- und Unterdrückungsverhältnis des Kapitalismus nach innen wie außen zu reproduzieren. Daß die zivilisatorische Errungenschaft der Zentralisierung und Formalisierung physischer Gewalt sich historisch in einem neuen Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhang realisiert hat, wird kaum problematisiert. So gelingt es, von Kapitalismus und Demokratie zu reden, als hätte man es mit zwei verschiedenen Welten zu tun. An soziale Bewegung, gar an Revolution können viele Linke nicht denken, ohne vom Alptraum des Bürgerkriegs heimgesucht zu werden. Das Aufsprengen herrschender gesellschaftlicher und politischer Formen verbinden sie mit Chaos. Je machtloser die Linke ist, desto verantwortlicher fühlt sie sich für Ordnung und Gemeinwohl. Die Spaltung zwischen ,,alter" Neuer Linker und den radikal-außerinstitutionellen Protestbewegungen hat hier seine Wurzeln.

Dennoch, bei allem ,,realpolitischen" Einlassen auf den gesellschaftlichen und politischen Status quo bleibt ein Unbehagen. Die Wünsche und Hoffnungen von früher,





links-
Wochenendtagung———

"Das neue Gesicht des Kapitalismus – Vom Fordismus zum Postfordismus"

Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Postfordismus-Theorie, die Hirsch/Roth in ihrem o.a. Buch darlegen, hatte die "links" die beiden Autoren sowie deren Kritiker von der Prokla, K. Hübner und Th. Hurtienne, eingeladen. Eine für "links"-Tagungen nicht gerade alltägliche Flut von Anmeldungen – wir mußten leider zahlreiche Absagen machen, da die letztlich ca. 50 Teilnehmer schon die Kapazitäten der Tagungsstätte überschritten – bewies großes Interesse an einer Theorie, die sich nicht nur wissenschaftlich gibt, sondern auch einen politischen Anspruch an sich stellt. Auch die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, nämlich von einer umfangreichen Gruppe von Studenten über jüngere, aber auch langjährige SB-Mitglieder bis zu solchen, die sich selbst als Karteileichen bezeichneten, demonstrierte den Bedarf an einer solchen Theorie, und zwar entgegen der ständig diagnostizierten Theoriemüdigkeit. Leider ging die sehr kontroverse und teilweise heftige Debatte nur wenig auf die politischen Implikationen und Konsequenzen des Postfordismus-Ansatzes ein; denn Hirsch/Roth wollen mit ihrer materialistisch fundierten gesamtgesellschaftlichen Theorie nicht nur ein Interpretationsmodell der gegenwärtigen kapitalistischen Krise und Krisenbewältigung an die Hand geben, sondern, indem sie die Reorganisation des Kapitalismus als auf sozialen Konflikten und Klassenauseinandersetzungen beruhend werten, Möglichkeiten politischen Handelns aufzeigen. Da die Kritik sich vorwiegend auf methodische bzw. empirische Grundlagen und die mangelnde Analyse im Buch zwar gestreifter aber nicht ausführlich untersuchter Einzelphänomene konzentrierte, blieb für die politische Diskussion nur wenig Zeit. Ermutigt durch das in Dortmund demonstrierte Interesse möchten wir nun eben diese Auseinandersetzung in der "links" weiterführen.

aus der Aufbruchszeit der sechziger Jahre, sind nicht gänzlich verschüttet. Der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus bleibt präsent. Die Realität drohender Kriegs- und Atomkatastrophen, von Zerstörung, von Ausbeutung, Hunger, Unterdrückung und Folter weltweit läßt sich nicht ausblenden. Dieser Stachel sitzt, und um ihn kreisen alle Diskussionen, wenn es um „Linke und Demokratie" (Thema der SB-Tagung vm Mai 1986) geht.

Ein wesentlicher Punkt ist die Verständigung über gesellschaftliche Zielvorstellungen und alternative Gesellschaftsmodelle, über das, was „Sozialismus" heute heißen könnte. Daß die Linken dazu nur wenig zu sagen haben, macht angesichts des erneuten Durchstartens des Kapitalismus ihre entscheidende hegemoniale Schwäche aus. Solche Konzepte werden gewiß nicht am Schreibtisch oder auf Kongressen entworfen und als fertige Modelle in die Welt gesetzt. Sie gewinnen vielmehr durch das Aufarbeiten historischer Erfahrungen, von Versuchen und Fehlschlägen, durch Auseinandersetzung mit den Vorstellungen und Entwürfen sozialer Bewegungen und im Rahmen konkreter Praxis allmählich Kontur. Diesbezüglich ist in den „gegengesellschaftlichen" Ansätzen, Szenen und Projekten der siebziger Jahre einiges passiert. Deren immer deutlicher sich durchsetzende medientechnische, kommerzielle und politische Vereinnahmung bedeutet eine entscheidende Schwächung auch der Linken, verändert die politischen Kräfteverhältnisse und bildet einen tragenden Pfeiler der sich etablierenden und bis in die alternativen Bewegungen hineinreichenden neokonservativen Hegemonie.

Zu lernen ist daraus, daß es nicht ausreicht, nach neuen Vergesellschaftungsformen im Mikrobereich der „kleinen Netze" und der Subkulturen zu suchen, sondern daß es auch um umfassende gesellschaftliche Steuerungs- und Regulierungskonzepte geht. Planwirtschaft, Verstaatlichung, Wohlfahrtsbürokratien sind keine Lösung, das wissen wir inzwischen. Aber bleibt dann wirklich nur der sozial höchst brüchig modifizierte Kapitalismus, in dem es bestenfalls Nischen zu besetzen gibt? Gibt es eine Alternative *jenseits* von Staat und Markt? Wie lassen sich Selbstverwaltung und umfassende Selbstbestimmung unter komplexen industriegesellschaftlichen Bedingungen realisieren? Wie die Loslösung vom Diktat des Weltmarkts praktizieren? In welchem gesellschaftlich-institutionellen Rahmen sind materielle Wohlfahrt, ein vernünftiger Umgang mit der Natur, Selbstbestimmung und Freiheit zugleich möglich? Wenn simple anarchistische Vorstellungen Illusion sind, müssen wir uns dann mit dem bestehenden Staat abfinden, der nichts anderes sein kann als unterdrückender Klassenstaat? Die westdeutsche Linke, die über beachtliche intellektuelle und wissenschaftliche Potentiale verfügt, ist zu diesen Fragen eigentümlich stumm geblieben. Sie konnte den Kapitalismus blendend und überzeugend kritisieren, sobald es um Gegenentwürfe ging. Das ist es, was den Impetus der Gesellschaftsveränderung in Resignation umschlagen läßt und was den konservativen Modernisierern über viele Parteigrenzen hinweg freie Bahn verschafft.

Inzwischen wissen wir, daß viele Revolutionsmythen, die Vorstellung von einem revolutionären Bruch und von der letzten Entscheidungsschlacht ad acta gelegt werden müssen. Was bleibt ist *Reformismus* , ein zäher und langwieriger und recht unromantischer Prozeß. Linker, sozialistischer Reformismus unterscheidet sich freilich von manchen anderen dadurch, daß er *radikal* zu sein hat, d.h. die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Formen permanent in Frage stellt und praktisch angreift, kritisiert, darüber hinausgeht, das Mitspielen verweigert. Radikaler Reformismus ist kein etatistisch-parlamentarischer, sondern gesellschaftlicher. Sein Ziel ist die Repolitisierung des Sozialen, die Durchsetzung einer umfassenden kritischen Öffentlichkeit, die sich nicht von parlamentarischer Taktik bestimmen läßt, die konkrete Veränderung gesellschaftlicher Praktiken, Selbstorganisation, nicht die Eroberung der Macht,

sondern ihre Unterminierung. Die ,,neuen sozialen Bewegungen'' haben hierzulande dieses Projekt ein Stück weit vorangetrieben und drohen jetzt, damit zu scheitern. Dies ist freilich noch kein Grund, es in den Aktenschrank der Geschichte zu stellen. Radikaler Reformismus setzt voraus, daß das Denken in Staats-, Ordnungs- und Kontrollkategorien verlassen wird. Er zielt nicht auf parlamentarische Mehrheiten und gesellschaftliche Konsense, sondern auf Abweichung, Dissens und den ,,Druck der Straße''. Auf die Beständigkeit institutioneller Ordnungen muß er verzichten. Der Weg zu einer befreiten Gesellschaft ist sehr lang und wahrscheinlich wird er nie zu Ende sein. Eine sich als sozialistisch verstehende Linke wird daher in *jeder* denkbaren Gesellschaft *Minderheit* sein, eine radikale, vorwärtstreibende, die Unzufriedenheit wachhaltende, fordernde und kritische Opposition. Eine radikale Linke als Mehrheit, als ,,Macht-Linke'', das ist ein Widerspruch an sich! So gesehen, beinhaltet ,,links sein'' Perspektiven, die nicht problemlos-locker auszuhalten sind. Sie kollidieren mit dem Wunsch nach Sicherheit, Ordnung, nach dem Positiven und mit dem Bedürfnis, Ruhe zu haben und das Leben genießen zu können. Eine ganze Generation ,,alter'' neuer Linker schlägt sich inzwischen so oder so mit diesem Problem herum. Privater Hedonismus ist ein sehr legitimes und ernstzunehmendes Interesse. Fragt sich nur, wie er unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen realisierbar ist und ob es tatsächlich das Glück bedeutet, wenn man sich zur Ruhe setzt. Einerseits droht der Pensionsschock, andererseits kann es ja durchaus auch Spaß machen, etwas zu bewegen. Die Midlife-Krise der westdeutschen neuen Linken könnte statt zur politischen Frühverrentung schließlich auch zu neuen Anfängen führen. Warum nicht?

aus: links, Nr. 196/197, Juli/Aug. 1986 (Auszüge)

Einladung

Konservatismus und Linke

SB-Tagung
9./10.5.87
in Köln
Bürgerzentrum
"Alte Feuerwache"
(Innenstadt Nähe Ebertplatz)

Abendprogramm:
Heinrich Pachl

Sonntag, 10.5.
"Radikaler Reformismus"
oder
die Zukunft der Linken
Beginn 10 Uhr

Samstag, 9.5.
Sozialstaat, Sozialabbau
Gewerkschaften
Rechtstaatlichkeit
Ideologische "Normalisierung"
Beginn 10 Uhr

Veranstalter:
Sozialistisches Büro
Bleichstr. 5/7
6050 Offenbach 1
Tel.: 069-885006

SB Köln:
G. Steppkes
Engelbertstr. 55
5000 Köln 1
Tel.: 0221-2401655

Spendenkonto:
1741 326 300 BfG Offenbach
(BLZ 505 101 11)

V.i.S.d.P. Gerhard Krum

Horst-Dieter Zahn

Für eine autonome Linke

Eine autonome Linke ist notwendig, nicht als Heimat für's Herz, sondern weil wir den Verstand verlieren würden, beschränkten wir uns auf die Arbeit in der SPD oder bei den Grünen. Um Unabhängigkeit, um Eigensinn möglich zu machen, sind bestimmte Grade an Freiheit von den Zwängen und den Nutzen-Erwägungen der Parteien nötig — und heute mehr denn je.

Dafür reicht die Gesinnung oder die bloße Einbildung, man sei autonom, nicht aus. Das wenige, was es heute noch gibt an unabhängiger Organisierung, kann sich nicht auf dem freien Markt der Publizistik behaupten, ist durch gelegentliche Treffen in Evangelischen Akademien nicht zu ersetzen, ergibt sich nicht wie von selbst. Es braucht dazu organisierte Arbeit. Sozialistische Organisation heute ist davon befreit, gesellschaftliche Arbeitsfelder zu organisieren und sie ist frei vom Anspruch, in die Parteienkonkurrenz einzutreten. Eine stattliche Anzahl von Regularien, Gremien, Funktionen ist also überflüssig.

Was als Minimum nötig ist, das sind aber durchaus Mitglieder und Förderer, und das ist außerdem eine Struktur, die zwischen einzelnen Projekten das mögliche und notwendige Maß an Vermittlung herstellt und die eine Kontinuität der Arbeit gewährleistet. Vom Zeitrhythmus und vom Inhalt her bedarf es also einer von Einzel- und Gruppenmitgliedern getragenen Struktur, die Arbeitsgemeinschaft ist und dennoch mehr als punktuelle Assoziation. Mein Eindruck ist: Das Sozialistische Büro ist viel zu schwach. Anstrengungen einer Revitalisierung und Reorganisierung der Linken kann man sich kaum in der Form vorstellen, daß an ,,nur noch" zahlende Mitglieder appelliert wird, sie sollten im Zusammenhang des Sozialistischen Büros wieder aktiv werden. Das Sozialistische Büro versteht sich als Projekt, als Arbeitsgemeinschaft!? Dann muß es auch neu zusammengesetzt werden. Dann muß auch öffentlich gemacht werden, daß das SB offen ist, daß es um die Zusammenarbeit und enge Verbindung zu anderen linken Projekten und Gruppierungen wirbt. Kontinuität *und* Neuanfang? Beides ist nötig, ob beides auch zusammen geht — das muß versucht werden. Ganz gewiß aber würde die Kontinuität abbrechen und ein Neuanfang gar nicht möglich sein, wenn wir uns vom verbreiteten Kleinmut und der populären Diskreditierung linker Theorie und Praxis beeindrucken ließen und der Versuchung erlägen, Stagnation und Auszehrungsprozesse der Linken auszusitzen. Was eine autonome Linke in der Zukunft erreichen kann, ist wenig (aber wer sonst könnte das?): Kritik, die unbequem ist, weil sie trifft; Öffentlichkeit, die den Robinsonismus von Bewegungen und ,,Lagern" überwindet; politischer Einfluß.

Vorweg: Eine eigenständige Linke (und das heißt auch Organisation) wird in den nächsten Jahren nicht nur aus Gründen wichtig sein, die in diesem und anderen Artikeln aufgeführt worden sind. *Es muß davon ausgegangen werden, daß die Räume und Ressourcen für politische Diskussionen und Projekte in den verschiedensten Institutionen und Zusammenhängen eingeschränkt werden. Diskussionsmöglichkeiten und Arbeitsperspektiven für Linke in den Kirchen, den Medien, den Verbänden werden eingeschränkt werden; ob dieser Prozeß als ökonomische Austerität, politische Pression oder freiwillige Anpassung oder in komplizierter Gestalt vonstatten geht, ist hier nicht erheblich. Der trotz allem bisher noch relativ bequeme Zugang zu vielfältigen Möglichkeiten der Teilnahme und Teilhabe vor allem im ,,Überbau" wird eng werden. Zur Gegenwehr — ja, zum Begreifen der Logik der herrschaftsförmigen Umstrukturierung — bedarf es eigenständiger Strukturen. Es wird jedenfalls immer weniger auf schon Bestehendes zurückgegriffen werden können.* Das von der Yuppi-Ideologie affizierte ‚anything goes' in der Alternativszene wäre, auf politisch Widerspenstiges angewandt, vollends verlogen.

Das lockere, legere Umgehen mit Organisationsfragen — von so trivialen Dingen wie Mitgliedschaft, Mitglieder-Werbung, Beitragstreue angefangen bis zur Verbindlichkeit in dem bescheidenen Rahmen politischer Gruppenarbeit — hatte in dem Spektrum, das als ,,undogmatisch" um-

schrieben wird, immer schon eine Schattenseite: Politische Möglichkeiten wurden verschludert, die finanziellen, technisch-organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Arbeit wurden stillschweigend vorausgesetzt, anstatt daß sie gemeinsam gesichert und verbessert wurden. Besonders verbreitet war und ist der sich kritisch gebende Hinweis, man solle sich nicht ,,binden'' und zum Organisationshuber werden; auch als materialistisch ausgegebene Trivialitäten sind beliebt, etwa der Art, es sei ,,voluntaristisch'', nachlassendes Interesse durch Professionalität und bessere Organisation oder durch Mitglieder- und Spendenwerbung kompensieren zu wollen.
Von dieser Nonchalance wird man sich verabschieden müssen, weil man sie sich nicht mehr wird leisten können.

Eine Schwierigkeit wird uns in den nächsten Jahren begleiten, wir werden ihr nicht ausweichen können: Nach dem politischen Wandel der letzten Jahre (Grüne Partei, Ausdifferenzierung der ehedem linken Arbeitsfelder) wird es weiterhin immer wieder schwer sein, Zielsetzungen und Funktion der Linken eindeutig und widerspruchsfrei zu bestimmen. Worin der Einfluß besteht, den sie nehmen kann, muß jeweils auf ,,Themen'' und Projekte bezogen bestimmt werden. Zu diesem bescheidenen Selbstverständnis gehört es auch, sich konsequent von jenen Selbstüberschätzungen zu verabschieden, die sich aus wehmütiger Vergangenheitsschau speisen.

Apropos Wehmut und Vergangenheit: Es wäre kräftezehrend, mühselig und unproduktiv, wollte man für die aktuellen und zukünftigen politischen Vorhaben immer nur an die Genossinnen und Genossen denken, die ,,noch'' Mitglied, die voller Zweifel und Ungewißheit sind. Gegen Wahrnehmungsweisen, wie sie auch von einem Typus des dauerfrustrierten linksliberalen Journalisten bekannt sind, kann man nicht erfolgreich angehen: In linken Projekten und Veranstaltungen wird nur das gesehen, was man sehen will, Uneinigkeit, Selbsthaß, Verwirrung, Ratlosigkeit. Man kann gegen diese Wahrnehmungsweise deshalb nicht an, weil das dahinterstehende Interesse an der Rationalisierung, Objektivierung und Bestätigung von Resignation zu stark ist.
Eine Fortsetzung und womöglich Erweiterung linker Politik in den nächsten Jahren kann nur gelingen, wenn man konsequent damit aufhört, sich die Stabilisierung und Entwicklung linker Organisation immer nur als Wiederbelebung gestorbener Gremien und Gruppen, als Mobilisierung ,,alter'' Bekannter und als neue Aktivität ,,Ehemaliger'' vorzustellen. Die personelle und soziale Basis der in die Jahre gekommenen ,,Neuen Linken'' ist viel zu schmal. Erste Schlußfolgerungen daraus: Bei publizistischen Initiativen, Veranstaltungen und längerfristigen Projekten sollte wenigstens versucht werden, bestehende Arbeitsteilungen, Lagerbildungen, eifersüchtig gehütete Zuständigkeiten praktisch in Frage zu stellen. Nachdem die Zeit der ,,Sozialistischen Konferenzen'' und ambitionierten Gründungen vorbei ist, steht schlicht Zusammenarbeit auf der Tagesordnung. Man wird sehen, daß sie viel schwieriger ist — aber auch produktiver. Es müssen Gruppen und ,,Bereiche'' Gegenstand von Anstrengungen werden, die im linken Spektrum, das sich auf Sozial- und Erziehungswissenschaften und die Heil- und Helferberufe konzentriert, unterrepräsentiert sind; und dies sowohl aus inhaltlich-politischen Gründen als auch wegen der verpönten ,,Nachwuchsfrage''. Das sind die Studenten und Schüler, die Beschäftigten im Medien- und Kulturbereich, die Angestellten des Dienstleistungssektors, es ist die technische Intelligenz. Stagnation und Krisenkater sind nicht unausweichlich. Die Linke kann sie überwinden und wirksam für eine neue politische Kultur kämpfen.

Auszüge aus: links, Nr. 200, Nov. 1986 und Nr. 201, Dez. 1986

PERSPEKTIVEN DER LINKEN IN DEN 80er JAHREN

Veranstaltung des Sozialistischen Büros
20. Mai '82, 11 - 18 Uhr

Referate von: Joachim Hirsch/Roland Roth/Frieder O. Wolf/Jens Huhn/Horst-Dieter Zahn

Krise der Volksparteien ● Strukturen und Interssen der ,,zweiten Gesellschaft'' ● Integration der sozialen Bewegungen ● Die staatlichen Unterwerfungsstrategien ● Situation und Widersprüche der Gewerkschaftspolitik ● Krise der Lohnarbeit ● Soziales Elend, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit — hat der alte Reformismus eine neue Chance? ●Betriebskämpfe und Ökologie ● Utopische Perspektiven?

Diskussion (mit Diskussionsbeiträgen von Mohssen Massarrat, Mitgliedern der Redaktionen von ,,links'' und ,,Widersprüchen''; eingeladen und mitdiskutieren werden Aktive aus Bürgerinitiativen und Bewegungen, von den ,,Grünen'', den ,,Demokratischen Sozialisten'' und andere. . .)

Volksbildungsheim
Frankfurt a.M.
kleiner Saal

Volksbildungsheim Frankfurt
Eschenheimer Anlage 40
6000 Frankfurt am Main
Telefon 55 51 14
Telefon Restaurant 55 19 65

AUFRUF UND EINLADUNG ZUM

"GROSSEN RATSCHLAG"

— Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik —

27.-29. JUNI 1980 IN FRANKFURT

Sozialistisches Büro, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

Detlev Claussen

Bitburg und die Linke

Geschichte als Gegenwart

In Bitburg und Bergen-Belsen ist im Mai 1985 etwas angerichtet worden, was als bloßer Fakt wohl bald vergessen sein wird. Doch die Gleichmacherei von Täter und Opfer, die hier geschieht, wird durch keine Ghostwriter von Präsidenten beleuchtet und kritisiert werden. Nur als öffentlicher Skandal, als Eklat, der allein von jüdischen Organisationen durch Abwesenheit sichtbar gemacht wurde, käme wieder zur Erscheinung, welche tektonische Verschiebung im falschen Bewußtsein der westlichen Welt stattgefunden hat. In den fünfziger Jahren, im Klima des Kalten Krieges, nannte man Reden von Ministern auf Vertriebenentreffen, die verbal gen Osten galoppierten, Sonntagsreden; heute ist die bürgerliche Rhetorik eines Richard Weizsäcker vom 8. Mai eine Sonntagsrede geworden, das Selbstverständliche, Reue im Land der Täter eine Ausnahme, eine Feierstunde im Bundestag. Das Normale ist Geißler und Kohl, die bewußte Hetze und Geschichtsverfälschung, für die Bitburg ein Symbol ist. Die SS ist endlich heimgekehrt ins Reich, in dessen unbewußtem Teil sie schon immer neben den anderen ruht. Heute gilt es schon wieder als jüdisch-amerikanische Übertreibung, wenn behauptet wird, die Wehrmacht sei auch eine Bande von Killern gewesen. Dabei ist die Tätigkeit der Wehrmacht und ihr Zusammenhang mit dem Konzentrationslagersystem genau beschrieben; wer an den Gräbern Kränze niederlegt, die nicht individuell von Angehörigen der Soldaten sind, macht sich zu Angehörigen dieser Taten. Der amerikanische Präsident wollte versöhnen — eine „noble Geste" nennt das die Kasinosprache, die alte Kameraden wie Dregger und Strauß pflegen. Der Aufschrei war nicht zu hören: „Wir wollen uns nicht versöhnen mit der SS und der Truppe des Weltanschauungskrieges!"

Wenn von den Deutschen schon so etwas nicht gehört werden kann, die ja nur ein fiktives Subjekt sind, das dem Ideal der Volksgemeinschaft nachgebildet ist, dann hätte man es von linken Deutschen erwarten müssen: Keine Versöhnung mit der Nazi-Vergangenheit, Erinnerung an den zweimaligen Griff zur Weltmacht, an den Terror nach innen und nach außen, Erinnerung, solange wir leben, an Auschwitz als Symbol für das Fabriksystem des Todes. Aber eine Linke gibt es in Deutschland nicht mehr: weder eine neue noch eine alte. Die Selbstliquidierung der Linken ist älter als Bitburg, aber die gähnende Leere an der Stelle, wo ihr Platz zum Protest gewesen wäre, fällt den meisten, die sich noch links fühlen, gar nicht mehr auf. Nein, in Bergen-Belsen kann man nicht lärmen; die jüdischen Organisationen, gerade die sonst so staatstragenden, haben hier den würdigsten Protest gewählt: Fernbleiben vom Festakt. Aber in Bitburg hätte es sichtbar werden müssen, daß es Menschen in Deutschland gibt, die keine Versöhnung mit Nazi-Deutschland wollen. Aber schon die alten Proteste gegen Reagan haben einen mutlos gemacht. Sie sind von schrecklichen Vereinfachern in blind anti-amerikanische Spektakel umgemünzt worden. Dabei wäre am 8. Mai gerade der amerikanischen Einmischung in die Weltpolitik zu danken gewesen. Es waren amerikanische Panzer, die Dachau, die Ausbildungsstätte des KZ-Systems, befreiten, und es waren auch amerikanische Nachschublieferungen, die es der Sowjetunion ermöglichten, den deutschen Angriff auszuhalten und zurückzuschlagen.

Schon in der Kritik an der Friedensbewegung ist deutlich gesagt worden, daß Antiamerikanismus die Verblödungsform des Antiimperialismus ist. Antiimperialismus, der aber keine sozialrevolutionäre Begründung findet, endet im Ressentiment gegen Supermächte; ex negativo abenteuert hier das nationalistische Bewußtsein. Aus diesem Grund ist es auch möglich, daß extrem rechts und extrem links in nationalistischer Agitation zusammenfallen, wenn sie die ehemaligen Befreier vom Nationalsozialismus als Besatzer von heute bezeichnen. Nur, was sich da extrem links dünkt, ist gar nicht links, sondern schon längst eher rechts. Diesen objektiven Veränderungsprozeß, der die Subjekte nicht unberührt läßt, konnte man schon an der RAF studieren; die „Antiimpis" von heute sind nur ein müder Abklatsch davon. Nicht

„Man muß die Schicksale zwar mit steinernem Herzen ansehen, aber sie sind nicht bloß, weil sie sind."
Hegels Heidelberger Vorlesung im Winterhalbjahr 1817/18
„Naturrecht und Staatswissenschaft"

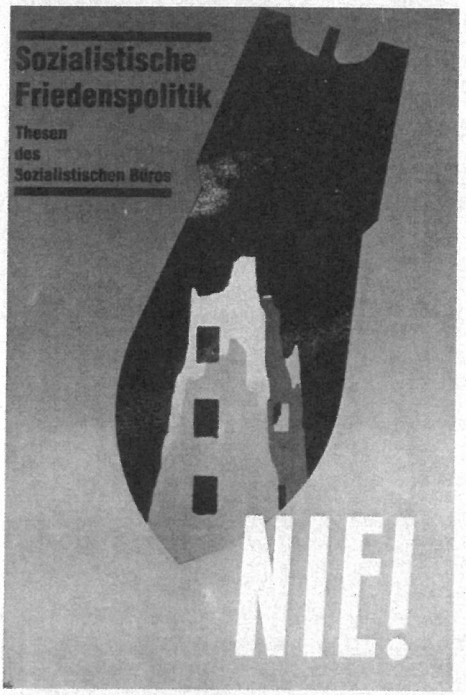
an der Befreiung von Unterdrückten und Ausgebeuteten orientiert sich diese politische Agitation, sondern die Begeisterung entzündet sich am bewaffneten Kampf gegen die USA. Sie sehen nicht, daß diesen bewaffneten Kampf ihre Großväter tatsächlich geführt haben.

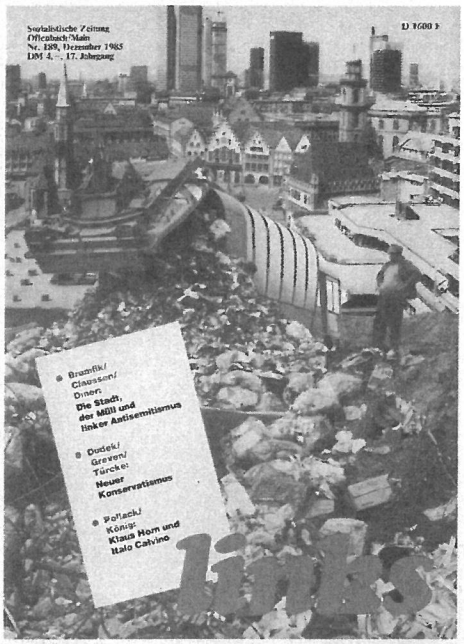
Wenn dieser verblödete Antiamerikanismus kritisiert wird, der aus den USA das Reich des Bösen macht, dann soll nicht denen recht gegeben werden, die Kritik an den USA als sowjetisch gesteuert diffamieren. Das laute Geschrei der Geißler, Kohl, Dregger und Strauß gegen den Antiamerikanismus warnt vor ihrem eigenen. Kohl, dieser Prophet der Unschuld, hat gedroht, und die FAZ hat es seit Februar wöchentlich wiederholt, daß — wenn der Präsident nicht nach Bitburg kommt — dies unübersehbaren Schaden für die deutsch-amerikanischen Beziehungen bedeutet. Dregger aber sprach es in seinem Brief an die US-Abgeordneten aus, was dahintersteht: Er habe am 8. Mai in Marklissa den Westen gegen die Rote Armee verteidigt, das würden diese Amerikaner fern vom Schuß wohl vergessen. Dies ist die Variante der Dolchstoßlegende, die untergründig in Deutschland Stammtischbewußtsein war und ist: Beim Kampf gegen den Bolschewismus sind uns die Amerikaner in den Rücken gefallen. Bei seiner Vernehmung hat Himmler sich so eingelassen, zwanzig Jahre später hat Eichmann sich so gegenüber Avner Less geäußert. Dregger sagt also gar nichts Neues, sondern er äußert das ganz alte: Das Reich des Bösen, der Bolschewismus, liegt in Rußland. Die Sowjetunion nennt Herr Geißler die ,,eigentliche Schande unserer Zivilisation'', nicht Auschwitz. Wenn er als ,,der'' schlimmste Hetzer in diesem Land seit Goebbels von Willy Brand bezeichnet worden ist, trifft das einen präzisen Tatbestand: Geißler ist nicht Goebbels, aber er arbeitet mit Propagandamechnismen, mit denen Goebbels berühmt geworden ist. Der wichtigste Effektmacher besteht in der Verschiebung. Als Goebbels beim täglichen Pressegespräch mit deutschen Schriftleitern, so hießen Redakteure damals, gefragt wurde, was man gegen die Meldungen über Massenmorde an Juden, Polen und Russen machen solle, riet er: ,,Berichten Sie über die Taten der Engländer in Indien!'' So will es Geißler auch: Schluß mit Auschwitz, daran waren ja schließlich alle schuld und es ist ja auch vorbei; aber verbaler Krieg gegen die Sowjetunion und den Bolschewismus, der uns heute bedroht. Die verbale Kriegsdrohung geht über in den geistigen Bürgerkrieg. Geißler führt ihn spätestens seit dem deutschen Herbst, als er jeden nicht rechtskonformen Gedanken als Beihilfe zur terroristischen Tat denunzierte. Von Goebbels' Radioreden über Judenvernichtung sagte man, es wären nur Worte, um die Leute aufzuputschen. Seit Goebbels' Prophezeiungen wissen wir, daß alle Worte ernst zu nehmen sind, die von staatlichen Machthabern gesprochen werden.

Angesichts der neuen Hetztiraden, die ein Nachdenken über die Geschichte verhindern sollen, fühlt man das Verschwinden der Linken schmerzlich. Brandts berechneter Ausbruch gegen Geißler, der doch zumindest dieses Wahre hervorbrachte, machte aber auch zugleich deutlich, wo die Grenzen auch der aufrechtesten Sozialdemokraten liegen: im Nationalsozialismus. Spätestens seit Schumachers Zeiten wollen sie sich als die besseren Deutschen profilieren; Willy Brandt hat sein eigenes Lebenswerk, die Ostpolitik, zur Deutschlandpolitik verkommen lassen, die von Kohl — mit einigen Pannen — so weitergeführt werden konnte. Die schwammige Rhetorik spricht aus allen, Brandt, Kohl, Weizsäcker und Honnecker: ,,Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!'' Als ob ein Krieg vom Boden ausgehen würde und nicht von den Chefetagen, Kommandostäben und Staatskanzleien! Die Kommunisten haben sich schon lange vom Linkssein verabschiedet: Frieden und Nation — sei es sogar das neologische Ungeheuer einer ,,sozialistischen Nation'' — stehen in ihrem Vokabular ganz oben, zu Recht. Arrondierung des Terrorismus, die nicht durch Gewalt in Frage gestellt werden soll, ist das Hauptinteresse der Kommunisten, die sich der Sowjetunion so nahe verbunden fühlen, daß sie die chauvinistische Großmachtpolitik ihrer Hegemonialmacht in jeder Hinsicht rechtfertigen. Seit Gründung der DDR gibt es keine kommunistische Linke mehr in Deutschland; sie ist übergegangen ins Neue Deutschland. Damit hat man sich aus der Geschichte gestohlen und die DDR fühlt sich im Selbstverständnis als ein von Hitler überfallenes Land wie Polen und die Sowjetunion. Daher schwelt es auch noch dort untergründig. Immerhin ist äußerlich ein Strich gegen den Nationalsozialismus gezogen worden, aber innerlich wird die Geschichte so einfach, klar und falsch dargestellt, daß das falsche großdeutsche Bewußtsein unter der Hand sich als oppositionelles, richtiges fühlt.

Der offiziellen Rehabilitation von Luther und dem 20. Juli folgen nun die von Fichte und Bismarck: ewige Wiederkehr des deutschen Nationalismus. Im Westen kokettieren einige Leute noch mit ihrer linken Vergangenheit, wenn sie die ,,nationale Frage'' neu entdecken. Hitler hat die nationale Frage gestellt — erst nach innen gegen Bolschewisten, Sozialdemokraten, Liberale und als Inbegriff all dessen gegen die Juden, dann nach außen in Europa und der Welt. Der 8. Mai ist die internationale Antwort auf die nationale Frage gewesen, mit allen Mängeln, die die Nachkriegsordnung beinhaltet. Die Mängel

links
Extrablatt des Sozialistischen Büros
Nato-Tagung
Reagan-Besuch
Eine Provokation
NATO
Aufruf zum Frankfurter Friedenskongreß 17. - 20. Juni 1982, Seite 4 - 5





„Die Stimmung falscher Versöhnung gehört seit 1945 zum Stunde-Null-Ritual. (. . .) Aber Auschwitz markiert den Bruch, das zu begreifende Unbegreifliche, nach dem es keine Normalität wieder geben kann."
(Detlev Claussen, links-Redaktion)

aber liegen in den Gesellschaftsordnungen begründet, die nur von innen heraus sich beheben lassen.

Es war der sozialistische Präsident Frankreichs, mit seinem Sinn für Pomp und Gloire, der den tumben deutschen Kanzler in Verdun dafür entschädigte, daß er beim 40. Jahrestag der Normandielandung nicht dabei sein durfte. Diese Erziehung von Verdun mißglückte, weil sie als Versöhnung gleicher Kontrahenten angelegt war. Einer von diesen Nationalrevolutionären, den die Rote Armee aus Hitlers Gefängnis befreite, notierte 1945 aber deutlich, daß mit dem 1. Weltkrieg Deutschlands herrschende Klasse den Griff zur Weltmacht wagte, der aus Gleichen Ungleiche machte: „Der Nationalsozialismus war von eindeutiger Herkunft: er war ein politisches Krebsgeschwür, das auf bürgerlichem Boden erwachsen war. Sein Keim war schon erkennbar in jenem Wort, das Kaiser Wilhelm II. am 31. Dezember 1905 an den Reichskanzler Fürst Bülow schrieb: ‚Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen — wenn nötig, per Blutbad —, und dann Krieg nach außen! Aber nicht vorher und nicht a tempo.'" Es war nicht nötig, die Sozialisten machten mit. Nicht 1932, als kaum noch etwas zu machen war, sondern 1915 beginnt das neue Zeitalter, in dem Auschwitz liegt. Diese Grenze hat der nationalbewußte Franzose verwischt und dem Unschuldsengel in Riesengestalt das erhebende Gefühl eines historischen Augenblicks verschafft. Was Verdun für Mitterand, war Bitburg für Reagan.

Kohl und seine Deutschen hatten noch Hambach parat: Traditionspflege des Unbewußten. Irgendwelche Demokraten soll es damals gegeben haben, die keiner mehr so richtig kennt, beim Hambacher Fest 1832. In Wirklichkeit wurde nach Hambach zum ersten Mal der Trennungsstrich gezogen zwischen deutschem Chauvinismus und emanzipatorischer Gesellschaftskritik; denn das Deutschland, das die Hambacher wollten, sollte von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt reichen. In seiner Denkschrift „Ludwig Börne" griff Heine Börnes Naivität an, er sehe nicht, was sich hinter dem Patriotismus verberge: „Sind diese dunklen Narren, die sogenannten Deutschtümler, ganz vom Schauplatz verschwunden? Nein. Sie haben bloß ihre schwarzen Röcke, die Livree des Wahnsinns, abgelegt. Die meisten entledigten sich sogar ihres weinerlich brutalen Jargons, und vermummt in den Farben und Redensarten des Liberalismus, waren sie der neuen Opposition desto gefährlicher während der politischen Sturm-und-Drang-Periode nach den Tagen des Julius. Ja, im Heere der deutschen Revolutionsmänner wimmelte es von ehemaligen Deutschtümlern die mit sauren Lippen die moderne Parole nachlallten und sogar die Marsellaise sangen. . ."

Wer behauptet, das deutsche Volk habe aus der Geschichte gelernt, gibt nur zu, daß er selber von Völkern und Geschiche nichts weiß. Dieser Kanzler selbst wird seinen nächsten nationalen Gedenktag feiern, wenn er im Juni zu den Schlesiern spricht. An der Grenze Schlesiens liegt Auschwitz. Niemand von diesen schlesischen Berufspolitikern hat gesagt, er wolle Auschwitz wiederhaben. Wer nur einen Augenblick darüber nachdenkt, was in Auschwitz geschehen ist — und in all diesen Todeslagern an der Grenze zwischen Ost und West —, könnte er es wagen, von einem deutschen Schlesien in einem Europa freier Völker zu reden?

Aber es sind nicht nur die Schlesier, sondern in diesen Tagen ist eine intellektuelle und moralische Ungeheuerlichkeit zum Gesetz geworden, das wohl ein Weizsäcker unterzeichnen wird: „Auschwitz-Lüge" und Vertreibung werden auf eine Stufe gestellt. Das Schicksal der Vertriebenen hat niemand geleugnet, während Auschwitz ständig verleugnet wird. Der Name Auschwitz erinnert an die politische Dynamik des deutschen Griffs zur Weltmacht, der zum Weltanschauungskrieg gegen Slawen und Bolschewismus führte und an dessen Ende die Massenvernichtung der europäischen Juden stand. Die Vertreibung gleicht nicht mit Hilfe einer sentimentalen Aufrechnung Leid gegen Leid aus, sondern sie ist die harte nationalistische Reaktion der Völker, deren Existenzrecht die Deutschen (inklusive Schlesier) in Frage gestellt haben.

Die Rhetorik von Nationalismus und Christentum hat ihre Grenze an dem, was geschehen ist. Auch andere haben behauptet, sie hätten gelernt. Als die jüdischen Organisationen am 5. Mai nicht zum Festakt nach Bergen-Belsen gingen, blieben andere geladene Gäste nicht etwa auch fern. Die Kirchen boykottierten nicht, sondern gaben wieder ihren Segen. Nur mit steinernem Herzen konnte der Zuhörer den sentimentalen Rührstories des Präsidenten mit ihren falschen Versprechungen widerstehen. So betrügerisch wirkten diese falsch belegten Stimmen. Solidarität gibt es nicht mehr an diesem Tag; in ihrem Protest bleiben die Juden allein.

(aus: links, Nr. 183, Juni 1985)

Dan Diner

Angst in der Friedensbewegung

Viele, die sich gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen wenden, sind von Angst um's schiere Überleben getrieben. Nun soll nicht der Eindruck heraufbeschworen werden, die Angst der Menschen vor den nuklearen Arsenalen sei völlig unbegründet und beruhe auf schlichter Einbildung. Das, was sich seit einigen Jahren als Kriegsgefahr zusammenbraut, läßt zu Recht Ängste wirksam werden. Hat diese Angst tatsächlich und ausschließlich ihre Quelle dort, wo sie hineingelegt wird: in den Raketen, oder handelt es sich dabei auch um eine verschobene Angst, um verschobene Wahrnehmungen? Dabei geht es nicht um Angst an sich, die ohnehin nur individuell zu empfinden ist, sondern um die besonderen Ausformungen von Angst, um die Verallgemeinerbarkeit von Angstmetaphern und eines von ihnen möglichen gemeinsamen Ursprungs, der sich nicht in den Raketen allein — Ausdruck internationaler Machtabstraktion — finden kann, sondern sich eher an ihnen konkretisiert.

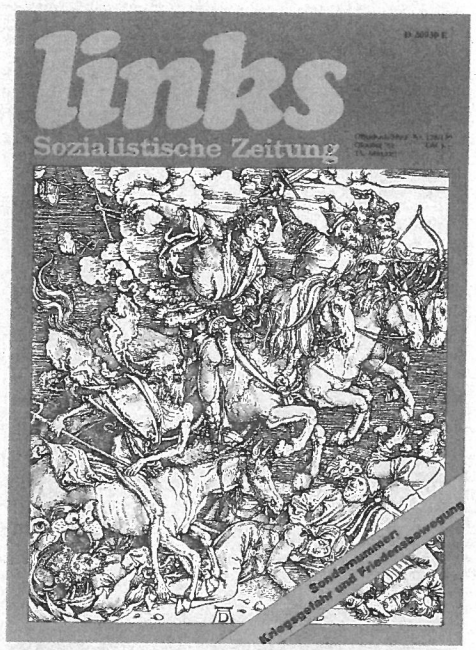
Es wäre vermessen und fiele selbst unter das Verdikt von Scheinrationalität, hätte man eine geschlossene Kausalkette zur Angsterklärung parat. Was bleibt, ist eine Selbstbeschränkung auf einige wenige Aspekte des Angstmosaiks, die politisch bedeutungsvoll sind.

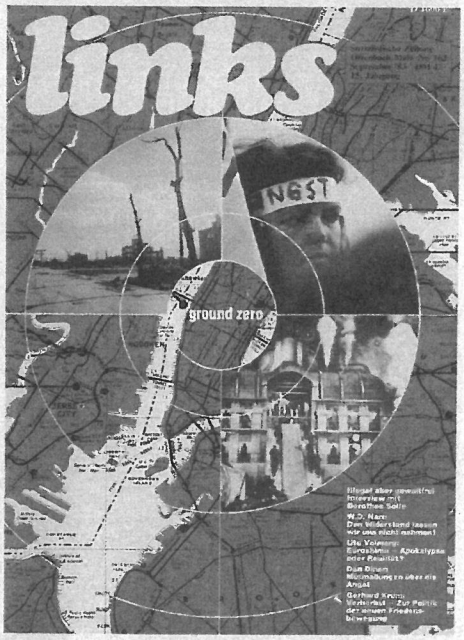
Ein umfassendes Moment ist die gerade von jüngeren Menschen verspürte Verengung der Lebenszeit. Das Motiv der Zeitverengung kommt dadurch zum Ausdruck, daß ein absolutes Ende der menschlichen Existenz oder zumindest jener der Menschen in Europa durch einen nahenden Nuklearkrieg bis zur Gewißheit empfunden wird. Diese Empfindung erfährt eine Steigerung, wenn die eigene politische Handlung gegen die Stationierung, den count down zum Ende hin, als ein absolutes „letztes Gefecht" erfahren wird. Steht jedoch hinter einem Ereignis ein absolutes Ende, wird ein Nichts mit Gewißheit angenommen, dann richtet sich alle mobilisierbare Energie auf jenen manichäischen Dreh- und Angelpunkt. Nicht das Wie des Überlebens, sondern das des bloßen Überlebens bestimmt alles Handeln.

Das Phänomen von Endzeitphasen, für die es heute durchaus ein wirkliches Zerstörungspotential gibt, kann nicht als Gefühl jenem Potential entstammen. Die Quelle des Angstgefühls, das mit wirklichen Zerstörungs- und Vernichtungspotentialen zusammenfällt, kann auch Ausdruck des gegenwärtig wirksamen gesellschaftlichen Zivilisationsverfalls sein. Daß die zumindest seit der Aufklärung in unterschiedlicher Weise kulturell und politisch wirksamen linearen Fortschrittsvorstellungen nicht mehr tragend sind, ist allgemein ersichtlich. Das Ende der Zukunft ist paradoxerweise selbst zum Motiv von Zeiterklärung geworden. Und ohne Zukunft bzw. Zukunftsvorstellungen, nach vorn — was das auch immer heißen mag — gerichtete Entwürfe, läßt sich kein Leben sinnvoll, d.h. vernünftigerweise entwerfen. Die Wahrnehmung vom Ende der Zeit, von linearer Zeit, findet eine Entsprechung in einem sich verengenden Lebensgefühl — dem Lebensgefühl von no future — konkret im erwarteten Ende unserer Zivilisation.

Daß keine oder nur noch wenige und unter der Hand verrinnende Zeit bleibt, ein solches Ende zu verhindern, reflektiert die seismographische Wahrnehmung vom Ende einer epochalen Vorstellung von

Dan Diner (links-Redaktion) bei seinem Redebeitrag zu „Linke und Demokratie".





Fortschritt. Und es macht durchaus Sinn, daß gerade die fortgeschrittensten Technologien dieses Ende vollziehen sollen. Zur Topographie der Gefühle gesellt sich eine politische Geographie neuempfundener partikularer und damit auch nationaler Interessenbestimmung, die mit dem Charakter von Nuklearstrategie auf das Engste in Verbindung steht: Man wird sich selbst auch im Selbstverständnis zum Nächsten und kommt sich so und seiner kollektiven Geschichte näher. Zukunftslosigkeit oder Verfall von Zukunftsvorstellungen verlebendigt Vergangenes neu — oft in verzerrter und verquerter Form.

Kurz: Politisch-räumlich geprägtes Denken, das sich in militärisch-strategischen Entwürfen bewegt, weist der geographischen Verortung eines Gemeinwesens eine überragende Bedeutung zu. Das Gerangel um die Stationierung — landgestützt, seegestützt, deutsch — oder wie auch immer anders gestützt, hat national bestimmte Deutungen wieder aufleben lassen. Letztendlich öffnen sie Instanzen Tür und Tor, die in einer Vermischung von Phantasie und Realität Grund und Ausdruck jener unerklärlichen Anteile in der vorherrschenden Angst sein können.

Es ist triviale Einsicht, daß Vergangenes Beherrscher von Gegenwärtigem ist. In der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung begründet etwa die Sowjetunion ihre militärisch offensiv gestaltete Strategie politisch defensiv mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges: Nie wieder soll aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit sich Krieg auf dem Territorium der Sowjetunion abspielen dürfen. Tiefer, weil unbewußter, greift die Vergangenheit in die aktuellen französischen Wahrnehmungen ein. Der Verfall politischer und sozialer Deutungsmuster hat in den letzten Jahren in Frankreich vor allem bei linken Intellektuellen das vordergründig unverständliche Phänomen hervorgebracht, für nukleare Bewaffnung und eine unnachgiebige Haltung der Sowjetunion gegenüber einzutreten. Begründet wird dies mit der pazifistischen Haltung der französischen Linken angesichts Hitlers. So ist auch „München 1938", das Nachgeben der westlichen Demokratien England und Frankreich vor den Forderungen Hitlers hinsichtlich der Tschechoslowakei, zu einer historisch beliebig dehnbaren Metapher verkommen. Gleichsetzungen mit der jüngsten Vergangenheit schrumpfen zum Paradigma von Wahrnehmung aktueller Realität. Auch in Deutschland, ja erst recht in Deutschland, wirkt sich die jüngste Vergangenheit auf die Wahrnehmungen von politischer Realität bestimmend aus. Nur ist durch die Nähe zum Geschehenen eine Abwehr wirksam, die alles ins Gegenteil verzerrt. Etwa, indem man sich auf sie beruft, um sich von ihr loszumachen. So ist der Hinweis, gerade in Deutschland habe man eine besondere Verantwortung für den Frieden, zu einer nichtssagenden Formel verkommen, der sich die widersprechendsten Handlungen in der Sicherheitsdebatte zu bedienen vermögen.

Am verwickelsten kommt die Vergangenheit in kollektiven Angstgefühlen zum Ausdruck, wie sie in der Friedensbewegung vorherrschen.

Solche Vernichtungsängste sind nicht allein aus begründeter Furcht vor einem Atomkrieg und aus Einsicht in die Nuklearstrategien entstanden, sondern vielleicht eher mit kollektiven Identifikationen und Erwartungen verbunden. Könnte dies nicht damit im Zusammenhang stehen, daß sich in die realen Kriegserwartungsängste der Bevölkerung hier unbewußt kollektive Straferwartungen mischen, die ihren Grund in der deutschen Vergangenheit haben? Die sich in Äußerungen, Aktionssymbolik, Begründungsretorik u.a. äußernde Gewißheit, Deutschland werde zum Hauptziel der nuklearen Katastrophe, ausgelöst von den Supermächten, die doch gleichzeitig auch die Siegermächte des II. Weltkrieges sind, kann mobilisierendes Motiv sein, das gerade in BRD und DDR, also in Deutschland, Ängste vor einer Verschwörung gegen das Überleben der Deutschen wirksam werden läßt.

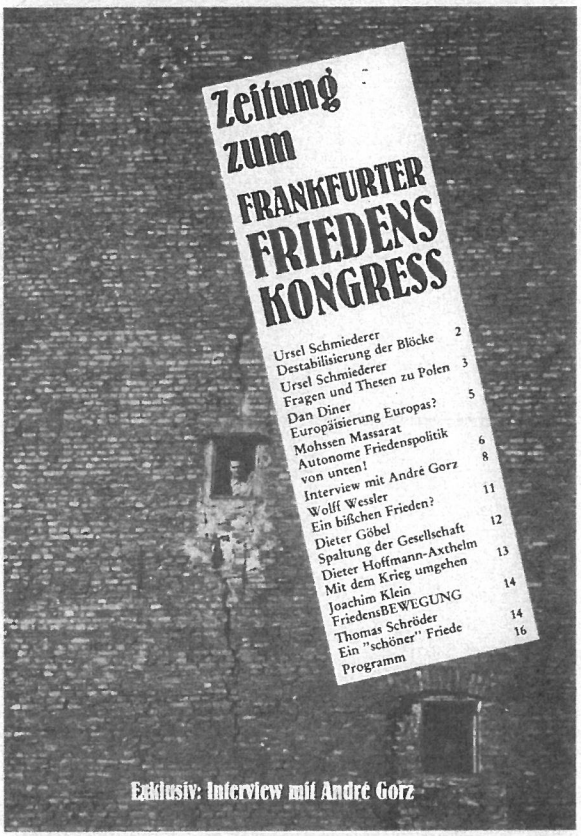
Angst als Bestrafungserwartung?

Sollte sich die Annahme bewahrheiten, daß Anteile der Kriegs- und Vernichtungserwartungen als Angst sich vor allem bei der Enkelgeneration in Verschiebung und in Identifikation mit der Geschichte der Großeltern mittels der Friedensbewegung einlädt, dann fallen zweierlei Motive in eins zusammen, die beide mit Auschwitz in Verbindung stehen und in ihrer Vermengung zu jenen Angstreaktionen führen können: Einmal die Angst vor einer technisch-rational durchgeführten irrationalen Absicht, zum anderen die bereits benannte Straferwartung für die Judenvernichtung. Vor dem Unvorstellbaren an Auschwitz und der Judenvernichtung, einem Ereignis von Barbarei, die keinen Deut von durchschaubarer Zweckrationalität in sich barg und auch nicht mit den ohnehin bestialischen Kriegszielen der Nazis in Verbindung stand — will man die Judenvernichtung nicht als das eigentliche Kriegsziel und den militärischen Krieg als bloßes Deckszenario auffassen — versagt das Vorstellungsvermögen. Man lebt weiter im Vertrauen darauf, eine wenn schon nicht vernünftige, so doch immerhin durch Zweckrationalität bestimmte Zivilisation zu unterstellen und sich noch obendrein biographisch darauf zu verlassen. Dies, obwohl diese Rationalität von den Nazis in ihrem Kern widerlegt worden ist. Wenn un-

sere Zivilisation aber bereits widerlegt worden ist — wo ist die Angst geblieben, die eine solche Einsicht doch heraustreiben müßte? Sie bleibt einmal intellektuell abgewehrt auf der Strecke der trivialen und universalisierenden Faschismusvergleiche, die jegliche Unterdrückung hier und anderswo geradezu beschwörend globalisiert, um aus dem heimatlichen Schatten heraustreten zu können. Die Angst bleibt versperrt, erstarrt, weil sie eine doppelte ist. Zum einen als Generalangst vor den Möglichkeiten unserer Zivilisation, die in der Vergangenheit zur Wirklichkeit wurden: nämlich die Vernichtung um der bloßen Vernichtung willen. Zum anderen spezifischer, als Bestrafungsangst der Deutschen, als archaische Erwartungshaltung für einen einzutretenden drohenden Ausgleich in Form kollektiver Vernichtung, ohne den die innere Anspannung nicht zur Ruhe gelangen vermag. Dieses diffus auftretende Gefühl führt geradewegs zu jener befragten Gewißheit, über Deutschland werde die atomare Vernichtung hereinbrechen. Identifikationen mit Hiroshima liegen auch deshalb nahe, weil jene Bombe bei einer möglichen längeren Kriegsdauer diesem Land gegolten hätte. Unter anderem bewogen neben der Beendigung des Krieges in Europa im Mai 1945 rassistische Beweggründe die Amerikaner dazu, sie gerade auf den asiatischen Kriegsgegner anzuwenden.

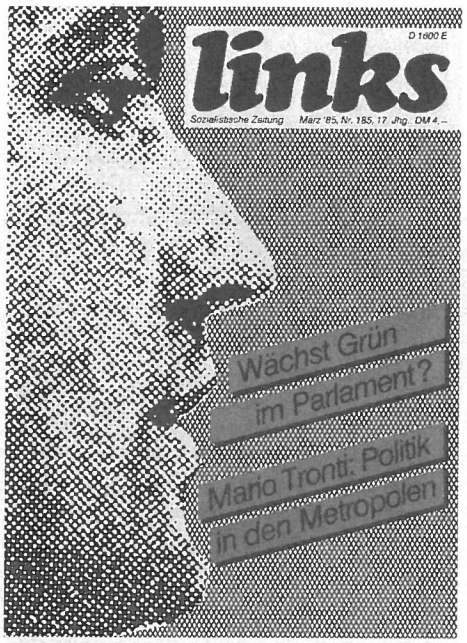
Die Geschichte ist aber nicht abgebrochen; kann auch psychisch angesichts des Geschehens der Vergangenheit nicht abgebrochen sein. Der in archaischer Vergeltungserwartung befürchtete Eintritt kollektiver Bestrafung wird mit den Raketen in Verbindung gebracht. Und dieses Gefühl läßt politische Vermutungen in den Rang von Gewißheiten erheben. Sie werden von außen, also von Nichtdeutschen, vor allem in den USA betrieben. Damit rückt aber der Ausgangspunkt der Friedensbewegung — die Nachrüstung und weit mehr noch als diese selbst die friedensgefährdenden Spannungen im Ost-West-Verhältnis — aus dem Zentrum des Interesses; auch dann, wenn man vorgibt, jenes Ziel politisch zu verfolgen. Befragen läßt sich auch das Bewußtsein, das gerade am 1. September, dem Erinnerungsdatum des Hitler-Überfalls auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, in Deutschland moralisch eine US-Basis belagern will. Es war immer gute linke Tradition, die eigene Regierung, die eigenen Generäle, das eigene Militär verantwortlich zu machen. Darüber hilft auch keine juristische Souveränitätsdiskussion hinweg, die doch letzthin darauf hinausläuft, die eigenen Verantwortlichen als harmlose Hampelmänner, als willenlose Lizenzregierung einer brachialen Besatzungsmacht hinzustellen. Diese Souveränitätsfiktion ist nichts als eine peinliche Ablenkung von der Tatsache, daß es die eigenen Verantwortlichen sind, die die Anwesenheit der Amerikaner aus durchsichtigem Eigeninteresse wünschen. Oder glaubt jemand, daß, sollte sich eine Bundesregierung für den Abzug der US-Streitkräfte stark machen, die Amerikaner über Bahnknotenpunkte, Brücken und Rundfunkstationen Fallschirmjäger absetzen werden? Bislang war es eher Politik der USA, den Truppenabzug als Drohung immer dann einzusetzen, wenn ihr die Bundesregierung nicht botmäßig genug war. Oder herrscht bereits das Gefühl vor, die „besetzte" Bundesrepublik oder gar das „besetzte" Deutschland seien ein kleines tapferes Nicaragua, das es gegen den blutrünstigen und weltumspannenden Alligator zu verteidigen gilt? Die Forderung nach mehr Souveränität, vor der man uns bitteschön bewahren möge, kommt noch am konsequentesten in den Forderungen eines Franz-Josef Strauß zum Ausdruck, der sich einen zweiten Schlüssel für die atomare Verfügung ausbittet. Nicht zu Unrecht: Denn Souveränität kann nichts anderes bedeuten, als die Verfügung über den äußeren Ausnahmezustand. Und diese läßt sich eben nur nuklear verwirklichen.

(aus: links Nr. 162, September 1983)



Micha Brumlik

Nationale Emotionen bei den Grünen



Wer wie ich dank eines späten Urlaubs in den Genuß kam, sich zu einer Tageszeit, während der die anderen arbeiten, vor den Fernseher zu setzen, der konnte die Haushaltsdebatte im Bundestag kaum verpassen. Und wer — neugierig darauf, wie sich die von uns gewählten Grünen schlagen würden — ein wenig länger verharrte, konnte zum Teil Atemberaubendes erleben. Neuer Höhepunkt deutschlandpolitischen Tiefsinns war die Rede der grünen Abgeordneten Antje Vollmer, der es tatsächlich gelang, das halb- bis viertelvolle, eher geschwätzige Plenum zum Zuhören zu bringen. Die Abgeordnete, die wie die verkörperte deutsche Misere ans Rednerpult trat — Kloß im Hals und Tränen in den Augen —, brachte das Kunststück fertig, als Klageweib vor das Hohe Haus zu treten und dem Publikum authentisch jene nationalen Emotionen zu präsentieren, von denen die anderen längst nur noch reden — was aber keineswegs für die Abgeordnete und ihre Partei, sondern allenfalls für die anderen vier Fraktionen des Parlaments spricht.

Vor den Ohren des staunenden Publikums breitete Antje Vollmer die verblichenen Träume der Zwischenkriegszeit aus: Deutschland als Mittler zwischen Ost und West, als agrarisches Herz Europas, als (wörtlich:) ‚Wanderer zwischen zwei Welten'. Richtige Ideen, wie die, daß der Bismarcksche Einheitsstaat in den rund siebzig Jahren seiner Existenz rund zwanzig Jahre mit Kriegen und ihren Vorbereitungen verbrachte, gingen sofort wieder unter, wenn die grüne Abgeordnete sich selbst in die abgetretenen Stiefel der deutschen Geschichte stellte. Es war vermutlich das erste Mal, daß ein grüner Parlamentarier die Ideen des 20. Juli als geistiges Erbe beanspruchte. Die Vorstellungen der Verschwörer von einem neutralen Deutschland im Herzen Europas auf agrarischer Grundlage, haben es der Partei wohl angetan. Es ist nur schade, daß sie sich nicht — wie die seriöse historische Forschung — mit den wirklichen Plänen und Absichten Goerdelers und seines Kreises auseinandergesetzt hat: Ein bißchen agrarische Refeudalisierung, gewiß keine Demokratie und mit Sicherheit eine, wenn auch bemäntelte, Hegemonie in Europa. . . Oder: hat sie sich *doch* damit auseinandergesetzt und findet das am Ende sogar gut?

In einem zweiten Aufguß ging es dann um Stalins Note von '53 und eine Polemik gegen Adenauer, bei der man — hätte Antje Vollmer nicht auch seinen Antikommunismus bemängelt — glauben konnte, es spräche der Geist Kurt Schumachers aus ihr. Gewiß: Antikommunismus war nichts Gutes — aber war es nach so vielen Jahren nicht wenigstens der Erwähnung wert gewesen, daß der real existierende Kommunismus damals der des Stalinismus war?

Der Höhepunkt ihrer Rede, ihrer Polemik gegen Adenauer, ließ mir dann — genauso wie ihr selbst — den Atem stocken.

„Ich sage jetzt", kündigte sie sich an, „ich sage jetzt etwas Hartes." Und fuhr, die Regierungsbank adressierend, fort: „Wir werden — meine Herren — Ihre vierzig Jahre verfehlte Deutschlandpolitik mit Wut und Trauer übernehmen — mit der gleichen Wut und Trauer, mit der wir die Folgen jener zwölf Jahre übernehmen werden!" Mit anderen Worten: Für den Gefühlshaushalt der Antje Vollmer sind vierzig Jahre Bundesrepublik genauso schlimm wie zwölf Jahre Drittes Reich mitsamt seinen Kriegen, Massenmorden etc. Und das Problem mit dieser Äußerung ist in der Tat, daß sie so schrecklich authentisch war. Die Rednerin meinte, was sie sagte!

Doch diente all dies lediglich dem vernünftigen Schluß, die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, eine gemeinsame deutsche Initiative für den Frieden in der UNO und — schon wieder etwas abenteuerlicher: den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu fordern. „Lieber" — so endete die Rede — „ein Wanderer zwischen zwei Welten, als die Geisel einer Großmacht". Naja. . .

(aus: links Nr. 171, Juni 1984)

Bildungstag '86

11. – 13. April 1986 in Frankfurt

Die hohen Erwartungen in der Bildungsreform und pädagogische Praxis als Hebel gesellschaftlicher Veränderung und als Kernbereiche sozialistischer Politik sind längst der Ernüchterung gewichen. Utopien eines freien, selbstbestimmten Lernens haben an Attraktion und Klarheit verloren. Die Bezugspunkte der pädagogischen Linken: marxistische Theorie und sozialistische Strategie, sind heute vielfältiger und widersprüchlicher geworden und stoßen auf wachsende Skepsis.

Dennoch beherrscht nicht Resignation das Feld; im pädagogischen Alltag wird mit Phantasie und Energie gearbeitet. Es gibt aber auch einen beklagenswerten Mangel an Diskussion zwischen verschiedenen Praxisfeldern und Projekten, der als politische Schwäche namentlich der undogmatischen Linken begriffen und angegangen werden sollte.

Es wäre vermessen, nach verhältnismäßig langer Zeit, in der Diskussions-Fäden abgerissen und Kontakte verlorengegangen sind, den Berg an Problemen und Anforderungen an eine Erneuerung linker Bildungspolitik mit einemmale abtragen zu wollen.

Es kann sich um nicht mehr und nicht weniger handeln als den Beginn von Diskussionen und Positionsbestimmungen. Darum rufen wir zum Bildungstag '86 auf.

Auf dem Bildungstag '86 wollen wir in Thesen und Diskussionen theoretische Analyse und politische Aktualität nicht voneinander trennen. In der Aufarbeitung wichtiger Problemfelder sollen darum immer auch **Strukturkrise, kulturelle Modernisierung und Subjektivität** thematisiert werden.

Anzeige

Bildung im Wandel

Thesen und Materialien zum Bildungstag '86 in Frankfurt

Der Vorbereitungsreader, herausgegeben vom Sozialistischen Büro und der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Politischen Bildung e.V., mit Beiträgen von Gernot Koneffke, Ulf Preuss-Lausitz, Andreas Schaarschuch, Frank Strikker udn vielen anderen gibt auf 160 Seiten einen Überblick darüber, was auf dem Bildungstag zur Diskussion stand und auch weiterhin steht.

Gegen Vorausscheck über 16,- DM ist die Materialsammlung incl. Versand erhältlich beim
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7, Postf. 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bildungstag '86 Podium

Micha Brumlik (links-Redaktion, rechts im Bild) während der Podiumsdiskussion zum Auftakt des „Bildungstages" des SB 1986 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt. Neben ihm v.l. Annedore Prengel, Irmgard Heydorn und Dirk Axmacher.

Egon Becker

Natur als Politik?

In den immer zahlreicher werdenden theoretischen Selbstverständigungstexten der politischen Ökologiebewegung nimmt das sogenannte ökologische Denken eine Schlüsselforderung ein. Ihm geht es um die totale Wende: ,,Jahrhundertelang haben die Humanwissenschaften (. . .) vor dem Hintergrund der naiven Annahme operiert, daß die Natur eines, die Welt des Menschen ein anderes sei; daß die Abläufe, die Bewegungen, die Gesetzmäßigkeiten des menschlichen Kosmos vor einer gänzlich abgetrennten Kulisse von ‚Natur' sich ereignen, . . .'' (Amery, Natur als Politik). In dem neuen ökologischen Denken will man diese Zwei-Reiche-Lehre überwinden; sei es als ,,ökologischer Materialismus'' (Amery), ,,ökologischer Humanismus'' (Hasenclever), ,,soziale Ökologie'' (Maren-Griesebach) — ‚Natur' soll nicht länger Gegenstand von Ausbeutung und auch nicht bloß zu schützende Umwelt sein, sondern deren innere Ordnung, die ,,Gesetze des Seins'' sollen auch im Innern der menschlichen Gesellschaft Anerkennung finden. (. . .)

Daß sich die Vorstellungen von Politik im Verlaufe der Geschichte immer wieder verändert haben, ist eine Binsenwahrheit.

Ebensowenig dürfte umstritten sein, daß ‚Politik' eine genuin menschliche Handlungsweise ist, ein Ordnen menschlicher Verhältnisse in einem Feld von Gewalt-, Herrschafts- und Machtbeziehungen. Weder Bienen noch Termiten, noch Graugänse betreiben Politik. Wer natürliche Lebenszusammenhänge bei allen Formen menschlichen Handelns berücksichtigen will, der bekommt Schwierigkeiten im Felde der Politik. Aber auch die Vorstellungen von Natur sind keine historisch unveränderlichen Größen. Soweit wir überhaupt von solchen Vorstellungen wissen können, war das menschliche Naturverständnis immer Moment einer umfassenderen Weltauffassung und Selbstdeutung der Menschen. Welches Naturverständnis die vergesellschafteten Menschen entwickelten, hing ab von ihrem Naturverhältnis, also von der Art und Weise, die eigene Existenz zu sichern, das Leben der Gattung zu garantieren und Bestandteile der nicht-menschlichen Natur in den Bereich menschlicher Praxis hineinzuziehen — sei es in der Produktion von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, sei es in den symbolischen Produktionen des Kultes, der Kunst oder später der Wissenschaft. In diesem Sinne war und ist Natur immer eine Kategorie menschlich-gesellschaftlicher Praxis. Naturverständnis und Naturbegriff bleiben fest in eine Konstellation mit anderen Kategorien der Weltauffassung und Selbstdeutung eingebunden. Geht man historisch weit zurück, dann ist das Verhältnis zwischen Mensch und Natur noch nicht mit Kategorien der Verschiedenheit begriffen. Im mythischen Denken wird ,,die Natur'' anthromorph und soziomorph gedacht und die menschliche Gesellschaft in ,,Naturkategorien'' begriffen. Zwischen den Phänomenen der physischen Natur und denen der soziokulturellen Lebenswelt wird kategorial nicht eindeutig unterschieden. Diese Unterscheidung vorgenommen zu haben, gilt dem modernen Denken als wichtige kognitive Voraussetzung für eine ,,Entmythologisierung der Weltsicht'', bei der es gleichzeitig zu einer ,,Desozialisierung der Natur und einer Denaturalisierung der Gesellschaft'' kommt. Die Griechen haben erst dann ,,die Natur'' entdeckt, als der Mythos seine Bedeutung für Welt- und Selbstinterpretation verloren hatte (. . .).

Wenn es stimmt, daß derzeit jene klassische Trennung von Natur und Politik im ökologischen Denken überwunden wird, dann bedarf es dazu zumindest einer Klärung des Naturbegriffs. Die von der frühen griechischen Philosophie ausgearbeiteten Vorstellungen einer physis decken sich nämlich nicht mit dem neuzeitlichen Naturbegriff. Bei den frühen Griechen ist physis die Antithese zu nomos; Natur wurde dabei nicht als gesetzesförmig gedacht. In der beginnenden Neuzeit wird dem eine Vorstellung von ,,Natur'' entgegengesetzt, welche Erfahrungen der frühen empirischen Naturforschung verallgemeinert und den Fortschritt der Naturerkenntnis zugleich kognitiv ermöglicht.

Bei Descartes schon läßt sich nachlesen, wie wir durch methodisch geregelte wissenschaftliche Forschung ,,zu Herren und Eigentümern der Natur'' werden können. Zugleich steht hier das denkende und seiner selbst gewisse Subjekt einer Natur gegenüber, die als reines und rechtloses Objekt aufgefaßt ist. Bei Kant schließlich wird unter Natur das ,,Dasein der Dinge, sofern es nach allgemeinen Gesetzen bestimmt ist'', verstanden, ein ,,Inbegriff aller Dinge, sofern sie Gegenstände unserer Sinne, mithin auch der Erfahrung sein können.'' Das durch allgemeine Gesetze geregelte Naturreich überschneidet sich im Menschen mit dem Reich des sittlichen Handelns, in dem Freiheit konstitutiv ist. Entscheidend für den modernen Naturbegriff, wie er in der cartesianischen Traditionslinie ausgebildet wurde, ist seine Bindung an den Begriff des Naturgesetzes: Bei der Erforschung von Naturgesetzen sind theoretische Neugier und Wille zur Macht unauflösbar verkoppelt; aus der Kenntnis von Naturgesetzen ergeben sich immer neue Möglichkeiten, Naturvorgänge technisch zu beherrschen und in Geräten und Maschinen die Natur ,,arbeiten'' zu las-

„Wir haben inzwischen verinnerlicht, was noch Marx zur rationalen Erkenntnis machte."
(Manon Maren-Griesebach)

sen. Wer also Gesetze der Natur reklamiert, um eine Kritik an der „modernen Industriegesellschaft" zu formulieren, der verbleibt innerhalb der cartesianischen Traditionslinie.

In der politisch-ökologischen Diskussion wird dieser Zusammenhang wenig reflektiert. Die Grenze zwischen Natur und Kultur, zwischen dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit erwies sich als eine historische Setzung, in der aber Erfahrungen realer „Entzweiungen" und die Doppelstellung des Menschen als „Geist" und „Materie" artikulierbar wurden. Wenn jetzt entschlossene Denker diese Grenzen niederreißen, dann versprechen sie sich und uns, jene das europäische Denken so quälenden Entzweiungen loszuwerden. Sie erscheinen als Ausgeburt eines verkopften Denkens, als „Smog im Gehirn", wie es einer unserer radikalen Wissenschaftskritiker einmal auszudrücken beliebte.

Ganzheit wird aber nur dadurch denkbar, daß die in der Natur herrschenden und wirkenden Gesetze auch für den menschlich-gesellschaftlichen Bereich als gültig unterstellt werden. Auf den ersten Blick erscheint das höchst plausibel: Als Naturwesen sind die Menschen selbstverständlich den Naturgesetzen unterworfen. Erst beim zweiten Blick taucht ein Problem auf: Wenn „Naturgesetze" nur innerhalb des Projekts menschlicher Naturbeherrschung gültig sind, was bedeutet es dann, wenn Gesellschaft und Politik naturalisiert werden? Das neue Denken begibt sich freiwillig in eine neue Abhängigkeit, wenn es die ökologische Wissenschaft zur Grundlage für das gesellschaftliche Denken macht.
Die Gesetze der Ökologie als „über uns hinausgreifende, mit uns selber schaltende Grenze des Seins" schränken nach dieser Philosophie die menschliche Handlungsfreiheit ein. Das mag philosophisch etwas Harmloses bedeuten: Bei politisch-gesellschaftlichem Handeln die „ökologischen Gesetzmäßigkeiten" zu berücksichtigen; keine industriellen Anlagen oder Verkehrssysteme mehr zu bauen, welche zum Zusammenbruch ökologischer Gefüge führen können. Es könnte aber auch viel weitergehend gemeint sein: Die Gesellschaft so zu gestalten wie ein ökologisches Gefüge; mit Kreisläufen, Nahrungsketten, Machthierarchien, natürlicher Auslese, Überlebensstrategien. (. . .)

Die seltsame Mischung von Wissenschaftsgläubigkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit, wie wir sie innerhalb der grünen Philosophie entdecken können, läßt sich mit der Doppelgestalt einer technizistischen Romantik gut erklären: Wenn es darum geht, die globale Industrie- und Zivilisationskritik zu differenzieren, erscheinen Wissenschaft und Rationalität als Momente eines Zerstörungspotentials, das die Menschheit entwickelt hat. Geradezu wissenschaftsgläubig werden die gleichen Leute, wenn es darum geht, mit naturwissenschaftlichen Daten die Notwendigkeit der Umkehr zu begründen oder eine eigene „rationale Konzeption" von Politik vorzulegen.

„Die technokratischen Eliten des globalen Krisenmanagements und die Szene der Ökofreaks bekommen eine gemeinsame Philosophie und die krisengeschüttelten Gesellschaften des Westens eine neue klassenübergreifende kulturelle Erneuerungsbewegung."

In der Philosophie der Grünen hat sich inzwischen eine Argumentationsstruktur herausgebildet, die jener Doppelgestalt der technizistischen Romantik angepaßt ist. Sie geht aus von einer widersprüchlichen Gefühlslage, die auf der einen Seite durch apokalyptische Szenarios und auf der anderen Seite von messianischen Erlösungshoffnungen geprägt ist. Dieser Gefühlslage entsprechen die Erfahrung von Zerrissenheit, Entzweiungen und Entfremdungen in der modernen Welt, woraus ein starkes „Bedürfnis nach ganzheitlicher Philosophie" (Zitate Maren-Griesebach) entsteht. Die „Zerfallenheiten" sollen wieder eingebunden werden „in das Lebensbewußtsein einer möglichen Ganzheit". Integrationskategorie ist dabei das Leben,

3. Tübinger Ernst-Bloch-Tage

Gesellschaft und Vernunft

Tübingen
8./9. November 1985

Weltweit sind die Lebensgrundlagen der Menschheit durch die kapitalistische Art der Naturbeherrschung bedroht. Die Alternative lautet heute nicht mehr nur: Sozialismus oder Barbarei. Sondern Sozialismus oder Mondwerdung der Erde. Erst spät beginnt die Linke sich dieses Problems bewußt zu werden.
"Marxismus und Naturbeherrschung" ist ein Dokument dieses Umdenkens.
Mit Beiträgen von: Negt, B. Schmidt, P. Dudek, B.v. Greiff, G. Armanski, N. Diemer, O. Ullrich, H. Zeltwanger, V. Brandes, H. Sackstetter, W. Hoss u.a. 184 Seiten, DM 10,--

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

mit seinen Momenten Geburt und Tod. Eine dem „Leben im Ganzen zugewandte Philosophie" verspricht die Tilgung der dualistischen Erbsünde des europäischen Denkens.

Das neue Ganzheitsdenken greift unbekümmert auf lebensphilosophische Denkfiguren und auf die Tradition konservativer Kultur- und Zivilisationskritik zurück, versucht einen „neuen Lebenssinn" zu gewinnen, einen „harmonischen Grund in unserem Leben". Diese Lebensphilosophie schöpft ihre Kraft aus den Kreisläufen der Natur, in die auch das menschliche Leben wieder eingeordnet werden soll. „Der Kreislauf des Lebens und der des Todes fließen ineinander in einen größeren, die erdhaften Erscheinungen alle miteinschließenden Kreis. Unbegrenzt." Durch solche Vorstellungen bekommt die Natur eine zentrale Stellung in der Philosophie der Grünen, wird gewissermaßen zum Bezugspunkt sämtlicher Argumente, erzeugt so etwas wie eine naturalisierte Totalität. Und anknüpfend an die widersprüchliche Gefühlslage und das Bedürfnis nach ganzheitlichem und synthetisierendem Denken bekommen „Naturgefühle" und die konstatierte „Verkrüppelung des Naturerlebens" einen philosophischen Rang. (. . .) Der auf lebensphilosophisch interpretierte Gattungsinteressen reflektierende Philosoph kann auf Gefühle bauen: Nicht das Leben gegen den Tod, sondern das Leben gegen die Zerstörung der Gattung wird hier gesetzt und damit läßt sich Angst in Hoffnung verwandeln. Denn „wo keine Angst ist, wird auch keine Aufgabe gesehen, einzugreifen ins Untergangsgetriebe." Eine konstruktive Aufbruchsstimmung, das Gefühl, an einer historischen Wendezeit sich zu befinden, und Hoffnungen auf kollektive Umkehr werden lebensphilosophisch artikuliert. Doch zugleich bleibt offensichtlich ein Bedürfnis nach einer „rationalen Gesamtkonzeption", einer auch argumentativ fundierten und vertretbaren Vorstellung von Politik, die wohl kaum auf Gefühlen allein aufgebaut werden kann. „Gefühle sind sicher im eigenen Innern, mitgeteilt an den anderen sind sie schon zerfallen. . ." Hier greifen die Philosophen der Grünen durchweg auf eine Vorstellung von Wissenschaft zurück, wie sie seit einigen Jahren innerhalb des system-wissenschaftlichen Diskurses artikuliert wird. Für Carl Amery steigt Ökologie zur „neuen Leitwissenschaft" auf, welche es ermöglicht, „den Platz des Menschen in der Welt" korrekt zu bestimmen und die wissenschaftliche Basis für eine radikale „Kritik des Industriesystems überhaupt" zu liefern.
Die alten Humandisziplinen werden durch die neue Leitwissenschaft „auf Daten- und Problemzulieferung" reduziert. Die andere Seite der Doppelgestalt wird sichtbar: Die biokybernetische Weltmaschine, „die große Vernetzung". Sie wird seit neuestem beschrieben, beschworen, bewiesen von Biologen, Anthropologen, Philosophen, Physikern, Verhaltensforschern: alle gewinnen plötzlich Einblick in die weltweiten Verkettungen.

„Wer heute noch von einer ‚Naturalisierung der Politik' und von einer ‚Politisierung der Natur' spricht, der propagiert entweder den Rückfall in das mythische Denken oder die Vollendung des Projekts wissenschaftlicher Naturbeherrschung."

Ist einmal der „Platz des Menschen in der Welt" korrekt bestimmt und die „Vernetzungen" der menschlichen Gesellschaft mit den natürlichen Kreisläufen analysiert, dann wird in der Tat „Ökologie zwingend. Ihren Einsichten können wir uns bei Strafe des Untergangs nicht entziehen". Die systemwissenschaftlich aufgebaute Ökologie liefert gewissermaßen Randbedingungen für menschlich-gesellschaftliches Handeln. „So reicht der Grundbegriff Ökologie als Ganzheitsbeschwörung bis in die Auflösung der Macht und bis in unsere parlamentarische Arbeit hinein", können wir bei Maren-Griesebach lesen. Doch ganz im Dunkeln bleibt, wie Gesellschaftstheorie als Sozialökologie möglich sein soll. Zunächst geht der Weg dahin

wohl über eine neue Ethik, jenen ,,ökologischen Humanismus'', der aus ,,naturbezogener Ökologie'' und ,,menschenbezogener Ethik'' synthetisiert werden soll. Dabei wird von der ,,Natur als Ökosystem mit dem Telos der Erhaltung'' (Amery) ausgegangen, und ein ,,humaner und humanistischer Weg der Zusammenarbeit mit dem ökologischen System'' gesucht. Die naturwissenschaftliche Ökologie soll Begrenzungen für konsensuell gewonnene oder vertraglich gesicherte ethische Prinzipien und Handlungsnormen liefern. Ziemlich offen bleibt allerdings, wie diese Begrenzungen des Machbaren gesellschaftliche Anerkennung finden sollen, ohne auf überindividuelle, d.h. staatliche Zwangsmittel zu verzichten. Die Vorstellung einer Öko-Diktatur, wie sie etwa von Wolfgang Harich einmal vertreten wurde, ist für die meisten Grünen kein Ausweg aus dem Dilemma. Carl Amery plädiert eine Umkehr im Denken und für eine ,,raschestmögliche Zerstörung des Industriesystems, und zwar fast um jeden Preis.'' Maren-Griesebach hält sich eher an die Konsensformeln der grünen Partei: basisdemokratisch, ökologisch, gewaltfrei und sozial soll das alltägliche Verhalten und die Politik sein. Die Ökologie liefert dabei den ,,Grundlagenpunkt''. In den beschwörenden Aussagen fungiert ‚Ökologie' als Chiffre: Sie steht einerseits für ein ganzheitliches, lebensphilosophisch und manchmal auch existenzialistisch eingefärbtes Denken; andererseits erschließt sie die Vernetzungswissenschaft und das Bild der selbstregulierten bio-kybernetischen Weltmaschine. Die Chiffre überdeckt die Doppelgestalt der technizistischen Romantik, welche den grünen Diskurs ordnet. Es ist zu vermuten, daß auf dem Felde der Politik die romantische Seite nach und nach verblaßt und eine naturwissenschaftlich elaborierte Öko-Systemtheorie übrig bleibt. Der politisch-ökologische Diskurs wäre dann bruchlos angeschlossen an jene Form des modernen Denkens, mit dem die technokratischen Eliten die Krisenphänomene zu begreifen und zu bearbeiten versuchen.

(aus: links, Nr. 171, Juni 1984)

Oskar Negt

Gewerkschaftliche Gegenmacht und die politisch-kulturelle Dimension der Arbeitszeitverkürzung

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen ist ein politischer Kampf. **Er ist kein rein tarifpolitischer Konflikt herkömmlicher Art. Gewerkschaften, die sich auf diesen Kampf einlassen und ihn erfolgreich führen wollen, werden langfristig gezwungen sein,** ihr politisches Mandat zu erweitern. **Natürlich kann man davon sprechen, daß alle großen gewerkschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit auch immer eine politische Dimension hatten. Wo Interessen und Bedürfnisse von Hunderttausenden und von Millionen von Menschen betroffen sind, kommt es nicht so sehr darauf an, welche Ausweitung oder Radikalisierung solche Kämpfe erfahren, ob sie durch Verhandlungen abgeschlossen werden oder Streiks Kompromisse erzielen. In keinem Fall ist es die bloße Summe von Einzelinteressen, die dabei im Spiel ist; es geht um die Umgestaltung der Lebensbedingungen einer Masse von Menschen, die auf die Struktur der Gesamtgesellschaft bezogen sind und damit eine politische Qualität an sich haben, ob man es nun zusätzlich so definiert oder nicht.**

Ich meine das aber in einem genaueren Sinne: Arbeitszeitverkürzungen dieses Ausmaßes, wie sie mit der 35-Stunden-Woche und möglicherweise mit einer noch viel geringeren Wochenstundenzahl vorgesehen ist, lassen sich nicht mehr in dem engen Horizont von Kosten betrachten, um deren Verringerung die Unternehmer und ihre Verbände kämpfen. *Sie rühren vielmehr an Grundprinzipien der bestehenden Herrschaftsordnung*, und das wissen in erster Linie die, die um den Erhalt und den Ausbau der alten Privilegienstrukturen besorgt sind und die erfahrungsgemäß eine spezielle Wahrnehmungsfähigkeit ausgebildet haben für alles, was diese Privilegien mindert, und sei es auch nur *ein* Atom Zeit, durch das ihnen Verfügungsrechte über die Arbeit anderer beschnitten werden sollen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden sie sich mit Klauen und Zähen wehren und jede Hirnfaser für sich organisieren, um Gründe für die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeitverhältnisse ausfindig zu machen.

Macht hat, wer warten kann; dieser völlig zutreffende Satz von Claus Offe müßte durch einen anderen ergänzt werden: *nur der kann warten, der über die Zeit anderer verfügt*, und das kann man auf die konkreten Auseinandersetzungen über Arbeitszeitverkürzungen bezogen noch weiterführen, indem man sagt: ein Herrschaftsmoment steckt selbst noch darin, daß die Unternehmer, sollten sie mit Arbeitszeitverkürzung allgemein einverstanden sein, über die *Art und Weise* dieser Arbeitszeitverkürzungen verfügen. Wenn die Unternehmer imstande sind, über die Art und Weise zu bestimmen, wann und wo Arbeitszeit verkürzt wird, so kann das unter Umständen sogar eine Erweiterung ihrer Verfügungsmacht bedeuten. Die Menschen wären viel stärker individualisiert und von den jeweiligen Bedürfnissen der Unternehmer abhängig, wann sie eingesetzt werden und wann sie ihre Freizeit zu nehmen haben. Zerfaserung der Erfahrungsgrundlagen kollektiver Organisationspraxis ist die eindeutige *politische* Strategie der Arbeitszeitflexibilisierung, wie sie die Unternehmer gegenwärtig offensiv vertreten. . .

Betrete ich das Betriebsgelände, sind mir praktisch die Wege, die ich gehen darf, ebenso vorgeschrieben wie die Zeiten, die ich zu arbeiten habe und in denen es möglich ist, Pause zu machen. Hier hört die persönliche Verfügung über Raum und Zeit vollständig auf.

In welchem Maße ich aber über Raum und Zeit verfüge, das ist es gerade, was meine Freiheit und meine Unfreiheit ausmacht. Es ist der substantielle Kern von Freiheit und Unfreiheit, welche Spielräume mir gegeben sind, um Raum und Zeit nach eigenem Ermessen aufzuteilen. Es ist etwas Merkwürdiges daran, daß die Zeit, die ich aufwenden muß, um von meinem Wohnort zum Betrieb zu kommen, nicht als Arbeitszeit anerkannt wird, obwohl doch jedem einleuchten wird, daß ich körperlich im Betrieb nicht anwesend sein könnte, wenn ich diese Zeit nicht aufgewendet hätte. Sie gilt gewissermaßen als Privatzeit, ist weder der Freizeit noch der Arbeitszeit zugerechnet. Durch die in den Stadtplanungen erkennbare Tendenz zur wachsenden Trennung von Wohngebieten und Arbeitsplatz wird *diese* Zeit jedoch immer größer, so daß es durchaus möglich ist, daß auf diese Weise ein Teil der Arbeitszeitverkürzung wieder aufgezehrt wird. . .

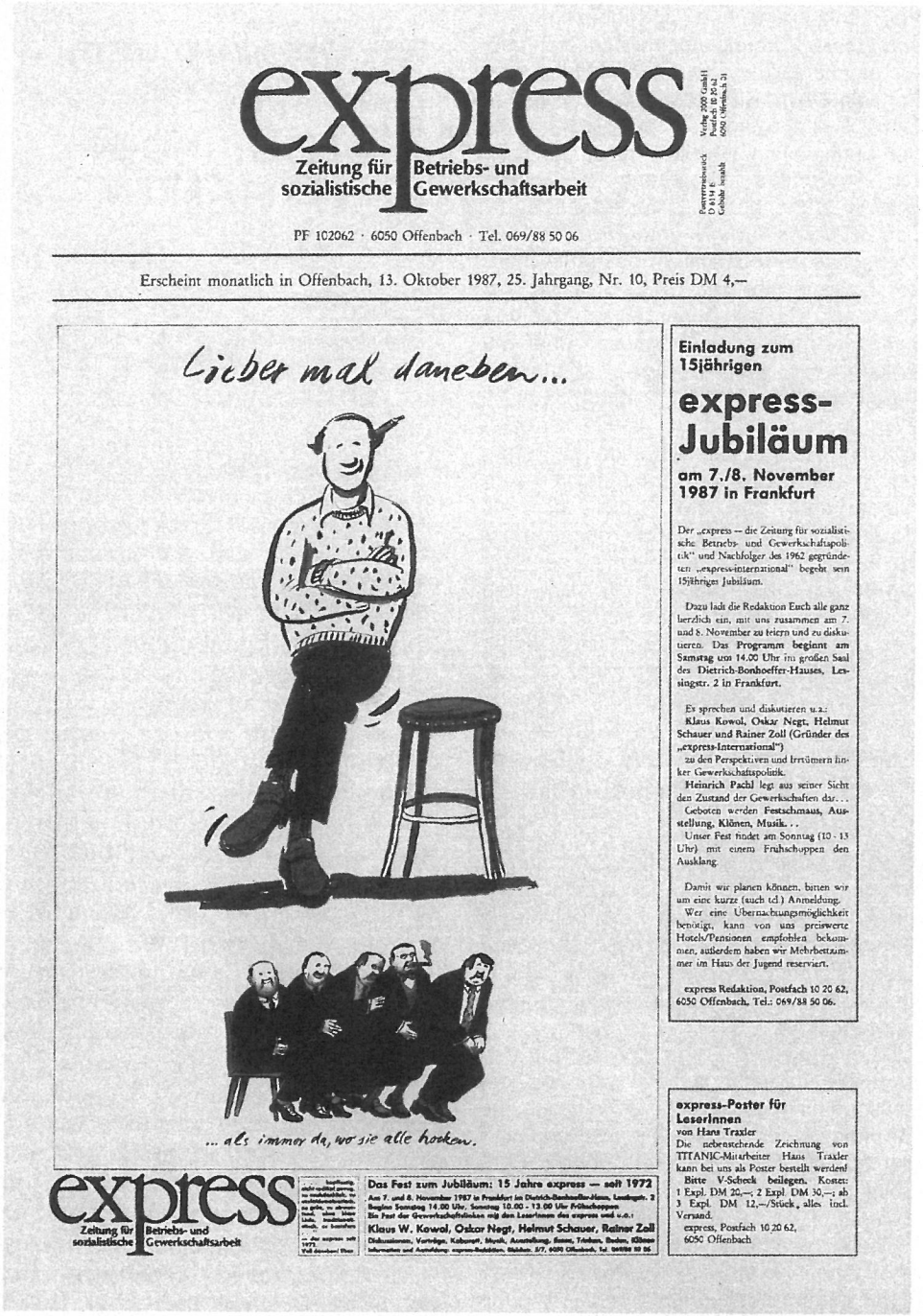
Die Forderung der 35-Stunden-Woche ist ein qualitativer Einschnitt in der Tradition der Arbeitszeitverkürzungen

Ausgehend von der Überzeugung, daß Arbeitszeitverkürzungen, die nennenswerte Folgen für das Verhältnis von Lebenszeit und Arbeitszeit haben, eingebunden sind in den Zusammenhang des bestehenden Herrschaftssystems, müssen wir uns die Frage stellen, was ist denn *heute* der Kulturzustand, von dem aus über die *moralische* Seite der Arbeitszeitverkürzung zu entscheiden ist? Nehmen wir die Forderung einer 35-Stunden-Woche als gesellschaftspolitisches Programm, so ist zunächst festzuhalten, daß der Unterschied

dieser Forderung zu allen bisherigen Verkürzungen der Arbeitszeit ein *qualitativer* ist, kein bloß gradueller. Das bezieht sich auf die Begründungen ebenso wie auf die Ausmaße. Arbeitszeitverkürzungen in den 50er Jahren wurden zum Teil unter Freizeitgesichtspunkten („Samstag gehört Vati mir") der Öffentichkeit präsentiert und durchgesetzt. Durchgängig ist seit über 100 Jahren das Argument angeführt worden, daß die Arbeiter bei zunehmender Komplexität der Arbeit größere Regenerationszeiten benötigen. Tatsächlich hat die Intensivierung der Lohnausbeutung und die Verwissenschaftlichung der Produktionsprozesse dazu geführt, daß selbst bei äußerlicher Verkürzung der Arbeitszeit der Erschöpfungsgrad der Arbeiter, die nervliche und psychische Belastung, Krankheitsanfälligkeiten usw. zugenommen haben. Ich erspare mir, in diesem Zusammenhang die einzelnen Stadien der bisherigen Arbeitszeitverkürzungen und ihre jeweiligen Begründungen zu wiederholen. Ich möchte auf die ausgezeichnete Ausgabe vom „Gewerkschafter", Juli 1983, verweisen, in dem alle wesentlichen Informationen zur Arbeitszeitverkürzung und zur Begründung der 35-Stunden-Woche aufgeführt sind.

Mein Gesichtspunkt, unter dem ich über Arbeitszeitverkürzungen spreche, ist durch die Distanz des Sozialwissenschaftlers bestimmt, der sich Gedanken erlauben darf, die im einzelnen vielleicht sehr schwer praktisch umzusetzen sind, die aber bei einer Sache, die ganz offensichtlich den Kulturzusammenhang einer Gesellschaft betrifft, auf lange Sicht doch produktive Anregungen bringen können.
Warum ist die 35-Stunden-Woche ein qualitativer Einschnitt in der 150jährigen Tradition des organisierten Kampfes der Arbeiterbewegung um Arbeitszeitverkürzungen, also eher, wenn sie sich durchsetzen sollte, als ein der 10-Stunden-Bill vergleichbarer *Sieg des Prinzips* zu betrachten, als ein weiteres aufgeschlagenes Blatt in der Geschichte der Arbeitszeitverkürzung? Ich will damit nicht die große Bedeutung des 8-Stunden-Tages und der übrigen Arbeitszeitverkürzungen mindern. Aber alle diese Arbeitszeitverkürzungen gehörten doch vielfach noch in ein Proportionsgefälle von Arbeitszeit und Lebenszeit, das es den Unternehmern ermöglichte, mit Hilfe der flexibel anwendbaren Hebelwirkung der Arbeitszeit weiterhin die übrigen Zeiteinteilungen der Menschen wenigstens indirekt zu bestimmen. Als die Arbeiterbewegung den Normalarbeitstag forderte, begründete sie ihn mit einer plausiblen Aufteilung der Zeit, die gleichsam der Natur der Verhältnisse zu entsprechen schien: 8 Stunden Unternehmerdienst — 8 Stunden Schlaf — 8 Stunden Menschsein. Das machte den Eindruck, als sei es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen fremdbestimmter, *enteigneter Zeit* und *eigener Zeit*. Nehmen wir an, künftig würde die Aufteilung des Tages so sein: 6 Stunden „Unternehmerdienst" — 8 Stunden Schlaf — 10 Stunden Menschsein; bereits in dieser schlichten Nebeneinanderstellung wäre unschwer erkennbar, daß der *Zeitanteil für das Menschsein*, wie immer sich dieses Menschsein im einzelnen gestalten mag, ein Übergewicht hat. Und ob es bei 7,6 Stunden Unternehmerdienst bleiben kann, ist nach allen Prognosen über die Folgen von wachsenden Rationalisierungsinvestitionen äußerst fraglich.
Zum ersten Mal in der modernen Geschichte könnte die Situation eintreten, daß bereits in der rein quantitativen Aufgliederung jene Zeit, die ich als *Emanzipations- und Orientierungszeit* bezeichnen möchte, größer ist als die Zeit, die der Mensch stückweise zu verkaufen genötigt ist, um genügend Mittel zum Leben zu erwerben. Es stellt sich damit grundsätzlich das Problem einer Neuberechnung der *gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit*, welche Grundlage der Bewahrung des historisch erreichten materiellen Lebensniveaus der Menschen ist und seiner dem Produktivitätsfortschritt angemessenen Erweiterung. Daß das Maß gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit fortwährend geringer wird, wie die Kapitalproduktivität wächst, ist eine universale Tendenz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen, ungleichzeitig in den einzelnen Wirtschaftszweigen, aber unaufhaltsam.
Und eine weitere Frage stellt sich in diesem Zusammenhang neu: wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die Grundlage der materiellen Reproduktion der Gesellschaft ist, immer geringer wird, ist es dann noch nötig, daß diese Zeit vom Privatkapital und einer darauf gesetzten Managerbürokratie, ohne jede wirksame politische Kontrolle, organisiert wird? Oder anders ausgedrückt: ist die Organisationskraft der Privatkapitalisten noch imstande (wenn sie es je gewesen sein sollte!), geregelte Produktion und Verteilung der Arbeitszeit und der Produkte so zustandezubringen, daß die Gesamtgesellschaft ohne fortwährende Störungen durch Krisen und ohne Verschleuderung öffentlicher Gelder durch staatliche Investitionszuschüsse, die von der Manager-Mißwirtschaft gerissenen Löcher stopfen sollen, überhaupt existieren kann? Sollten solche Überlegungen nicht völlig aus der Luft gegriffen sein, sondern einen Realitätskern haben, so hätte das auch Folgen auf die Art und Weise, wie dieser Kampf um Arbeitszeitverkürzung geführt werden muß.

Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften



express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Verlag 2000 GmbH Postfach 10 20 62 6050 Offenbach 2

Postvertriebsstück D 8134 E Gebühr bezahlt

PF 102062 · 6050 Offenbach · Tel. 069/88 50 06

Erscheint monatlich in Offenbach, 13. Oktober 1987, 25. Jahrgang, Nr. 10, Preis DM 4,—

Lieber mal daneben...

... als immer da, wo sie alle hocken.

Einladung zum 15jährigen

express-Jubiläum

am 7./8. November 1987 in Frankfurt

Der „express — die Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik" und Nachfolger des 1962 gegründeten „express-international" begeht sein 15jähriges Jubiläum.

Dazu lädt die Redaktion Euch alle ganz herzlich ein, mit uns zusammen am 7. und 8. November zu feiern und zu diskutieren. Das **Programm beginnt am Samstag um 14.00 Uhr** im großen Saal des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses, Lessingstr. 2 in Frankfurt.

Es sprechen und diskutieren u.a.:
Klaus Kowol, Oskar Negt, Helmut Schauer und Rainer Zoll (Gründer des „express-International")
zu den Perspektiven und Irrtümern linker Gewerkschaftspolitik.
Heinrich Pachl legt aus seiner Sicht den Zustand der Gewerkschaften dar...
Geboten werden **Festschmaus, Ausstellung, Klönen, Musik...**
Unser Fest findet am Sonntag (10 - 13 Uhr) mit einem Frühschoppen den Ausklang.

Damit wir planen können, bitten wir um eine kurze (auch tel.) Anmeldung.
Wer eine Übernachtungsmöglichkeit benötigt, kann von uns preiswerte Hotel-/Pensionen empfohlen bekommen, außerdem haben wir Mehrbettzimmer im Haus der Jugend reserviert.

express Redaktion, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach, Tel.: 069/88 50 06.

express-Poster für LeserInnen
von Hans Traxler
Die nebenstehende Zeichnung von TITANIC-Mitarbeiter Hans Traxler kann bei uns als Poster bestellt werden!
Bitte V-Scheck beilegen. Kosten: 1 Expl. DM 20,—; 2 Expl. DM 30,—; ab 3 Expl. DM 12,—/Stück, alles incl. Versand.
express, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Das Fest zum Jubiläum: 15 Jahre express — seit 1972
Am 7. und 8. November 1987 in Frankfurt im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Lessingstr. 2
Beginn Samstag 14.00 Uhr, Sonntag 10.00 - 13.00 Uhr Frühschoppen
Ein Fest der Gewerkschaftslinken mit den Leserinnen des express und u.a.:
Klaus W. Kowol, Oskar Negt, Helmut Schauer, Rainer Zoll
Diskussionen, Vorträge, Kabarett, Musik, Ausstellung, Essen, Trinken, Baden, Klönen
Information und Anmeldung: express-Redaktion, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

Wenn der gegenwärtige Kampf um die 35-Stunden-Woche ein politischer Kampf um das Brechen von Herrschaftspositionen ist, dann werden die Unternehmer, die in der Krise ja ohnehin keine ganz ungünstige Ausgangslage haben, alles daran setzen, die alten Verfügungsrechte über die Zeit der abhängig Beschäftigten aufrechtzuerhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich auf die engere Ebene tarifpolitischer Auseinandersetzungen beschränken werden. Schon jetzt ist erkennbar, daß sie in publizistischen Kampagnen, in von ihnen angeregten und bezahlten Expertisen ihres Intellektuellenanhangs, in Katastrophenprognosen der dann eintretenden Wirtschaftslage usw. über den Interessenzusammenhang von bloßen Kostenerwägungen einzelner Unternehmen weit hinausgegangen sind. Sie mobilisieren alle gesellschaftlichen Kräfte, um diese Arbeitszeitverkürzung zu verhindern. Demgegenüber befinden sich die Gewerkschaften, wenn ich das richtig einschätze, eher in einer defensiven Position. Sie müssen in der Öffentlichkeit fortwährend begründen, warum gerade jetzt, bei wachsender Arbeitslosigkeit, Schrumpfung des ökonomischen Wachstums, Staatsverschuldungen weniger Arbeit für alle eine wirtschaftlich sinnvolle und beschäftigungspolitisch gerechte und unmittelbar dringliche Maßnahme ist. Die Gewerkschaften sind gezwungen, die Zukunft ins Feld für ihre Argumente anzuführen. Für die Zukunft zu argumentieren, ist aber erfahrungsgemäß aufwendiger und komplizierter, als sich auf die vermeintlich harten Tatsachen der Gegenwart zu stützen. Um diese Argumentation für zukünftige Enttwicklungen in ihrer Perspektive genauer zu bestimmen und daraus praktische Konzepte entwickeln zu können, bedarf es, meiner Einschätzung nach, einer *Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften*, die nach drei Richtungen hin zu bestimmen ist.

Interessensvertretung als gesamtgesellschaftliche Solidaraktion der organisierten Arbeitsplatzbesitzer für die, die ihres Arbeitsplatzes beraubt sind

Beschäftigungspolitische Begründungen bei Arbeitszeitkämpfen haben immer eine gewisse Rolle gepielt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung ist jedoch die Reduktion der Arbeitslosigkeit als Begründung für Arbeitszeitverkürzung so sehr im Vordergrund, daß ein solcher Kampf in seiner wesentlichen Stoßrichtung als eine *Solidaraktion* verstanden werden muß für diejenigen, die keine Arbeit mehr haben oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Der

organisierte Kampf kann sich also nicht unmittelbar auf starke Motive und Interessen derjenigen stützen, die noch im Besitz eines Arbeitsplatzes sind, denn es zeigt sich heute immer deutlicher, daß die Arbeitsplatzbesitzer angesichts der Möglichkeit, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, besondere Ängste haben und um so gründlicher an dem festhalten, was sie noch besitzen und was gefährdet ist. Damit meine ich nicht nur unmittelbar den Arbeitsplatz, sondern auch die mit dem Festhalten an diesem Arbeitsplatz gekoppelten Ängste, individuell unter keinen Umständen Anlaß für eine Entlassung zu geben. Zu diesem Angstkomplex gehört das Sinken der Krankenrate und die erhöhte Bereitschaft zur Selbstausbeutung; dazu gehört auch das größere Einverständnis mit den entfremdeten Formen der Arbeit. Entfremdete Arbeit ist immer noch besser als gar keine — eine angstbesetzte Überidentifikation mit dem Arbeitsplatz und der Arbeit, was Konservative gern als Anwachsen des Einverständnisses mit restaurierten Wertordnungen deuten.

Zweifellos drängt der verstärkte Krisendruck Interessen und Motive von Arbeitern, die heute noch über einen Arbeitsplatz verfügen, die sich aber von der ganzen technologischen Entwicklung in ihren Arbeitsmöglichkeiten bedroht sehen, auch in die Richtung auf Arbeitszeitverkürzung, als *einer* der Möglichkeiten, Arbeitsplätze gesamtgesellschaftlich ökonomischer zu verteilen und damit ihre eigenen sicherer zu machen. Aber schon hier muß der Blick der einzelnen, ja selbst der Betriebsbelegschaften, denen Rationalisierungen nicht unmittelbar auf den Nägeln brennen, zur Gesamtgesellschaft hin durch bewußte politische Bildungsarbeit erweitert werden.

Seit es privatkapitalistische Unternehmer gibt, sind sie an Reservearmeen interessiert, die aus Massen gegeneinander konkurrierender Einzelner bestehen. Arbeitslosigkeit ist für sie kein Unglück, sondern eine glückliche Fügung des Systems. Die Arbeiterbewegung hat deshalb seit ihren Anfängen gegen Arbeitslosigkeit auch in dem Sinne kämpfen müssen, daß sie die Möglichkeiten des Lohndrucks verringerte. Heute geht es aber nicht mehr allein darum, die Arbeitslosen als Reservoir der Minderung der Arbeitskosten für die Unternehmer zu beseitigen. Offensichtlich funktionieren die traditionellen Mechanismen von Konjunktur und Rezession nicht mehr. *Die gegenwärtige Krise ist eine Strukturkrise des Gesellschaftssystems, und eine Strukturkrise dieser Art kann nur beseitigt werden, wenn gesamtgesellschaftliche Veränderungen stattfinden.*
So ist der Begriffshorizont, aus dem sich Überlegungen zu *dieser* Form der Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften ergeben, durch Argumente und Kategorien geprägt, die bloße Kostenerwägungen überschreiten. Da es sich um eine Art Solidarhaftung für das Schicksal der Gesamtgesellschaft und der in ihr arbeitenden Menshen handelt, nehmen Kategorien wie Gerechtigkeit, Moral, Vorstellungen von einer durch Gleichheit der Lebenschancen umgestalteten Gesellschaft zwangsläufig eine vorherrschende Bedeutung an. Es ist nicht mehr im engeren Sinne Leistungsgerechtigkeit, die dabei gemeint ist, also die angemessene Bezahlung für erbrachte Arbeitleistung; denn diejenigen, die Arbeit wollen und auch über alle Arbeitsfähigkeiten verfügen, können ja nicht den Anspruch erheben, eine angemessene Entlohnung für ihr erzwungenes Nichtstun zu bekommen. Gerechtigkeit in diesem Sinne ist wesentlich weiter gefaßt; sie bezieht sich auf eine gerechte Verteilung der Ausgangschancen des Lebens und auf die Sicherung der Ausgangschancen. Wird diese kulturelle Erweiterung der Dimension der Arbeitszeitpolitik öffentlich deutlich, so würde das auch zu einer viel selbstbewußteren Vertretung gesamtgesellschaftlicher Interessen führen, deren organisatorische und machtpolitische Träger in diesem Punkt ausschließlich die gewerkschaftlichen Massenorganisationen sind; erst ein solches *kulturelles Selbstverständnis* in den kommenden Arbeitskämpfen, das die Gewerkschaften mehr denn je benötigen, verschafft ihnen jenen langen Atem, der nicht nur erforderlich ist, um für strukturelle Arbeitsplatzsicherung gegebenenfalls auch *gegen* die kurzfristigen Interessen gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplatzbesitzer zu handeln, sondern vor allem, um mögliche Niederlagen in kollektiven Lernprozessen *verarbeiten* zu können und nicht *verdrängen* zu müssen.

Verstärktes Engagement in der Arbeiterkultur — Schutz gegen die sekundäre Ausbeutung der bürgerlichen Bewußtseinsindustrie

Eine so entscheidende Umgewichtung von Arbeitszeit und Freizeit, wie sie durch die 35-Stunden-Woche (genauer: durch den 7-Stunden-Tag in einer 5-Tage-Woche) *eingeleitet* wird, verändert nicht nur die Arbeit, sondern auch die Freizeit. Schon heute kann man davon sprechen, daß aufgrund der technologischen Entwicklung, die im Treibhaus der mikroelektronischen Wachstumsbeschleunigung längst noch nicht abgeschlossen ist, Arbeit in einem erhöhten Spannungsverhältnis steht. Neue Konflikte am Arbeitsplatz entstehen dadurch, daß im gleichen Maße, wie die Körperlichkeit der Arbeitsvorgänge gemindert wird, neue Konflikte durch per-

Arbeiter Solidaritäts Fonds

Praktische Solidarität unter Kolleg(inn)en

Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds ist 1973 auf Initiative des Sozialistischen Büros gegründet worden und will seine Arbeit angesichts zunehmender Unternehmerrepression in den Betrieben jetzt ausweiten. Er hilft Kolleginnen und Kollegen, die sich wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit gegen Repressalien des Unternehmens wehren, ihren Arbeitsplatz verlieren, Prozesse führen müssen, Kontakte zu anderen suchen, die in der gleichen Situation sind und die Öffentlichkeit auf Unternehmerwillkür, Rechtsbrüche und die Verletzung von Grund- und Menschenrechten aufmerksam machen wollen.
Von ihrer eigenen Gewerkschaft werden sie manchmal gar nicht, manchmal nur zögernd unterstützt; selbst wo gewerkschaftliche Unterstützung vorhanden ist, erweisen sich zusätzliche Hilfen als sinnvoll.
Gegenwärtig sind es eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen, bei denen der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds die Betroffenen unterstützen konnte, so z.B. die Kollegen bei BMW in Berlin, bei Zanker in Tübingen, Kollegen bei Bayer, bei der BASF.
Finanzielle Hilfe ist eine Form praktischer Solidarität — persönliche und politische Unterstützung in den konkreten Auseinandersetzungen, eine Verbreitung der Erfahrungen und ein gegenseitiger Zusammenhalt ist für die Betroffenen nicht weniger wichtig.
Der Arbeiter-Solidaritäts-Fonds hilft ohne Ansehen der (partei-)politischen Orientierung.
Wir bitte um möglichst kontinuierliche Spenden auf folgende Konten:
Bank für Gemeinwirtschaft Heidelberg
Nr. 1084 199 900 (BLZ 672 101 11)
Postgiro Karlsruhe
Nr. 259 855-758 (BLZ 660 100 75)

- ○ **Ich möchte den ASoF per Dauerauftrag regelmäßig fördern.**
- ○ Ich bin zu einer Spende im besonderen Fall bereit.
- ○ Ich spende einmalig DM .....,–
- ○ Ich hätte gerne weitere Informationen über den ASoF

Name: _____

Anschrift _____

_____

ASoF, c/o express-Redaktion,
Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach 1
Telefon: 069-88 50 06

Die Konsumenten sind aber gleichzeitig auch Arbeitende und wir streben darum auch an, die Verbindungen zu den Betrieben zu intensivieren. Die Leute in den Betrieben erreicht man am besten über die Themen Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – da habe ich in einigen Veranstaltungen bereits interessante Erfahrungen gemacht und da ging's ganz kontrovers zu. Nun sind, um das hier nur kurz anzudeuten, die Arbeiter, auch viele Betriebsräte, über die verschiedensten Mechanismen mit dem "Betriebswohl" verbunden. Warum und wie das im einzelnen läuft, das muß sorgfältig analysiert werden. Eine Erfahrung aus dem Konflikt um Boehringer ist, daß die Frauen und Kinder eher zu sensibilisieren waren und manches hinterfragt haben, was ihre Männer bzw. Väter akzeptieren wollten. Ich halte es aber auf jeden Fall für politisch wichtig, daß wir bei unserer Arbeit zum Entgiftungsprogramm auf die Verbindungen zur Produktion und zu den Arbeitsbelastungen achten.

express-buch im Verlag Die Arbeitswelt

Bio- und Gentechnologie

Inhalt:
Bio- und Gentechnologie
Der neue akademisch-industrielle Komplex
Schmutzige Geschäfte für saubere Nahrung
Von der harten zur „sanften" Gentechnologie
Arbeitnehmerscreening
(Erkennen von Dispositionen für bestimmte Erkrankungen).

Autoren:
Wolf-Bernd Frommer,
Arnim von Gleich,
Irmgard und Lothar Hack,
Claudia Kappen,
Wolfgang Kissel,
Gustav Oppel,
Guido Ruivenkamp
und die „express"-Redaktion.

Das Buch kostet DM 10,– und ist erhältlich bei

express
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach 1

Versand **nur** gegen **Vorkasse** (Scheck, Bares, Briefmarken) incl. Versand.

manenten Wechsel von Überbeanspruchung und Unterforderung bestehen. Ständige Aufmerksamkeit im Ablesen von Apparateanzeigern und Bedienen von Knöpfen sind gemessen an dem, was dem einzelnen tatsächlich an Kompetenz abgefordert wird, *überschüssiges, vagabundierendes Bewußtsein*. Jedenfalls ist das, was in den Untersuchungen von Popitz und Bardt über das Gesellschaftsbild des Arbeiters an identitätsbildenden Elementen genannt wird: die Körperlichkeit der Arbeit, durch Intellektualisierung der Arbeitsvorgänge und durch Differenzierung der Arbeitsformen in den fortgeschrittenen Produktionszweigen verloren gegangen. Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit könnte dazu führen, daß diese Spannungen zwar reduziert werden, gleichzeitig sich aber die Betriebsbelegschaft desolidarisieren.

Solange erwerbsbezogene Arbeitszeit ein Gewicht hat, wie sie es in der ganzen bisherigen Geschichte gehabt hat, ist Freizeit weitgehend auf die sich gegenseitig ergänzenden Verhaltensweisen beschränkt: sie ist einerseits *Fortsetzungsverhalten* und dient andererseits der Kompensation, des Ausgleichs für erlittenen Mangel. Mit Fortsetzungsverhalten ist gemeint, daß die verinnerlichte Arbeitsmoral, die im Betrieb ihre materielle Produktionsorganisation findet, in außerbetrieblichen Aktivitäten bruchlos fortgesetzt wird, wenn auch in anderer *Form* und mit anderen Gegenständen, z.B. als demonstrative *Nicht-Arbeit* und in Hobby-Verhalten, das die normalen Arbeitsregeln ebenso strikt befolgt, wie sie der Industriebetrieb verlangt. Als *Kompensation* zum Arbeitsverhalten wird eine Einstellung verlangt, die auf bloße Entlastungen aus ist. *In beiden Fällen ist Freizeit an das Regelsystem von Arbeit gebunden.*

Das hat damit zu tun, daß trotz aller bisherigen Arbeitszeitverkürzungen Arbeit nach wie vor für das Selbst- und Wirklichkeitsverständnis der Menschen ein prägendes Medium ist. Kehren sich nun die Zeitmaße um, wird Arbeitszeit immer weiter reduziert und der Freiraum von Tätigkeiten in erheblichem Umfang vergrößert, so ist zu erwarten, daß diese von der Arbeitszeit *abgekoppelte* Freizeit für Zwecke genutzt wird, die den Herrschaftsregeln der Produktion keineswegs mehr ohne weiteres integrierbar sind. Das erweitert die objektive Möglickeit einer sinnvollen Erfüllung der hinzugewonnenen Freizeit, schafft gleichzeitig jedoch auch zusätzliche Chancen der *Freizeitindustrie*, den freigesetzten Phantasierohstoff zu verwerten, die Arbeiter von ihren kollektiven Interessenorganisationen abzuspalten und sie einer sekundären Herrschaftskontrolle zu unterwerfen.

Darin besteht ein charakteristischer Unterschied zu früheren Arbeitszeitverkürzungen; sie hatten u.a. zur Folge, daß mehr Zeit verwendet werden konnte, um sich in den vielfältigen, auf den ganzen proletarishen Lebenszusammenhang bezogenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu betätigen. Sicherlich galt das nicht ausschließlich und für jeden einzelnen Proletarier.

Aber bereits in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts war ein wesentliches Begründungselement für die Arbeitszeitverkürzungen, daß erst die Entlastung vom Druck physischer und seelisch-nervlicher Erschöpfung dem Arbeiter Möglichkeiten verschafft, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Sie haben das, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, in immer größer werdender Zahl auch tatsächlich getan, und es ist eindrucksvoll zu sehen, wie mit jedem Schritt der Arbeitszeitverkürzung das Lager wächst, in dem gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter ihren Alltag verbringen. Meist war es überhaupt gar kein bewußter Akt der Entscheidung. Arbeiter organisierten sich auf verschiedenen Ebenen ihres proletarischen Lebenszusammenhangs, zu dem sie gehören, in großen gesellschaftlichen Lagern verbarrikadiert, die Einrichtungen und Betätigungsmöglichkeiten anboten von der Wiege bis zur Bahre, wie man es damals nannte, vom Agitationsblatt und den Genossenschaften bis zu den „Landpartien" und den Arbeitersportvereinen; von der Kinderkrippe bis zum Sterbeverein. Arbeitszeitverkürzungen wirkten sich aus nicht nur im Organisationsgrad der Arbeiterschaft und in der Vergrößerung ihrer sozialen Sicherheit durch den Ausbau von Selbsthilfeeinrichtungen, sondern vor allem auch in der Vervielfältigung der im proletarischen Lebenszusammenhang verankerten *Arbeiterkultur*, in der die einzelnen sich aufgehoben fühlten; in der sie *ihre* Sprache sprachen, mit Ideen umgingen, die *ihre* Interessen und Bedürfnisse ausdrückten: Erfahrungen austauschten, die sie bei Streiks und im politischen Kampf selber gemacht hatten. Das galt nicht für alle Arbeiter, aber für die Kernbereiche der Arbeiterschaft, für den *Facharbeiterstamm*, der ohnehin für die traditionelle Arbeiterbewegung charakteristisch war. Was passiert nun, wenn bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen die frei verfügbare Zeit immer größer wird, aber nicht gleichzeitig die kollektiven Organisationen der Arbeiterschaft wenigstens Teile dieser Zeit mitgestalten? Die alte Arbeiterkultur existiert nur noch in Resten; auch da ist sie umgeformt und von der Medienindustrie überfremdet. Durch gezielte kulturelle Angebote, die von den Gewerkschaften kämen, ist dieser Mangel nicht wettzumachen; auch bloße Beteiligungen von Gewerkschaftskollegen an der Gremienarbeit der Rund-

funk- und Fernsehanstalten, die Programminhalte in der Regel nicht betrifft, sind unzureichend. Nötig wären vielmehr Initiativen, die sich ausdrücklich für die Entwicklung einer politischen Kultur richten. Schon jetzt warten riesige Programme der Kultur- und Bewußtseinsindustrie darauf, die vergrößerten Freizeitbedürfnisse zu *kapitalisieren*. Es scheint mir langfristig riskant zu sein, sie den anderen zu überlassen; den konservativen Freibeutern der Kultur- und Bewußtseinsindustrie, kapitalistischen *Produktionsöffentlichkeiten* wie Bertelsmann und Springer, dem demnächst kommenden privaten Fernsehen und dem privaten Rundfunk, den Medienkonzernen der Videoindustrie und allen jenen Unternehmungen, die begierig darauf sind, Freizeit zu verwerten, Bewußtsein zu kontrollieren und Interessen davon abzuhalten, sich in Emanzipationsbewegungen zu organisieren. *Eine Situation scheint mir gar nicht irreal zu sein, in der die Gewerkschaften den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Arbeiter gewinnen und die Arbeiter selber verlieren.*

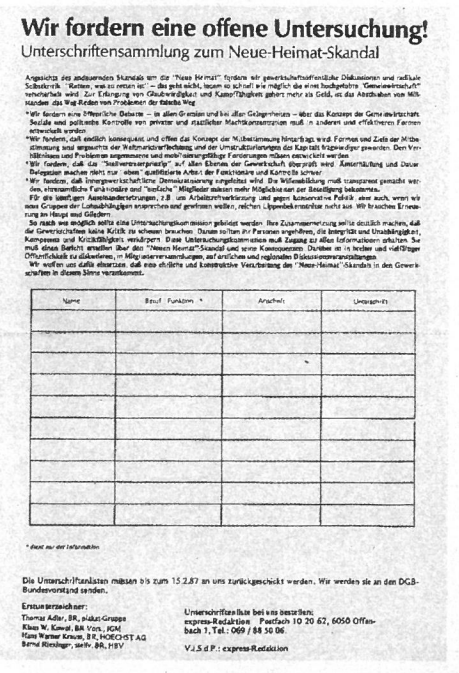
Man kann in diesem Zusammenhang also von günstiger gewordenen Chancen einer *sekundären Ausbeutung* sprechen, welche die Meinungs- und Bewußtseinsmonopole der kapitalistischen Gesellschaft sehr gerne ergreifen und auf die sie sich, je deutlicher die Krise den Menschen als Systemkrise bewußt wird oder wenigstens ihre Alltagsvorstellungen beeinflußt, um so erfindungsreicher in ihren Vorausplanungen einstellen werden. *Der Kampf um die Rückgewinnung der kulturellen Hegemonie ist eine der Hauptkampflinien der gegenwärtigen konservativen Wende.* In den vergangenen 15 Jahren, seit den Anfängen der Rebellion der Studenten und Jugendlichen und der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition, ist vieles von dem, was dem Altkonservativismus der Adenauer-Periode noch selbstverständlich war und um dessen Begründungen er sich nicht eigens bemühen mußte, aufgebrochen und in Frage gestellt worden; und es ist diese Lücke, dieser Vertrauensschwund in die überkommenen Werte und Verhaltensweisen, von denen der deutsche Obrigkeitsstaat bisher lebte, was der neuen Regierungskoalition und ihren gesellschaftlichen Hauptträgern nach wie vor ein Dorn im Auge ist. In den Medien, in den Zeitungsredaktionen, in den Schulen und Universitäten, überhaupt in der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit gibt es daher zahlreiche Initiativen, die verlorengegangene kulturelle Hegemonie durch eine rüde Personalpolitik und durch Ausgrenzungen von Konfliktthemen zurückzugewinnen.
Das ist aber nur die organisatorisch-ökonomische Ebene, auf dieser neue Kulturkampf geführt wird. Die andere besteht darin, daß die technologisch-fortschreitende Entwicklung der Mikroelektronik eine derart sprunghafte Erweiterung der Bewußtseinsindustrie einleitet, daß deren gesellschaftliche Folgen für die Mentalitäts- und Einstellungsveränderung heute noch nicht ganz absehbar ist.
In dem Maße, wie sich die soziale Krise verschärft, ist das bestehende Herrschaftssystem offensichtlich darum bemüht, gerade auch in den kulturellen Bereichen zusätzliche Legitimationshilfe zu organisieren. Wo das nicht durch Anstellung von eigens dafür vorgesehenen und bezahlten Kopfarbeitern möglich ist, wird der Versuch unternommen, die gesellschaftliche Organisierung von Emanzipationsprozessen zu unterbinden. Wenn ich in diesem Zusammenhang von einer Erweiterung des politischen Mandats der Gewerkschaften spreche, dann ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, daß es bei einschneidenden Arbeitszeitverkürzungen eine existentielle Rolle spielen könnte, *wer über die Kultur- und Bewußtseinsindustrie verfügt*. Denn die Phantasien, Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter und aller anderer abhängig Beschäftigten bleiben, wie wir an der Entstehungsgeschichte des Faschismus lernen können, nicht für längere Zeit gleichsam herrenlos, *unbesetzt*. Sie werden von der einen oder anderen Seite besetzt: entweder durch zusätzliche Kapitalisierung im Interesse des bestehenden Herrschaftssystems oder durch eine selbsttätige Organisation, welche den autonomen Bewegungsspielraum der Menschen vergrößert und sie mündig macht.
Dabei können sich die Gewerkschaften nicht darauf beschränken, im herkömmlichen Sinne Kulturpolitik zu betreiben. Es ist vielmehr nötig, viel stärkere Aufmerksamkeit auf jene Ansätze und Initiativen zu richten, die sich außerhalb des offiziellen Kulturbetriebs abspielen und in denen sich neue Formen der politischen Kultur der arbeitenden Menschen andeuten. Die Entwicklung eines selbstbewußten kulturellen Selbstverständnisses der Gewerkschaften ist wesentliche Voraussetzung dafür, daß Arbeitszeitverkürzungen zugunsten der Erweiterung der *Zeit des Lebens* zur wirklichen Befreiung der Menschen und zur Demokratisierung des gesamtgesellschaftlichen Lebens führen.

aus: express, Nr. 12/83 (Auszüge)

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Blauer Himmel über der Ruhr...

IN DIESER AUSGABE



Wir fordern eine offene Untersuchung!
Unterschriftensammlung zum Neue-Heimat-Skandal

„Widersprüche"-Redaktion

Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich

Daß der Sozialstaat in der Krise ist, pfeifen die Spatzen von den Sozialamtsdächern. Aber, was da nun in der Krise ist, worin die Krise besteht, und warum sie ist — da sind die Töne schon recht verschieden und dissonant.
Den einen besteht die Krise schlicht in einem Zu-wenig, im Zu-wenig an Geld, um die sozialstaatlichen Wohlverhalten weiter zu bezahlen („Finanzkrise"). Für andere funktionieren die sozialpolitischen Instrumentarien **nicht mehr. Wieder andere beschwören die Krise als** Kontraproduktivität" **übermächtiger Apparate, deren Hilfeleistung längst in Enteignung und verdoppeltes Leiden umgeschlagen ist (Illich u.a.). Und die „Wende"-Denker schließlich singen das Hohe Lied des Kampfes mit dem Drachen, sprich: des** Bürgers gegen **den** Staat, **der Freiheit des Einzelnen gegen Versorgungsbürokratien und andere Priester.**

Das „Modell Deutschland" ist beschrieben worden als Typus einer *industriellen Struktur* mit extremer Exportorientierung (Autos, Chemie, Maschinenbau), als Typus staatlicher *Modernisierungspolitik* mit Subventions- und Forschungsvorhaben für die dominanten Sektoren, als Typus *politischer Herrschaft* mittels Klassenkompromiß, Umverteilungspolitik und Sozialpartnerschaft plus „sicherheitsstaatlicher" Ausgrenzung, und schließlich als *„Vergesellschaftungstypus"*, dessen „Rationalität" sich durch Infrastruktur, Bildungswesen, Kultur und Lebensperspektiven, bis durch die Sozialcharaktere hindurchzieht — und eben auch durch die Sozialpolitik.

Wenn vom „Modell Deutschland" die Rede ist, so ist damit auch immer ein spezifisches Reproduktionsmodell gemeint. Gerade die Diskussionen um das Modell Deutschland haben gezeigt, daß es in zunehmendem Maße unmöglich wird, den Produktions- und den Reproduktionsbereich „sauber" zu trennen. Mag eine derartige Trennung aus analytischen und systematischen Gründen plausibel erscheinen, so widerspricht sie doch der erfahrbaren Realität. Wenn der Arbeiter oder die Angestellte morgens aus dem Haus geht, verlassen sie ja nicht den Reproduktionsbereich, verwandeln sich nicht in einen anderen Menschen, wenn sie den Produktionsbereich betreten und kehren abends nicht in einen Reproduktionsbereich als ein dritter Mensch in den Bereich der Konsumtion, des Wohnbereiches zurück. Das kann man auch theoretischer beschreiben: Die Bereiche der Produktion, der Zirkulation und der Konsumtion stellen sich jeweils als Kreislauf dar, in dem — unbeschadet der Geltung des Wertgesetzes — ein Teil den anderen bedingt. Wichtigstes Resultat dieses Kreislaufes ist weniger das materielle Resultat, sondern die Wiederherstellung des Herrschaftsverhältnisses von Lohnarbeit und Kapital. Vom Lohnarbeiter her gesehen ist der Verkauf seiner Arbeitskraft ganz sicherlich die wichtigste Voraussetzung zur Reproduktion. Von der Art und Weise des Verkaufs, sprich: Höhe des Lohnes, Qualität der sozialen Sicherung usw., hängen wesentlich die Möglichkeiten individueller Konsumption und Regeneration ab (Wohngebiet, Ausstattung der Wohnung und vieles mehr).

Diese Bedingungen konkretisieren sich über Hausarbeit als Einheit von physischen und psychischen Reproduktionsleistungen. Die „Ware Arbeitskraft" wird dort nicht nur produziert, sondern die „Fähigkeit" zur Lohnarbeit — die menschliche Arbeitskraft — wird über diese Leistungen immer wieder neu hergestellt. Diese täglich stattfindende Reproduktion der Ware Arbeitskraft wird nicht nur über die Höhe des Lohnes gewährleistet, sondern die über den Lohn ermöglichten materiellen Versorgungsleistungen (Miete, Lebensmittel etc.) müssen selbst noch mal „realisiert" werden — in Form von kochen (der Zubereitung und Umformung der gekauften Waren), einkaufen, putzen etc. In diese materiellen Versorgungsleistungen gehen auch immer emotionale mit ein (das gilt nicht nur für die schon „fertige Ware Arbeitskraft"; selbstverständlich auch für die Kinder). Diese Form von „Arbeit", die zusätzlich zum Lohn geleistet werden muß, um die physische und psychische Reproduktion zu gewährleisten, wird auf der Basis der herrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung den Frauen zugewiesen. Das gilt unabhängig davon, ob Frauen selbst Lohnarbeiterinnen sind (Doppelbelastung) oder „nur" Hausarbeiterin.

Reproduktion ist also alles, was die Fähigkeit des Lohnarbeiters, seine Arbeitskraft zu verkaufen, erhält, steigert und absichert, was also *aktiv* dazu beiträgt, seine Lohnarbeiterexistenz abzusichern. Das mag banal erscheinen. Historisch gesehen jedoch haben wir es mit einem gewaltigen Kraftakt der kapitalistischen Gesellschaft zu tun, alle staatlichen, verbandlichen, auszubildenden aber auch familiären und Psycho-Strukturen so zu entwickeln, daß dieser Prozeß der aktiven Proletarisierung nicht mehr als Zwangsprozeß erfolgen muß, sondern dem Einzelnen als subjektive Freiheit vorkommt. Voraussetzung für diese *aktive* Proletari-

sierung war die *passive* Proletarisierung, d.h. die Auflösung aller nicht-kapitalistischen Lebens- und Arbeitsformen im Zuge der ursprünglichen Akkumulation und der darauf folgenden Prozesse der Durchkapitalisierung immer weiterer gesellschaftlicher Sphären. Daß nicht viel mehr der passiv Proletarisierten betteln, klauen, protestieren und revolutionieren gingen, sondern brav zur Arbeit, dazu bedurfte es der vielen Aktivitäten, Zwänge und Erzeugungen von Charakterstrukturen und Geisteshaltungen, die einen Menschen eben bereit machen, ,,freiwillig'' Lohnarbeiter zu werden.

Dieser Prozeß der passiven und aktiven Proletarisierung — oder, wer sich an dem Ausdruck stört: der Verlohnarbeiterung — ist historisch aber keineswegs abgeschlossen. Auf der einen Seite sorgen die zerstörerischen Wirkungen der anarchischen kapitalistischen Produktion für ständigen Nachschub passiv proletarisierter Menschen — die in Ausgrenzungen, Arbeitslosigkeit, Knast, Psychiatrie, verslumten Wohngebieten und isolierten Lebensformen ihr gesellschaftliches Dasein fristen. Auf der anderen Seite war und ist eben diese Anarchie ständiger Quell für Widerstand, kollektive Gegenwehr, für phantasievolle Überlebensstrategien und subkulturelle Gegenmilieus — gegen die Zumutungen passiver und aktiver Proletarisierung. Dieser Widerstand vereinigte sich in den Hochzeiten der Arbeiterbewegung zu einer regelrechten Gegenkultur. Heute sind widerständige Tendenzen allerdings schwieriger auszumachen bzw. sind sie buntscheckiger: Während die traditionellen Arbeitermilieus eher defensiv und rückzugsorientiert sind, (und deshalb weniger in Erscheinung treten), bieten die bunt-alternativen Initiativen und Subkulturen potentiell einen neuen Ansatz zu einem gegenkulturellen Milieu.

Es wäre spannend und lohnend, unter diesen Aspekten die Reproduktionsleistungen von Familie und alltäglicher Konsumtion zu untersuchen und neu zu bestimmen. Das kann hier nicht geleistet werden. Es muß aber bei der folgenden Auseinandersetzung mit Sozialpolitik immer mit bedacht werden, daß sozialstaatliche Reproduktion ohne ,,Vorleistungen'' von Familie und individueller Konsumtion nicht funktionieren würde.

Unter Sozialpolitik verstehen wir alle staatlich oder rechtlich vermittelten Prozesse, die die dauernde Transformation von passiver in aktive Proletarisierung gewährleisten. Diese, die aktive Verwertung der Ware Arbeitskraft erst ermöglichende, Funktion der Sozialpolitik soll die unterstützende — neudeutsch: subsidiäre — Funktion genannt werden. Die andere Seite der gleichen Medaille ist die kompensatorische Funktion der meisten sozialpolitischen Maßnahmen. Kompensatorisch sind sie alle in bezug auf die aktuelle oder dauernde Unfähigkeit, seine Ware Arbeitskraft zu tauschen, d.h. alle Kompensationsleistungen gehen von der ,,aktiven Lohnarbeiterfigur'' aus (Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung).

Einer der wichtigsten Erfolge des keynesianischen Modells Deutschland ist gerade die Sicherung und Erweiterung der subsidiären Funktion und die Unterstützung der aktiven Proletarisierungsprozesse. Die bis Mitte der 70er Jahre relativ erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik führte ökonomisch gesehen zwar zu einer Verteuerung der Arbeitskraft und trug somit zum Fall der Profitrate bei; diese Tendenz konnte jedoch lange Zeit durch imperialistische Hegemonie auf dem Weltmarkt wettgemacht werden. Politisch-ideologisch, aber auch materiell wichtiger war und ist die Tatsache, daß durch die Leistungen vor allem der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung geschichtlich und in der Erfahrung der betroffenen Menschen zum ersten Mal so etwas wie eine ,,erwartbare Sicherheit'' gegeben war: Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit führten für den größten Teil der Betroffenen eben nicht mehr zu unmittelbarer Existenzbedrohung, zu Hunger und Elend.

Die ,,Wende'' (seit Mitte der 70er Jahre) markiert nun einen Bruch dieses gesellschaftlichen Reproduktionsmodells: Der tendenzielle Fall der Profitrate läßt sich nicht mehr über den Weltmarkt aufhalten — also müssen die Kosten der Arbeitskraft nach Meinung der Herrschenden gesenkt werden. Hohe ,,Sockelarbeitslosigkeit'' (wer steht eigentlich auf diesem Sockel?) ist dazu ebenso notwendig wie ,,Sozialabbau'', d.h. Verbilligung der Arbeitskraft. Damit aber entsteht so etwas wie ein sozialstaatliches Paradoxon: Die Ausbildungs- und Versorgungsapparate produzieren immer mehr passiv Proletarisierte, die entweder in diesem Modell Deutschland nicht mehr arbeiten können oder nicht mehr arbeiten wollen.

Das Reproduktions-,,Modell Deutschland'' kann auch beschrieben werden als ,,keynesianisches Dreiergespann'' aus *Fortschritt-Sozialstaat-,,keynesianischer Sozialcharakter''*. Der Bruch des Modells ist demnach ein dreifacher: ,,Fortschritt'' als Modernisierung für die Weltmarkt-Fitness von Kapital und Arbeitskraft plus Abfederung der sozialen Schwächen plus Umverteilung auf den ,,Sozialpartner'' ist zum Fortschritt über Leichen geworden. Ein Fortschritt über Leichen der Dritten Welt, zerstörerisch gegen Natur und ,,innere Natur'' auch hier, war er schon von jeher. Nun aber kommt der ehemalige ,,Partner'' unter die Räder. Die Kerntruppe des ,,Modells'', die Leistungsfähigen, Inländischen, ,,Garantierten'' werden in die Zange von Abgruppierung, Wegrationalisierung und Erpressung zu materiel-

lem Verzicht genommen.
Der Sozialstaat, der alles flicken und zusammenhalten sollte, setzt auf Privatisierung des sozialen Risikos, auf Ellenbogen und auf die Kräfte des individuellen Geldbeutels. Gesellschaftliche Sicherheiten, waren sie auch noch so fremdbestimmt und selektierend, werden durchlöchert. Und die Gruppen jenseits des ,,Kerns'', die der Sozialstaat existenzfähig, leistungsbereit und bei Laune halten sollte, werden zunehmend Opfer von Armut, Ausgrenzung und Entmündigung. Dem ,,keynesianischen Sozialcharakter'' (,,KSC'') hat die Krise alle Vollbeschäftigungs-Sicherheiten und Aufstiegs-Lebensperspektiven zerschlagen. Mit dem ,,KSC'' ist der modernisierte Nachfahre des calvinistischen Arbeits- und Aufschub-Sozialcharakters gemeint. Er steht für einen prekären Kompromiß zwischen ,,Produktionsmoral'' und ,,Konsumtionsmoral'' (Brückner). Er steht für die Balance zwischen verinnerlichter Selbstinstrumentalisierung und ,,repressiver Entsublimierung''. Der ,,KSC'' funktioniert innerpsychisch im Tausch: Selbstdomestizierung gegen Waren-Glück, ist getragen von produktivistischer Allmachtsphantasie und beruhigt von der Sicherheit institutionell-professionalisierter Sorge für den Fall des Falls. . . . Diesem ,,KSC'' ist der materiell-gesellschaftliche Boden weggerutscht. Die keynesianische ,,kompensatorische Mentalität'', die sich für den Arbeitsverschleiß mit Warenglück entschädigt und sich für den Notfall auf den Staat verläßt, ist massenweise angeknackst. Der ,,keynesianische Zirkel'' aus Modernisierung, Subsidiarität und Kompensation ist zerbrochen; mit ihm ein ,,Modell'' der Bedürfnisse und des ,,Sinns''. Das entstandene Vakuum und die Angst versucht die rechte ,,Wende'' mit der neualten ,,Werte''-*Ordnung* und ,,Aufschwungs''-*Hoffnung* zu besetzen.

Diese ,,Wende'' auf den Trümmern des ,,keynesianischen Modells'' bedeutet zweierlei: Sie soll ein *Durchbruch* durch die Schranken des alten Modells sein, durch den Ballast sozialpartnerschaftlicher Regulierungen und ,,Abfederungen''. Das Nachfolgemodell soll ,,Modell Arbed-Saarstahl'' heißen: Exemplarisch wurde hier vorexerziert, wie man mit Arbeitslosigkeit erpressen kann, wie man spalten und die einen Opfer gegen die anderen mobilisieren kann, und wie man kollektiven Interessensvertretungen das Kreuz bricht. Zum ökonomischen Durchbruch, zur neoliberalen Krisenlösung durch Profit-Aufschwung, muß sich der sozialpolitische und ,,geistige'' Durchbruch gesellen. Gegen ,,falsche'' gesellschaftliche Sicherheiten müssen sich individuelle, konkurrierende durchsetzen. Die alten-neuen Werte von Leistung, Pflicht, Härte sind der Versuch, den ,,Boden'' der Gesellschaft neu zu ordnen. Die zweite Seite der ,,Wende'' ist die Ausbeutung der Erosion von ,,Fortschritt'' und keynesianischer Sicherheit. Es ist der Versuch einer Neuordnung durch Spaltung, eine Politik des Opferns und der Angst. Es ist tendenziell der Versuch einer populistischen Mobilisierung auf der Basis sozialdarwinistischer bis rassistischer ,,Sinnstiftungen''. Das offensichtliche Scheitern der kompensatorisch-verstaatlichten Sicherheit soll das ,,ganz Alte'' mit Zukunftshoffnung besetzen: die alten Sicherheiten in geschönter Erinnerung, die Moral von Leistung und Verzicht, die ,,Natürlichkeit'' der Ungleichheiten von Frau und Fremden, die Sicherheit im Schoß der Familie, wo draußen der Staat wacht. . .
Wir können hier nicht alle Facetten dieses Reproduktionsmodells untersuchen. Statt dessen konzentrieren wir uns im folgenden auf die Brüche im Sozialstaat. Dabei gehen wir davon aus, daß die Krise des Sozialstaats — hinter Finanz- und Bürokratieproblemen und durch diese hindurch — eine *qualitative* Krise ist. Wir haben es mit einer Krise der ,,kompensatorisch instrumentellen Rationalität'' des Sozialstaates zu tun:

- Der Sozialstaat als kompensatorischer Mechanismus, als Reparatur scheitert zunehmend an der Quantität und an der ,,chronischen'' Qualität der sozialen Krisenerscheinungen. Die subsidiäre Funktion konzentriert sich zunehmend auf die leistungsbereiten, arbeitsfähigen Gesellschaftsgruppen und spaltet damit zunehmend ,,Nicht-Leistungsbereite'', Jugendliche, Frauen, Ausländer, Kranke, Kriminelle usw. ab. Für die *dauerhafte* Bearbeitung dieser ausgegrenzten Gruppen reichen die zur Verfügung stehenden kompensatorischen Mechanismen nicht aus.

- Die kompensatorischen Apparate und die instrumentelle Rationalität der Institutionen des Sozialstaats stecken in einer Krise: anstaltsförmige Institutionen der Heilung haben das gesellschaftliche Leiden nur separiert und verdoppelt. Die ,,Naturbeherrschung am Menschen'', in Form einer technizistischen Medizin, verhält sich — wie aller kapitalistische Fortschritt — abstrakt und gleichgültig und schlägt um ins Zerstörerische. Die bürokratische Zerstückelung, die sozialstaatliche Rationalität vom ,,Fall'', quantifizierter Leistung, Kontrolle und Abschreckung schiebt die Krisenopfer nur hin und her. Die im ,,Modell Deutschland'' vorherrschende ideologische Überformung der Tatsache, daß ,,Hilfe'' zugleich auch immer Herrschaft ist, erfährt nun eine neue-alte funktionale Begründung: Es ist nun wieder viel von Selbstverantwortung, von Schuld, von Mutter und ideologischen Attributen die Rede, die die Sozialstaatsap-

paraturen entlasten.

● Der dritte Aspekt der Krise ist vielschichtig. Man könnte ihn die Krise der durch Konsumtion zu befriedigenden Bedürfnisse und durch ,,gleichgültige'' Lohnarbeit erworbene Sicherheit nennen. Einmal besteht die Krise in der oben genannten Erosion des ,,keynesianischen Sozialcharakters'' im allgemeinen. Zum anderen sind es aber die immer deutlicher werdenden gesellschaftlichen Bedürfnisse, mit sich, mit seinem Körper, mit dem Leiden, mit Beziehungen selbsttätig und selbstbestimmt umzugehen. Verweigert wird ein Objektstatus gegenüber den Sozial-Weißkitteln. Die Verweigerung des ,,Sinns'' aus der Selbstinstrumentalisierung (in der Arbeit und durch Bedürfnisaufschub) geht tiefer und ist breiter, als dies in Selbsthilfe und Alternativszene zum Vorschein kommt. Zu denen, die nicht mehr ,,aktiv proletarisiert'' sein *wollen*, werden jene hinzu gezwungen — häufig mit verbitterter und aggressiver Distanz zu diesen ,,Faulen'', ,,Arbeitsscheuen'' oder ,,Ausländern'' —, die alle Prozesse der aktiven Proletarisierung durchlaufen haben und auch arbeiten wollen, aber nicht mehr *können* — sei es, daß sie erst gar nicht in den Produktionsprozeß hineingelassen werden (Jugendliche), sei es, daß sie aus dem Produktionsprozeß herausfliegen (Arbeitslose).

Sozialpolitische Perspektiven

Vor diesem Problemaufriß (sozial-)politische Perspektiven zu formulieren, ist in der Regel schwieriger als eine entsprechende Analyse der Probleme zu verfertigen. Derartige Perspektiven müssen Alternativen zur ruinierten Sicherheit aus Reparatur, Anstalt, weißem Kittel und protestantischem Ethos sein. Sie müssen die bereits praktisch gewordene Kritik am Herrschaftscharakter und den Widerstand gegen die rechte Alternative, gegen Privatisierung und Sozialdarwinismus verbinden. Und: Alternativen müssen an die Ursachen gehen, müssen die Produktion von sozialem Leiden verhindern, ohne gleichgültig zu sein gegenüber den bereits existierenden Opfern und Zerstörungen. Das wenige, was eine Zetischrift zu diesem Programm leisten kann, haben wir versucht, in drei (Diskussions-),,Strängen''zusammenzufassen:

Gegen Spaltungen der Gesellschaft — Soziale Garantie

Die erste Perspektive, für die wir in Zukunft arbeiten müssen, ist, eine soziale Garantie gegen Armut, Ausgrenzung, Angst und Erpressung, also gegen die Spaltungen zu entwickeln und zu fordern. ,,Soziale Garantie'' meint eine egalitäre Strategie von Mindest-Einkommen, unabhängig von der Lohnarbeit. Es geht darum, Mindest-Festbeträge bei Arbeitslosengeld- und -hilfe, bei der Sozialhilfe und den Renten als Gegenmittel gegen die ,,soziale Rutschbahn'' (vom Arbeitslosengeld über Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe. . .) in Armut und materielles Elend durchzusetzen. Mindesteinkommen ist *ein* Gegenmittel gegen das repressive ,,Gravitationsgesetz'' des Sozialstaats und seine Propagierung ist zugleich ein Kampfbegriff gegen das Absinken, gegen Arbeitszwang und Zwangsarbeit (in der Sozialhilfe).

Mindesteinkommen unabhängig von Lohnarbeit würde auch bedeuten, sich von der ,,Leitfigur'' der sozialstaatlichen Sicherheit, *dem Lohnarbeiter* — und dessen Arbeitsfähigkeit — unabhängig zu machen. Andere gesellschaftliche Tätigkeiten: Hausarbeit, Ausbildung, sinnvolle und selbstbestimmte Tätigkeit, jenseits herrschaftlich anerkannter Produktion, müßten von der ,,Sozialen Garantie'' abgesichert werden.

Eine in einem garantierten Mindesteinkommen sich ausdrückende soziale Garantie wäre ein *reales* ,,soziales Netz'' und könnte verhindern, daß die Opfer — wie auch die potentiellen Opfer — zum Spielball von Angst, Erpressung und Ausgrenzung gemacht werden. Damit wird aber der ,,stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse'' angegriffen: Die Forderung von Mindesteinkommen geht an die die bürgerliche Gesellschaft und ihre Herrschaftsstrukturen legitimierende Grundlage: das Leistungsprinzip. Damit wird auch der Boden für die Legitimation von Hierarchie und Aufschub-Moral, für die Motivation zu fremdbestimmter Arbeit brüchig. Andererseits wird aber auch die Form der Vergesellschaftung in der bürgerlichen Gesellschaft berührt: Die formale Gleichheit des sich über Markt und Tausch sowie Eigentum konstituierenden bürgerlichen Rechtssubjekts ist durch die für immer mehr Menschen gegebene Unmöglichkeit, ihr lebendiges Arbeitsvermögen auf dem Markt zu tauschen, d.h. durch ein Zerfallen der Lohnarbeiterfigur, tendenziell gefährdet. Damit nicht hinter diese formale Gleichheit zurückgefallen wird, ist es wesentlich, die Bedingungen anzugeben, wie eine Spaltung der Gesellschaft in solche, die ihre Ware Arbeitskraft verkaufen können und denen daher volle Rechtsfähigkeit zukommt, und solche, die dauernd davon ausgeschlossen sind und daher nur eingeschränte Rechtsfähigkeit besäßen, verhindert werden kann.

Eine Strategie des Bruchs wird hier nötig sein, weil die keynesianischen Sicherheiten bröckeln und weil angesichts der christlich-liberalen Politik der Angst Gegenstrategien gefunden werden müssen.

Eine ,,soziale Garantie'' ist noch keine umfassende neue ,,Sicherheit''. Sie kann nur den Boden absichern, auf dem alternative Sicherheiten und neue soziale Beziehungen entstehen und gedeihen können. Trotzdem gibt es qualitative Wirkungen: Die ,,soziale Garantie'' kann ein Stück Freiheit zur Selbstbestimmung sein, beispielsweise zur Entscheidung für eine Alten-WG und gegen Heim mit Pflegesatz, Taschengeld und Amt dahinter, oder: für eine Jugend-WG als Alternative zu Familie und Erziehungsheim.

Gegen die ,,Hilfe-Herrschaft''-Logik: Produzenten-Sozialpolitik

Um dem Janus-Kopf von Hilfe und Herrschaft von beiden Seiten ins Gesicht zu schlagen, müssen Formen und Inhalte von einer ,,Produzenten-Sozialpolitik'' gefunden werden, die hilfreich, aber nicht beherrschend sind; individuell zureichend, aber nicht parzellierend; Lebenszusammenhänge stützend, aber nicht kompensatorisch; und die wirkungsvoll, aber nicht herrschaftlich funktional sind.

,,Produzenten-Sozialpolitik'' ist der Arbeitstitel für eine Strategie, die *selbst bestimmt*, was das psychisch-soziale Problem ist, und die eingreift in die Bedingungen *im* Bereich der Verursachung selbst. Das Beispiel ,,Arbeitermedizin statt Arbeitsmedizin'' (in Italien, auch in der BRD) macht deutlich, daß die Alternative zur Kompensation eine selbständige ,,Prävention von unten'' wäre, also der Kampf gegen krankmachende Arbeit und Arbeitsbedingungen in der Perspektive der Kontrolle und ökologisch-humanen Konversion der Arbeit.

Fassen wir den ,,Produzenten''-Begriff weiter und verstehen wir darunter alle, die ihre Lebenszusammenhänge, Krisen und Probleme *kollektiv* und *öffentlich* bearbeiten und ändern wollen, so geschieht ,,Produzenten-Sozialpolitik'' auch in vielen anderen Bereichen. Genannt seien hier die Frauenhäuser. Sie entstanden, als das Problem der Gewalt gegen Frauen aus dem Individuellen und Privaten herausgeholt, öffentlich gemacht und von Frauen gemeinsam bekämpft wurde. Noch ein weiteres Kriterium von ,,Produzenten-Sozialpolitik'' läßt sich an diesem Beispiel verdeutlichen: Wer hat die *Macht zur Definition des Problems*? Sind es die Sozialämter, die den Frauen den individualisierenden und diskriminierenden Stempel der ,,hilflosen Person'' aufdrücken wollen, oder sind es die Frauen selbst, die die Gewalt gegen Frauen als das, was sie ist, anprangern: als ein gesellschaftliches Problem — und entsprechende gesellschaftliche Anerkennung fordern, einschließlich der Anerkennung der Verfügung über die Mittel und Inhalte der Frauenhausarbeit. Und ein letztes macht dieses Beispiel deutlich: den *Umgang mit Expertinnen/en*. Statt durch Statusdifferenzierungen und herrschaftliche Hierarchie in die bürgerliche Hegemonie eingebunden, sind hier die Expertinnen/en in einen lebendigen Diskussionszusammenhang einbezogen, der ,,von unten'' kontrolliert, der vor Vereinzelung, Machtanhäufung und unausgewiesenen Normalitätskritierien schützt.

Gegen sozialstaatliche Hegemonie: Selbstbestimmte Vergesellschaftung im Sozialstaat

Die im Sozialstaat vorfindbare Vergesellschaftung in Form von Verstaatlichung und Bürokratisierung ist das Lebenselixier bürgerlicher Hegemonie: Herrschaft braucht nicht als solche benannt zu werden, sondern vollzieht sich durch die Organisationsstrukturen selbst. Konservative Selbsthilfe-Ideologen setzen denn hier auch konsequent an, indem sie die Apparate unbehelligt lassen und statt dessen die Problembetroffenen ,,ermuntern'', sich selbst zu helfen. Selbstbestimmte Vergesellschaftung *im* Staat, das klingt für's erste paradox: Es geht um eine umfassende Transformation der Institutionen, letztlich des Staates selbst, mit dem Ziel alternativer Vergesellschaftungsformen.

Hintergrund dieser Transformationsstrategie ist das ,,Konzept'' und der Begriff von *,,Hegemonie''* von *Antonio Gramsci*: Wenn sich Herrschaft nicht in Eigentumstiteln und Verfügung erschöpft, sondern sich in Arbeitsteilungen, Geschlechterhierarchien, in ,,Ordnungen des Wissens'', in Bedürfnissen und Kulturen vergegenständlicht hat, wenn die Institutionen permanent Herrschaft als ,,bürgerliche Hegemonie'' reproduzieren, dann muß es in einer gesellschaftlichen Alternative um eine ,,alternative Hegemonie'' gehen. Soziale Beziehungen, jenseits der kapitalistischen Vergesellschaftung, Verhältnisse zu Natur und Körper jenseits von Geschlechterarbeitsteilung und kapitalistischen ,,Produktivitäten'' — das sind bereits praktisch gewordene Stränge einer Alternative, welche in den ,,Stellungskrieg'' (Gramsci) um die Hegemonie in den Institutionen verwickelt ist.

,,Alternative Hegemonie'', das hieße: *Öffnung* der Institution gegen anstaltsartige Ausgrenzung und Partialisierung, *Ver-Öffentlichung* von Bedürfnissen und Konflikten, gegen heimliche und unheimliche Methoden und therapeutische ,,Geheimverfahren'', hieße Selbstverwaltung statt Hierarchie und Objektstatus.

,,Produzenten-Sozialpolitik'' wäre eine

Strategie der Aneignung bisher herrschaftlich verstaatlichter Bereiche der Reproduktion; die ,,Alternative Hegemonie'' wäre die Aneignung in den Institutionen des Staats und durch sie hindurch. Anders vergesellschaftete ,,Lösungen'' sind gefordert, die sich nicht abdrängen ließen in alternative Privatisierung. Es wäre eine selbstbestimmte, vergesellschaftete Sicherheit, die eine dualwirtschaftliche ,,Entschärfung'' nicht mitmachte, sich irgendwo ,,informell'' zu tummeln, abgespalten, machtlos und immer noch kompensatorisch gegenüber dem ,,formellen'' Zentrum der immer noch *herrschenden* Vergesellschaftung.
Das umrissene ,,Konzept'' der Transformation und der ,,alternativen Hegemonie'' wirft verschiedene Fragen und Probleme auf, die über den Bereich der Sozialpolitik hinausgehen:

1. Das ,,Konzept'', die Transformation muß und kann abgegrenzt werden gegenüber reformistischen Strategien, seien es solche des ,,Marschs durch die Institutionen'', seien es ,,politizistische'' bis putschistische Strategien der ,,Übernahme'' (des Staats). Die Stärke des Gramscischen Hegemonie-Begriffs ist es gerade, nach dem ,,Tiefgang'' gesellschaftlicher und politischer Herrschaft zu fragen, Herrschaft in der Kultur, im Alltagsleben und Beziehungen zu dechiffrieren. Entsprechend muß ein Transformationsprozeß Alternativen formulieren und zur gesellschaftlichen Synthese bringen: in einer pluralistischen Kultur gegen soziale, ethnische, generationsmäßige Spaltungen, in den ehemals herrschafts-konstituierenden Institutionen, indem diese besetzt und vergesellschaftet werden.

2. Ist das Gramscische Konzept der Hegemonie übertragbar? Richtig ist, daß Gramscis Überlegungen von einer historischen Situation ausgehen, in der eine revolutionäre betriebliche Bewegung an der Transformation von Gesellschaft und Staat gescheitert war. Richtig ist, daß Gramscis Bild des herrschenden Blocks und dessen Hegemonie (Religion, Paternalismus) historisch bestimmt ist. Sicher steht es heute und hier um betriebliche Gegenmacht anders. Aber werfen nicht neue Bewegungen, beispielsweise um ,,Alternative Produktion'' und ,,Konversion'', die sicher von außerbetrieblichen (ökologischen und friedensbewegten) Alternativen induziert sind, welche in einer Sackgasse gewerkschaftlicher Politik fruchtbar werden, die Frage der ,,Hegemonie'' neu auf? Und zweitens: Die herrschende Hegenomie hat sich sicher verändert, angesichts von Konsumismus, Medien, demokratischen Politikritualen. Aber ist nicht das Grundmuster der herrschenden Hegemonie: Individualismus, Selbstverantwortung ähnlich, geradezu aktualisiert und ,,organisiert'' in der ,,Wende''? Die Gramscische Forderung nach einer Synthese und Kultur der Alternative ist die unsrige, auch wenn historische Ausgangsbedingungen wie Klassenstruktur, ,,Lager'' als mögliche Anknüpfungspunkte fast verschwunden sind.

3. Nehmen wir den Einwand gegen ,,Transformation'' und ,,Hegemonie'' ernst, der lautet: Eine wesentliche ,,Organisationsstruktur'' bürgerlicher Herrschaft ist der Gewaltapparat Militär und Polizei. Schon unter der Herrschaft der sozialliberalen Koalition (und davor: Notstandsgesetze) wurde der Sicherheits- und Repressionsapparat ausgebaut. Diverse Polizeieinsätze in den 70er und 80ern (Anti-AKW, Häuserkampf, Startbahn-West) zeigen, daß der Polizeiapparat auch dazu da ist, quasi prophylaktisch dafür zu sorgen, daß die Teile der Gesellschaft, die in zugespitzten Situationen rebellieren, mit allen Mitteln klein gehalten werden. Bürgerliche Herrschaft stützt sich nicht nur auf verdinglichte, verrechtlichte, bürokratische Verhältnisse, sondern auch auf ordinäre Polizeimacht, die im Notfall mit aller Gewalt Herrschaft sichern soll. Diese Gewaltapparate transformieren? Wo gibt es da Ansatzpunkte? Welche Bedingungen müssen (von wem?) geschaffen werden, um die ,,Gewaltschwelle'' des Staats zurückzudrängen? Die Frage der Gewalt und der ,,Gewaltschwelle'' stellt sich in der Tat, aber sie stellt sich als praktisch-politisches Problem:
- Wie lassen sich die ,,Räume der Legitimität'' in der Gesellschaft ausweiten, wie ist der ,,Stellungskrieg'' um Hegemonie jenseits gewaltförmiger, verrechtlichter, verstaatlichter gesellschaftlicher Beziehungen zu verbreitern?
- Wie können wir erreichen, daß in einer Situation der ,,Doppelherrschaft'' die Gegenseite nicht mehr Gewalt anwenden *kann* (Loyalitäten unterhöhlt), sich aber auch nicht *traut*?
- Wie sind bisher verstaatlichte Funktionen der Sicherheit, der Rechtssicherheit usw. qualifiziert anders zu vergesellschaften, damit sich die sozial-psychologische Massenbasis des ,,Draufschlagens'', für ,,Ruhe und Ordnung'' vermindert? Nur alternative Erfahrungen und Praxen der Konfliktregelung können der Ordnung von oben Loyalitäten und massenpsychologische ,,Besetzung'' (als monopolisierte Stellvertretung individueller Lüste) entziehen!

Diese Transformationsstrategie ist nicht blauäugig — aber sie verweigert sich einer ,,Logik des Endkampfes'', die uns die Herrschenden immer wieder aufzwingen wollen. Es gibt hier keine Garantie für Gelingen und Erfolg. Aber wir haben begriffen, daß eine gesellschaftliche Alternative nicht im ,,Erobern'' und ,,Zerschlagen'' bestehen kann. Transformation bricht mit allen Zusammenbruchs- und Verelendungstheorien. Sie zielt auf einen pluralistischen ,,Block'' alternativer Hegemonie in Lebens- und Arbeitsformen gegen die herrschende Politik und Kultur der Angst und Ausgrenzung. Wie wir mit Ungleichzeitigkeiten, Kulturschranken in den Bewegungen der Gegenmacht in den beiden Machtzentren Betrieb und Staat umgehen, Gegenmacht gegen Ausspielen und repressive Begradigungen absichern, sind praktische Fragen, weder geschichtslogisch noch aus historischen Erfahrungen ableitbar. Insofern gilt auch hier ,,Pessimismus der Analyse, Optimismus des Wollens'' (Bloch).

aus Widersprüche, Heft 11, April 1984 (Auszüge).

Redaktion ,,Widersprüche''

,,Mindesteinkommen'' als soziale Garantien

,,Mindesteinkommen, unabhängig von Lohnarbeit, würde . . . bedeuten, sich von der ,,Leitfigur'' der sozialstaatlichen Sicherheit, dem Lohnarbeiter — und dessen Arbeitsfähigkeit — unabhängig zu machen. Andere gesellschaftliche Tätigkeiten: Hausarbeit, Ausbildung, sinnvolle und selbstbestimmte Tätigkeit jenseits herrschaftlich anerkannter Produktion müßten von der ,,Sozialen Garantie'' abgesichert werden.''

(Widersprüche 1984)

These 1

Mindesteinkommen ist kein *Hebel zur generellen Befreiung, noch Hebel zur Veränderung der Arbeit, weder Hebel zur Befreiung von Herrschaft, noch Hebel zur Durchsetzung einer alternativen Gesellschaftlichkeit.*

Anders ausgedrückt: Ein Mindesteinkommen, selbst wenn es genügend hoch bemessen sein sollte, garantiert noch keine sinnvolle Teilhabe an anderen gesellschaftlichen Prozessen als dem der (verbesserten) Konsumption — Spaltungen und Ausgrenzungen werden eventuell ,,nur'' versüßt. Erst die Verbindung von je nach Geschlecht, Alter und Lebens- bzw. Klassenlage unterschiedlichen Interessen an der Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen mit einer entsprechenden finanziellen Absicherung macht die politische Brisanz garantierter Mindestabsicherung aus, zumal so ,,Tagesforderungen'' und ,,Utopie'' verbunden werden können.

These 2

Obwohl die publizierten Modelle zum Mindesteinkommen sich als systemkritisch verstehen, bleiben sie doch in einem eigenartigen Ökonomismus und einem unreflektierten Etatismus befangen.

Ein expliziter Ausgangspunkt aller Argumente für die Einführung eines Mindesteinkommens ist der ungeheure Reichtum in unserer Gesellschaft, der es grundsätzlich gestatten würde, allen Gesellschaftsmitgliedern ein zumindest finanziell ausreichendes Leben zu gewährleisten (Schmid, S. 8, Gerhardt/Weber, 1984, S. 18, Opielka, 1984, S. 51). Ein weiteres gemeinsames Kennzeichen ist die These, daß nur das garantierte Mindesteinkommen eine offensive Forderung gegen den Sozialabbau, gegen die Entrechtlichung (Vobruba, 1983), gegen Zwangsarbeit und gegen ein kollabierendes Versicherungssystem ist. Egal, ob man nun ein Mindesteinkommen in Form einer negativen Steuer (Gerhardt/Weber, 1984) oder in Form eines allgemeinen Grundeinkommens (Garantiertes Bürgergehalt, Opielka 1984) für sinnvoller hält (das erste erleichtert eventuell die Finanzierung, das zweite verspricht einen radikaleren Bruch mit allen bisherigen Vorstellungen von Lohnarbeit), in beiden Fällen soll ein derartiges Unternehmen über den ,,Staat'' laufen — in der Regel über das Finanzamt. Beide Modelle tendieren auf diese Weise zu einem eigenartigen ,,Ökonomismus'' und zu einem unreflektierten ,,Etatismus''.

These 3

Die positiven Effekte einer Entkoppelung von (Lohn-)Arbeit und Einkommen können nur dann genutzt werden, wenn sie Garantien auf allseitige Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen enthalten.

Vor dem skizzierten Hintergrund ist auch kritisch zu bewerten, was Opielka (1984) im Anschluß an Vobruba (1984) und Matzner (1982) als Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen bzw. der Abkoppelung des Einkommens von der Lohnarbeit beschreibt. Vobruba (1984) weist nach, daß mit der Ausdehnung des Sozialstaats auf immer weitere Lebensbereiche zunehmend mehr Lebenssituationen (Kindheit, Krankheit, Alter) nur noch indirekt an die Lohnarbeit gekoppelt sind, daß es umgekehrt also eine historisch immer weiter fortschreitende Entkoppelung von Arbeit und Einkommen gibt. Da das Versicherungssystem die im Produktionsbereich vorfindlichen Einkommensunterschiede nur reproduziert (geringeres Einkommen — geringere Rente), schlägt er vor, statt des Versicherungsprinzips *Teilhaberechte* einzuführen. Ähnlich wie in der Krankenversicherung jeder unabhängig von seinem Beitrag Anspruch auf gleiche Heilbehandlung hat, sollte auch in anderen Versicherungssystemen (bzw. Äquivalenten dazu) stärker ,,final'' und nicht mehr ,,kausal'' gedacht werden und entsprechende Sicherungen des Einkommens z.B. in Ausbildung und Alter vorgesehen werden.

Ein Mindesteinkommen würde diese Entkoppelung total machen und damit unterstreichen, daß die Lebenssituationen und Lebensbereiche außerhalb der Lohnarbeit von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung

und in einem anderen Sinne auch sehr produktiv sind.
Die Ablösung der Versicherungsprinzipien durch ein Recht auf Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen wäre ein grundsätzlicher Bruch mit der bisherigen Logik des Sozialstaates und von daher sehr zu unterstützen: Jeder Mensch in dieser Gesellschaft hat ein Anrecht auf menschenwürdige Existenz und auf Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft.

Allerdings scheint es unlogisch und unproduktiv, das Recht auf Teilhabe in einen Gegensatz zur Lohnarbeit zu stellen, wie Opielka das tut (1984).

Lohnarbeit ist immer noch *die* zentrale Form der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Nur wenn man Lohnarbeit gleichsetzt mit allen Übeln dieser Welt und Nicht-Lohnarbeit als Befreiung von diesen Übeln (vergl. Opielka 1984, S. 56), ergibt die Entgegensetzung einen Sinn. Es ist hier nicht der Platz, auf diese Problematik weiter einzugehen, aber ist die bezahlte Arbeit in alternativen Projekten keine Lohnarbeit? Ist nur die gegen Bezahlung geleistete Arbeit ,,Lohnarbeit'', für die Versicherung und Steuern bezahlt werden? Hier scheint einiges durcheinanderzugehen. In jedem Fall unterschlägt die kulturkritische Sichtweise von Lohnarbeit deren Doppelcharakter: Sie ist nie nur abstrakte Arbeit zur Steigerung des Mehrwertes bzw. zu dessen gesellschaftlicher Erhaltung; sie ist auch immer konkrete Arbeit: Bearbeitung von Materialien, Kooperation, Kontakt mit anderen — wenn auch unter herrschaftlicher Perspektive. Und von diesem Doppelcharakter sind auch Arbeiten in alternativen Projekten nicht ,,befreit''. Genausowenig wie der Arbeiter, der morgens zur Arbeit geht, in der Arbeit kein anderer Mensch ist als in seinem Freundes-, Familien- und Wohnbereich, genausowenig sollte die Teilhabe an Lohnarbeit wichtiger oder geringer gewertet werden als die Teilhabe an anderen gesellschaftlichen Bereichen. Nur vom Standpunkt des Kapitals aus sind diese Bereiche weniger ,,wert''. Vom menschlichen Standpunkt ist die Aneignung von ,,Umwelt'' in vielfache gesellschaftliche Bereiche eingebettet. Der Ausschluß aus diesen Bereichen hat häufig nicht weniger schwerwiegende Folgen als der Ausschluß von (Lohn-)Arbeit. Die Teilhabe an Lern- und Ausbildungsprozessen, die nicht die Identität zerstören, sondern fördern, ist genauso wichtig wie die Teilhabe an humanen Wohn- und Infrastrukturbedingungen. Erst auf der Basis materieller Sicherheit können sozial gelingende und befriedigende Beziehungen aufgebaut werden und ist Teilhabe an politisch eingreifendem Handeln subjektiv erst möglich und mit einer dauerhaften Perspektive verbunden. Unter diesem Aspekt ist es müßig, nach dem ursächlichen oder dem wichtigsten Bereich zu suchen. Allerdings wissen wir aus Untersuchungen sowohl von Arbeitenden als auch von Arbeitslosen, daß in der weitaus größten Mehrheit unserer Gesellschaft Identitätsbildung noch immer über Arbeitsprozesse läuft. Dies wird sich aber auch erst ändern können, wenn in anderen Lebensbereichen äquivalent-positive Erfahrungen der Bestätigung und der wechselseitigen Anerkennung laufen können.

These 4
Soziale Garantien, die individuelle und kollektive Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen ermöglichen, orientieren sich nicht an in DM ausdrückbaren Mindestsummen, sondern an den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen der jeweiligen Lebens- und Klassenlagen.
Das Bestechendste an der Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen als individuellem Rechtsanspruch auf gesellschaftliche Teilhabe ist ganz sicherlich die damit verbundene Autonomie des Individuums. Der Jugendiche kann in Ruhe ,,daddeln'', ohne daß ein kulturkritischer Pädagoge ihm folgenreich das Etikett ,,antriebsarm'' aufkleben könnte. Überhaupt wäre mit der Durchsetzung einer derartigen Forderung einer Vorstellung ein Riegel vorgeschoben, die davon ausginge, mit einer Mindestsicherung Zwangsarbeit, Zwangspädagogik und Zwangstherapie — und seien letztere noch so subtil — miteinander zu verbinden.
Bleibt es allerdings bei dieser Vorstellung, dann ist damit die Gefahr des oben schon kritisierten ,,Marktmodells'' verbunden.
Natürlich gibt es dem Jugendlichen, der DM 1.000,— im Monat zur Verfügung hat, eine Menge damit anzufangen. Aber was passiert, wenn er nicht zusätzlich seine Identität fördernde, seinen Wunsch nach Anerkennung, Aktivität und Lebensfreude entsprechenden Bedingungen vorfindet? — Natürlich fällt es einer Frau leichter, sich aus den ökonomischen Zwängen einer Ehe zu befreien, wenn sie ein ausreichendes Einkommen ohne Diskriminierung bezieht. Aber sind damit schon die Bedingungen für die Erziehung ihrer Kinder verbessert?
Natürlich ist der Bruch im Leben eines Werkzeugmacherrs, der wegen Automation entlassen wird, weniger schwerwiegend, wenn er keine Angst vor der sozialen Rutschbahn haben muß. Wie aber soll er in Zukunft seine erworbenen Fähigkeiten einsetzen, wenn ihm die Bedingungen dazu fehlen?
Natürlich bleibt der alten Frau der entwürdigende Gang zum Sozialamt erspart, weil sie nun endlich eine ausreichende Rente bekommt. Aber gelingt es ihr dadurch, aus ihrer Isolation herauszukommen?
All diese Fragen lassen sich nur beantwor-

ten, wenn man die konkreten Lebenslagen und Bedürfnisse — wie herrschaftlich definiert diese auch immer sein mögen — nicht auf finanzielle Mittel reduziert, sondern in den Kontext der Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen stellt.

Eine Strategie, die eine derartige Teilhabe als Möglichkeit (und nicht eben als Zwang) anbietet, haben wir ,,Produzentensozialpolitik'' genannt (vergl. Redaktion Widersprüche, 1984). Dort hatten wir Produzentensozialpolitik definiert als *Form und Inhalt* gesellschaftlicher Projekte, ,,die hilfreich, aber nicht beherrschend sind; individuell zureichend; aber nicht parzellierend; Lebenszusammenhänge stützend, aber nicht kompensatorisch; und die wirkungsvoll, aber nicht herrschaftlich funktional sind'' (S. 131).

Das bedeutet, daß zunächst die Beteiligten an einem Projekt selbst bestimmen, was Inhalt ihres Projektes ist (das ist nur scheinbar banal!). Weiterhin müssen diese Projekte Krisen und Probleme, die nur scheinbar individueller Art sind, kollektiv und öffentlich bearbeiten sowie die Macht zur Definition dessen, was denn das Problem sei, auch finanziell und organisatorisch zu bestimmen haben. Nicht zuletzt müßte die interne Arbeitsteilung, der Umgang mit Experten, so gestaltet sein, daß sie herrschaftlicher Differenzierung widerstrebt. Wir hatten eine derartige Form von Produzentensozialpolitik am Beispiel der Frauenhäuser erläutert. Die gleichen Kriterien aber wären anzuwenden z.B. bei Projekten zur Ausbildung von Jugendlichen, bei Projekten alternativer Produktion und Energieversorgung, bei Projekten der Krankenselbstverwaltung, bei Projekten für ein Leben im Alter.

These 5

Soll die Realisation eines Mindesteinkommens nicht ein Tauschgeschäft mit den Konservativen werden nach dem Motto: Tausche Bürokratien gegen Mindestsicherung (die nach Friedman und Engels eher noch unter der Sozialhilfe liegen dürfte), so ist die Forderung nach sozialen Garantien mit politischen Perspektiven auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen zu verbinden. Es ist das Kunststück fertigzubringen, das bisherige System der sozialen Sicherung zugleich zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden.

These 5.1.

Mindesteinkommen als soziale Garantie müssen das bisherige Sicherungssystem verteidigen, absichern und sockeln; kurz: angestrebt wird eine Grundsicherung minus Herrschaft.

Zwischen 1956 und 1974 wurden die sozialen Sicherungssysteme (Rentenversicherung, BSHG, AFG, BAFÖG u.a.) ausgebaut. Schon bei den ersten Krisenerscheinungen wurden gerade die Regelungen abgeschafft, die sich angeblich in der Krise erst bewähren sollten. Statt einem zunächst noch abstrakten Ziel wie Mindesteinkommen hinterherzurennen, ist es sinnvoll und notwendig, das bisherige System der sozialen Sicherung zu verteidigen und z.T. sogar auszubauen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gesamtheit der sozialen Sicherungssysteme — bei aller Kritik — schon jetzt an einer Differenziertheit der sozialen Lagen orientiert ist, die bei einer Pauschalisierung in Richtung Mindesteinkommen verlorenginge.

Sozialhilfe: Zunächst ist die Idee des Warenkorbes zu verteidigen und die Richtung eines Warenkorbes ,,von unten'' zu erweitern. Die politische Brisanz, die darin liegt, daß dieser Warenkorb ein Leben ermöglichen soll, das der Würde des Menschen entspricht (BSHG), sollte nicht hinter prozentualen Auf- und Abrundungen verschwinden. Weiter wäre zu fordern, die Vergabe von Sozialhilfe zu entdiskriminieren, sowie eine Ausrichtung der Höhe nicht nach den untersten Lohngruppen, sondern nach dem Durchschnittslohneinkommen (vgl. Hoffmann/Leibfried 1980) zu bestimmen.

AFG: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und unbegrenzte Gewährung der Arbeitslosenunterstützung, die nicht unter einem bestimmten Mindestbedarf liegen darf.

Rentenversicherung: Mindestrente und eine aktivierende und aktive Absicherung des Lebens im Alter (der Gesetzentwurf der Grünen zum Bundespflegegesetz scheint in diese Richtung zu gehen, vgl. TAZ vom 22.12.1984).

Gesetzliche Krankenversicherung: Einbeziehung aller Lohnabhängigen in die gesetzliche Krankenversicherung, Abschaffung der Privatkassen, Abschaffung der Selbstbeteiligung.

usw.

Insgesamt geht es darum, in all diesen Bereichen nicht mehr zu unterschreitende Sockelbereiche und -beträge zu schaffen, die unabhängig vom Einkommen oder von bisherigen Versicherungsleistungen gezahlt werden. Sockelung wäre also ein erster Schritt zu einem Mindesteinkommen, das an dem jetzigen System ansetzt — und das dem diskriminierenden und stigmatisierenden Zugriff herrschaftlicher Apparate entzogen ist.

Aber nicht nur auf dieser Ebene wäre anzusetzen. Angestrebt werden müßte eine Politisierung der Selbstverwaltungsgremien der gesetzlichen Versicherungsträger. Auch wenn real in den Selbstverwaltungseinrichtungen nicht sehr viel entschieden wird, gilt für eine Teilnahme an ihnen jedoch prinzipiell die gleiche Argumentation wie für die Teilnahme an Wahlen im bürgerlichen Staat überhaupt.

Derartige Strategien der Sockelung und der Repolitisierung der sozialen Siche-

rung haben zugleich den Vorteil, daß alle Forderungen unter dem Aspekt der sozialen Garantien zusammengefaßt werden können. So wird vermieden, daß eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird.

These 5.2.
Mindesteinkommen als soziale Garantien an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen dürfen nicht nur defensiv auf Absicherung gerichtet sein, sondern müssen auch kollektive Möglichkeiten gesellschaftlicher Produktivität anstreben: Also: Grundsicherung plus Produzentensozialpolitik.
Geht man die lange Liste von Kritikern der Psychiatrie, fortschrittlichen Gesundheitsgruppen, Elterninitiativen, Frauengruppen, Gewerkschaftsgruppen für alternative Produktion und Konversion, Arbeitslosengruppen, Projektgruppen für alternative Energie usw. durch, so fällt auf, daß alle — wenn auch mit unterschiedlicher Benennung — eine gemeinsame Forderung aufstellen: es sollen Gelder und Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es diesen Gruppen ermöglichen, selbstbestimmt und in Kooperation mit anderen zu arbeiten und zu leben. Diese Forderung nach Verfügung über kommunale oder regionale z.T. auch bundesweite Fonds haben nichts von der Naivität der Forderung nach Umverteilung über das Finanzamt, sondern stellen einen direkten Angriff auf das Herz des Sozialstaats dar: auf die diskriminierende und kontrollierende Vergabe von Geldern für gesellschaftlich notwendige Zwecke. Wie immer auch derartige ,,kommunale Verfügungsfonds'' im einzelnen aussehen, in ihrer Grundstruktur müßten sie weit über die jetzigen Alimentationen alternativer Projekte hinausreichen (,,Berliner Modell''). Grundsätzlich müßte es möglich sein, alle gesellschaftlich sinnvollen Projekte damit zu finanzieren. Was dabei jeweils gesellschaftlich sinnvoll heißt, ist Gegenstand eines kollektiven Auseinandersetzungs- und Politikprozesses und nicht mehr individuelle Entscheidung. Die Finanzierung derartiger Projekte hätte sich an den Tarifrahmen der Gewerkschaften zu orientieren, damit nicht durch Billigangebote z.B. im Handelsbereich eine gesellschaftliche Kostenumverteilung nach unten passiert.
Auch hier wäre anzusetzen an den schon vorfindbaren Finanzierungs- und Verteilungsmodalitäten. In derartigen kommunalen Verfügungsfonds wären Mittel aus der Wirtschaftsförderung, aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw. umzuverteilen. In Verbindung mit einer sozialen Sockelung hätte jeder Mensch die Möglichkeit der Wahl zwischen individueller Absicherung und Mitarbeit in einem derartigen Projekt.

These 5.3.
Soziale Garantien als nicht unterschreitbare Sockelbeträge und soziale Garantien als Teilhabe an gesellschaftlichen Fonds ermöglichen perspektivisch den Bruch mit der herrschenden Form der Vergesellschaftung. Die Betonung der Produktivität aller gesellschaftlichen Bereiche steht im Widerstreit zur Reduktion kapitalistischer Produktivität auf den ,,Wert'', sprich: die Lohnarbeiterfigur mit allen ihren ideologischen materiellen Attributen. Letztlich: Grundsicherung plus antihegemoniale Orientierung.
Eine alternative Sozialpolitik, die den kapitalistischen Produktionsbereich unberührt ließe, würde zu systemkonformer Kosmetik.
Viele bisher skizzierte Aspekte lassen sich auch auf den kapitalistischen Produktionsbereich analog anwenden. So entspricht der Sockelung die Forderung nach einem Mindestlohn, um so branchenspezifische und regionale Ausgrenzungen und Abkoppelungen vom durchschnittlichen Lohnniveau zu verhindern. Die Forderung nach gesellschaftlichen Fonds (die durchaus finanziell gesamtgesellschaftlich gespeist werden müßten) könnte ,,Arbeitende'' und ,,Nichtarbeitende'' unter gemeinsamen Forderungen vereinen und so *beiden* Gründe für ihre wechselseitige Anerkennung geben. Einer systemkonformen Dualisierung des Arbeits- und Produzentenmarktes könnte damit widerstanden werden. Weiterhin müßte eine derartige Strategie eingebunden sein in die Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsumverteilung.
Unter diesen Aspekten gewinnt die Forderung nach sozialen Garantien eine grundsätzliche Bedeutung. Sie stellt die hegemoniale Struktur des Sozialstaates infrage. Diese Hegemonie basiert auf der parzellierenden, diskriminierenden, ausgrenzenden und individualisierenden Funktion der Organisationsform des Sozialstaats.
Eine Strategie des Bruchs mit den herrschenden Gegebenheiten könnte die soziale und politische Phantasie antihegemonialer Politik beflügeln. Warum sollten aus gesellschaftlichen Fonds z.B. nicht auch Schulen, gemeinwesenorientierte, nicht diskriminierende Sozialarbeit, warum nicht Wohnungsbau und Renovierungsprojekte finanziert werden? (Ansätze gibt es ja schon). Insgesamt stünde damit die Organisation des Sozialstaats zur Debatte — und Organisationsfragen sind Machtfragen. Die Frage nach der Qualität sozialstaatlicher Versorgung würde ganz anders gestellt werden und könnte sich offensiv auf Fragen der Ambulantisierung der Gesundheitsversorgung, der Psychiatrie usw. ausdehnen. Es würden damit also Themenbereiche berührt, die in der bisherigen Diskussion um das Mindesteinkommen entweder nicht oder nur als zu verteilendes Finanzvolumen zur Debatte gestanden haben. Nicht zuletzt würde die Forderung nach sozialen Garantien die herrschende Sozialstaatslegitimatin infrage stellen, ohne aber bisher erkämpfte und erworbene kollektive Rechtssicherheiten aufzugeben.

aus: Widersprüche, Heft 15, Juni 1985

SOMMERSCHULE

Sozialistisches Büro

Das Projekt Sommerschule des Sozialistischen Büros besteht seit 1978. Die schon sehr früh entwickelte gemeinsame, verbindende "Klammer" ist jedoch geblieben: das, um was es uns auf den Sommerschulen geht, hat direkt auch mit uns selbst als Linke in der BRD zu tun. Wir wollen nicht stellvertretend für andere politische Strategien entwickeln und uns selbst und anderen vormachen, als hätten die von uns formulierten politischen Vorstellungen nicht untrennbar auch mit uns selbst zu tun.

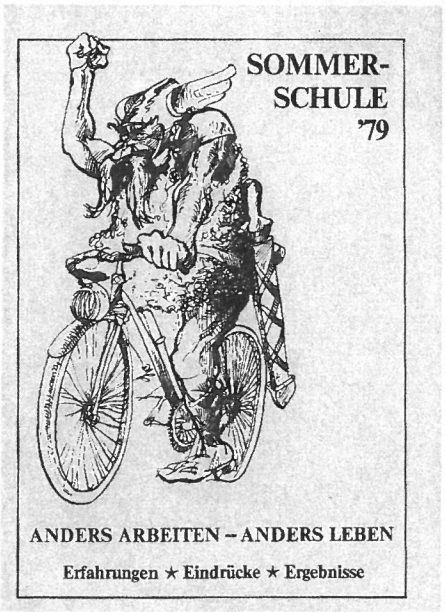
Zur Sommerschul-Teilnahme eingeladen sind nicht nur Mitglieder des Sozialistischen Büros. Mit der Sommerschule wird versucht, Menschen aus den unterschiedlichsten beruflichen und politischen Zusammenhängen zusammenzubringen. Auf der Sommerschule wird versucht, Politik zu einer praktischen Aufgabe zu machen und eine Brücke zu schlagen zwischen unterschiedlichen Ansätzen und Formen politischer Arbeit. Das ist angesichts all dessen, was derzeit im In- und Ausland in immer beängstigenderem Ausmaß und Tempo an Repressionsstrategien aufgefahren wird, sicher nur wenig. Dennoch: Wir begreifen unseren Versuch als einen von vielen Mosaiksteinen des Widerstandes.

POLITISCH ARBEITEN UND GEMEINSAM LEBEN

Alltagsleben und Politik, Theorie und Praxis, Beruf und Freizeit, Spiel und Arbeit – all das sind in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit täglich erfahrene Gegensätze. Auch unter Sozialisten – den eigenen Ansprüchen zum Trotz. Nur selten machen wir als Linke den Versuch, das Neben– und oft sogar Gegeneinanderstehende wieder aufeinander zu beziehen. Stattdessen zählt auch bei uns das Spezialistentum. Wir haben gelernt, das Bestehende zu analysieren und zu kritisieren. Weniger dagegen, das auszudrükken, was wir positiv setzen wollen.

Hier versucht die Sommerschule anzusetzen. Die Sommerschule ist keine Lernfabrik. Die Sommerschule wird nicht von Spezialisten beherrscht, die anreisen, um belehrende Vorträge zu halten und akademische Diskussionen zu provozieren. Spezialisten sollen sich als Teilnehmer begreifen, die wieder lernen, auch Lernende zu sein. Die Sommerschule wird so gut oder so schlecht, wie die Teilnehmer sie gemeinsam vorbereiten und gestalten.

Wir wollen auf der Sommerschule nicht nur "politisch arbeiten". Wir wollen in der Zeit, die wir zusammen sind, auch gemeinsam leben. Erleichtert wird das dadurch, daß die Sommerschulen in selbstverwalteten Tagungshäusern stattfinden, wo wir die Möglichkeit haben, den Ablauf nach unseren Vorstellungen statt nach bürokratischen Reglements zu gestalten. Die unterschiedlichsten kreativen Ausdrucksformen sollen einbezogen werden. Das kann natürlich nicht nach einem festgelegten Plan organisiert werden. Wichtig ist jedoch, daß wir die Möglichkeiten, uns individuell und gemeinsam auszudrücken, als Bestandteil der gemeinsamen Arbeit auf der Sommerschule begreifen.



Republikanische Clubs „i.G." (in Gründung)

Bereits im Vorfeld des „Prima-Klima"-Kongresses im November letzten Jahres war gemunkelt worden, die „SDS-Veteranen" wollten die Neue Linke reorganisieren und zur Gründung von „Republikanischen Clubs" aufrufen. Zwar blieb der erwartete und von manchen erhoffte Aufruf aus, doch schritten rund ein halbes Jahr später **Berliner** Altgenossen zur Tat und starteten zwanzig Jahre nach der Gründung des ersten „Republikanischen Clubs" einen neuen Versuch. Die „Wessis" in der BRD erfuhren davon erst aus der „Zeit" und auch das nur einmal. 350 sollen dagewesen sein. Viel mehr weiß man nicht, außer, daß in der Zwischenzeit weitere Treffen stattgefunden haben.

Fast zur gleichen Zeit lud die SB-Gruppe **Essen** zu einem Treffen ein, um, wie es im Einladungstext heißt, „die Gründung eines Republikanischen Clubs zu prüfen und/oder vorzuplanen."

Seit Juni trifft sich regelmäßig ein Kreis von ca. 15 bis 20 Leuten unter dem — noch zu revidierenden — Arbeitsgruppentitel „Republikanischer Club in spe". Bei den ersten Treffen konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage „Ist die Neue Linke tot?" Die Frage ist nicht nur deshalb aktuell, weil die Aufklärungsarbeit, das Konzept der Gegenöffentlichkeit und die Festsetzung emanzipatorischer Ziele an Ausstrahlungskraft verloren zu haben scheinen, sondern auch, weil der Zerfall sozialer Beziehungen innerhalb der Linken, sowie die Zerstörung und Selbstzerstörung von Individuen real ein Problem geworden sind.

Nach einer gut besuchten Veranstaltung mit Detlev Claussen zu oben genanntem Thema will der Kreis im Herbst verstärkt den Diskussionsschwerpunkt auf das Problem der Entsorgung der Geschichte, sowie die Gefahr des kollektiven Gedächtnisverlustes anläßlich der Historisierung des Nationalsozialismus verlagern. Diskutiert werden soll weniger der akademische Streit, als vielmehr der politische Horizont der sogenannten Historikerdebatte.

Der ‚Republikanische Club in spe' trifft sich 14tägig (Do., 19 Uhr) in der Zeche Carl, Hömannstr. 10, Essen.

Die nächsten Termine sowie aktuelle Informationen sind zu erfahren bei:

Paul Ciupke/Hum. Union,
Tel. 0201/22 79 82,
Andreas Hess, Liebigstr. 55,
43 Essen, Tel. 0201/74 20 00

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Bielefeld: SB Bielefeld, c/o Buchladen „Eulenspiegel", Hagenbruchstr. 9, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/17 50 49
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum
Bremen: Niko Diemer, Lübberstedter Str. 11, 2800 Bremen, Tel. 0421/38 56 97
Darmstadt: Axel Keller, Roquettenweg 15, 6100 Darmstadt 1, Tel. 06151/4 86 62
Dortmund: SB Dortmund, c/o „Langer August", Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund
Essen: Soz. Büro, c/o Andreas Hess, 4300 Essen, Liebigstr. 55, Tel. 0201/74 20
Frankfurt-Offenbach Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen. Tel. 0641/7 49 62
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89
Hannover: Uli Maaz, Sackmannstr. 19, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/2 10 32 25
Heidelberg: SB Heidelberg, c/o Forum, Bergheimer Str. 125, 6900 Heidelberg
Kassel/Nordhessen: Helmut Dorn, Mozartstr. 5, 3500 Kassel
Köln: Günter Steppkes (Tel. 0221/ 2 40 16 55) und Klaus Küpper (Tel. 0221/ 24 55 16), beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannissstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Hensteigstr. 61, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/60 89 48
Wiesbaden/Mainz: Andreas Wagner, Phillipsbergstr. 37, 6200 Wiesbaden

Der Republikanische Treff in Hamburg

1981 hat das Hamburger SB sog. Republikanische Treffs eingerichtet. Republikanisch wird hier mit „eine öffentliche Sache meinend" übersetzt. Auf den monatlich stattfindenden Treffen werden Themenbereiche angesprochen, die in der „linken Szene" defizitär sind oder „stiefmütterlich" behandelt werden. Es wird nicht auf politische Entscheidungen hin debattiert, sondern ein öffentlicher Gedankenaustausch und Denkprozeß angestrebt. Die Republikanischen Treffs verstehen sich in einer Tradition von Bildung als Herrschaftsdestruktion und als „Zukunftswerkstatt", die über das, was ist, hinaus will und sind so zu einem festen Bestandteil der Aktivitäten des Hamburger SB geworden.

Kontakt und Information: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg, Tel. 040/43 32 89 (das Büro ist immer am 1. Mittwoch des Monats ab 16 Uhr besetzt)

„links"-LeserInnen-Kreise

In einigen Städten der BRD haben sich „links"-LeserInnen-Kreise gebildet oder wollen sich welche bilden. Dabei handelt es sich nicht um „Lesezirkel", die dem tieferen Sinn einzelner „links"-Artikel nachgehen wollen. Vielmehr sollen sich mit den LeserInnen-Kreisen Diskussionszusammehänge unter „links"-Leserinnen und Lesern entwickeln, die über das Geschäft der Tagesaktualität hinausreichen und Kontakte und einen politischen Gedankenaustausch ermöglichen. Gerade in einer Situation, in der viele vermeintliche Gewißheiten fragwürdig und die aktuelle Gestalt sozialistischer Theorie und Politik zunehmend unklarer geworden sind, wird die Belebung einer solchen politischen Diskussionskultur immer wichtiger.

Kontaktadressen:
Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Karlsruhe: Lena Khuen-Belasi, Helmholtzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Weitere Kontaktadressen und nähere Informationen über das Offenbacher Büro des SB, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

„Unser ganzer Zweck kann in nichts anderem besteh'n, als daß die religiösen und politischen Fragen in die selbstbewußte menschliche Form gebracht werden. Es wird sich endlich zeigen, daß die Menschheit keine neue *Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtheit ihre alte Arbeit zustande bringt."*

Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, Marx an Ruge
(in: MEW, Band I, S. 345 f)